INFO-VERTEILER 38
November 1993

*Gespräche* mit ArbeiterInnen in verschiedenen Fabriken, Kooperativen, Schulen etc. und Funktionären von ICAP, Kommunistischem Jugendverband Cubas, CDR und anderen CubanerInnen im September/Oktober 1993 durchgeführt; ***Crime in Barbados***. *Nicanor León Cotayo, Interpress Budapest 1978;* ***Cuba-Handbuch***. *Thomas Wilde, Unterwegs-Verlag Singen 1991;* ***Granma International*** *(Organ der KP Cubas);* ***Grenada - The World against the Crime***. *Editorial de Ciencias Sociales, La Habana 1983;* ***Grenada - US-Terrorismus in Aktion***. *Juri Alexandrow und Juri Gwosdew, APN-Verlag Moskau 1984;* ***Historia de Cuba***. *Direccion politica de las FAR La Habana 1985;* ***Kuba. Volksbefreiungskrieg und Verteidigung einer Revolution***. *Militärverlag der DDR Berlin 1986.*

# ¡Cuba Libre!

**Zwischen Florida, Mexiko, Jamaica, Haiti, Größe 110.860 km², ca. 10,5 Millionen Einwohner in 14 Provinzen, davon ca. 2,5 Millionen in der Hauptstadt Havanna. Seit 1960 von den USA mit einer Blockade belegt.**

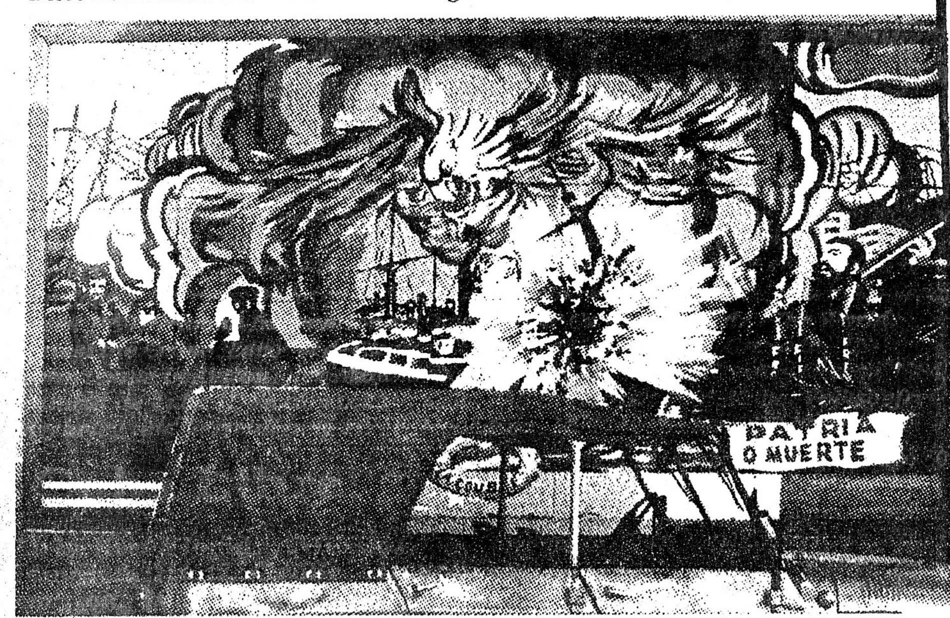
"... Ich weiß nicht, wo sie (die Rede ist von Bulgarien) ihre Gabelstapler jetzt noch verkaufen können, denn sie haben auch noch andere Tricks angewendet. Manchmal haben sie sie an Kapitalisten verkauft und dann bessere Teile eingesetzt, die sie irgendwo eingekauft hatten; aber wohlgemerkt, das waren nicht die, die sie uns geschickt haben!

Die ungarischen Omnibusse verbrauchen auf sechs Kilometern eine Gallone (=3,785l) Kraftstoff; sie vernebeln die ganze Stadt, vergiften die Umwelt. Wir könnten Statistiken aufstellen, wieviele Leute die ungarischen Busse auf dem Gewissen haben, denn den Bussen, die sie exportieren, setzen sie eine miserable Einspritzpumpe ein, und sie haben außerdem, das kann ich euch verraten, ein automatisches Getriebe aus der Tschechoslowakei.

Diese Busse haben nur zwei Geschwindigkeiten, deshalb verbrauchen die Busse 30 Prozent mehr Kraftstoff. Und ich freue mich, daß ich das endlich einmal in aller Offenheit sagen darf, die Zeit der Skrupel ist vorbei.

... Unser Omnibus, der jetzt in Produktion gegangen ist und der in Zukunft diese alten Kisten ersetzen wird, fährt mit einer Gallone elf Kilometer. Wir sind dabei zu überlegen, wo wir eine Einspritzpumpe kaufen können, um sie dem ungarischen Motor einzusetzen, und wie wir das Problem des Getriebes lösen können, denn ich wiederhole: Der ungarische Motor mit dem tschechischen Getriebe verbraucht eine Gallone auf sechs Kilometer und verpestet die ganze Stadt. So mußten wir, würde ich sagen, unsere Wut viele Jahre lang hinunterschlucken, aber wir werden uns jetzt davon freimachen, denn unser Motor ist viel besser. Nun gut, wahrscheinlich hat unser Volk eine größere Fingerfertigkeit in diesen Sachen, oder es ist entschlossener, Schwierigkeiten zu bewältigen, es ist einfach revolutionärer und Schluß! Das, was wir machen, machen wir jedenfalls richtig!"

*Aus einer Rede von Fidel Castro (Info-Verteiler Nr.11/Jänner 1991, aus der Broschüre Cuba Libre, Beilage zum Bremer Kassiber Dez.90/Jän.91)*




## Inhalt



**öS 20,-**
**Abo: Mindestens öS 250,– an:**
**Infoladen Wien**
**Margaretengürtel 122-124/1/**
**Keller**
**A-1050 Wien**

Am 27. Oktober 1492 landeten drei spanische Schiffe an einer Insel in der Karibik, von der der Chef der Seefahrer behauptete, es sei "das schönste Land, das Menschen je gesehen haben". Christobal Colón war der Meinung, damit das Festland von Indien erreicht zu haben. 17 Jahre danach bewies Diego Colón mit seiner Umseglung der Insel, daß dem nicht so war. Bereits zwei Jahre darauf begann die Conquista unter Diego Velázquez mit der Ausplünderung der Insel. Gegen die Besetzung formierte sich der erste Widerstand unter Hatuey, einem Indigena von der Nachbarinsel Haiti, er wurde 1512 von den Spaniern am Scheiterhaufen verbrannt. Nur wenige tausend Indigenas überlebten die Massaker der Eroberer.

Die Spanier errichteten an den Küsten einige Städte als Stützpunkte gegen "Piraten" (wir würden sagen: die Konkurrenz), die wichtigste Festung wurde Havanna, ab Mitte des 16. Jahrhunderts auch Hauptstadt der Insel. Um diese Zeit begann auch die Verschleppung von Menschen aus Afrika als Sklaven für die sich etablierende Zucker- und Kaffeeplantagenwirtschaft, 1820 war Cuba der größte Zuckerexporteur der Welt.

Zwischenzeitlich wurde die Insel von britischen Truppen besetzt, die Engländer tauschten aber Cuba gegen Florida, Spanien erhielt damit seine Kolonie zurück.

Der antikoloniale Widerstand in der Karibik entwickelte sich zuerst - im Gefolge der US-amerikanischen Unabhängigkeit und der französischen Revolution - auf der französisch besetzten Insel Haiti 1791. In Cuba begann die Unabhängigkeitsbewegung 1868 aktiv zu werden, ein zehnjähriger antikolonialer Kampf unter der Parole "Independencia o muerte" folgte, zu ersten Exponenten auf Seiten der Unabhängigkeitskämpfer gehörte Carlos Manuel de Céspedes, er starb 1874. Céspedes eröffnete den Kampf mit der Freilassung seiner eigenen Sklaven, die "Republik in Waffen" wurde gegründet, aber die Unabhängigkeit wurde nicht erreicht und die Sklaverei endete erst 1886 offiziell.

Den nächsten Aufschwung nahm die Unabhängigkeitsbewegung gegen Ende des 19. Jahrhunderts, Führer der Bewegung waren der Schriftsteller und Revolutionär Jose Martí (seine Büste steht vor heute vor vielen Schulen in Cuba), der eine Revolutionspartei gründete, aber bereits 1895 nach einem Monat bewaffneten Aufstands fiel, Máximo Gómez und José Maceo. Gómez und Maceo, die bereits im ersten Unabhängigkeitskrieg gekämpft hatten, führten eine Invasion der Insel bis in die Provinz Havanna durch und 1898 standen Truppen von Calixto Garcia vor Santiago. Die Spanier errichteten u.a. Konzentrationslager gegen die Bevölkerung und zeichneten sich durch besonders brutale Kriegsführung aus, trotzdem mußten sie sich geschlagen geben.

Aber anstelle der Revolutionäre zogen US-amerikanische "Roughriders" - unter ihnen auch der spätere amerikanische Präsident Roosevelt - in Santiago ein und handelten einen faulen Kompromiß mit Teilen der cubanischen Bourgeoisie aus: durch den sogenannten "Platt-Zusatz" zur cubanischen Verfassung sicherten sich die USA das Recht, militärisch zu intervenieren, wann immer sie es für angebracht hielten. Außerden erhielten sie einen langjährigen Mietvertrag für einen Militärstützpunkt bei Guantanamo, und inzwischen haben die USA erklärt, Guantanamo auch nach Auslaufen dieses Vertrages nicht räumen zu wollen.

In den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts gab es eine starke Studentenbewegung sowie eine Bewegung der Zukker- und Minenarbeiter, die den Diktator Machado bekämpften. In den 30er Jahren fand die revolutionäre Bewegung einen neuen Aufschwung, unter Führung des Kommunisten Ramón Nicoau organisierten arme Bauern und Landarbeiter ihre bewaffnete Selbstverteidigung gegen Grundbesitzer und die Guardia Rural (Landgendarmerie). Im spanischen Bürgerkrieg 1936 - 1939 kämpften tausende Cubaner am Ebro und vor Madrid.

Am 26. Juli 1953 schließlich versuchten 200 Revolutionäre einen Sturm auf das Zentrum der militärischen Macht, die Moncada-Kaserne in Santiago ("Bewegung 26. Juli"). Der Angriff wurde abgewehrt, viele Angreifer, darunter der Rechtsanwalt Fidel Castro, inhaftiert. Nach ihrer Entlassung zogen sich die Revolutionäre nach Mexiko zurück, wo sie eine militärische Ausbildung durchmachten, und kehrten 1956 mit der Jacht "Granma" zurück (bereits Jose Martí war per Schiff nach Cuba gekommen, um das Signal zum Beginn der Revolution von 1895 zu geben). Es begann ein mehrjähriger Guerillakrieg, der sich zuerst auf das Gebirge der Sierra Maestra im Osten der Insel beschränkte. Auch hier finden wir Parallelen zu früheren Befreiungskriegen, ebenso wie in der späteren Invasion in den Westteil Cubas. Trotz heftiger Angriffe der Regierungstruppen zu Land und mit der Luftwaffe konnte die Guerilla nicht besiegt werden.

Die "Bewegung 26. Juli" versuchte alle oppositionellen Gruppen zum gemeinsamen Kampf gegen das Batista-Regime zu sammeln, was ihr zu einem großen Teil auch gelang: So behandelte die Guerilla die gefangengenommenen Soldaten anders als berüchtigte Offiziere, und nicht wenige Armeeangehörige liefen dann auch zu den Revolutionären über. Während die Guerilla sich anfangs in der Sierra Maestra festsetzte, formierten sich in den Städten Milizen, die teils Überfälle durchführten und bekannte Folterer bestraften, andererseits die Guerilla mit Munitionsnachschub versorgten. Ab Frühjahr 1958 begann die Guerilla mit Vorbereitungen für größere direkte militärische Auseinandersetzungen mit der Armee. Dabei hob Fidel Castro die Bedeutung der Massenaktionen der Arbeiterschaft hervor: "Der Streik ist die großartigste Waffe des Volkes im revolutionären Kampf, und der bewaffnete Kampf soll ihn unterstützen...".

1958 unternahmen zwei Gruppen unter der Führung von Camilo Cienfuegos und Ché Guevara eine Invasion nach dem Westen der Insel. Am 1. Jänner 1959 forderte "Radio Rebelde" die Bevölkerung Santiagos auf, das öffentliche Leben lahmzulegen. Zu diesem Zeitpunkt war Batista unter Mitnahme einer beträchtlichen Summe bereits außer Landes, er floh zuerst in die Dominikanische Republik und später in die USA, wo er 1974 starb. Der Generalstreik in Santiago wurde eingehalten, am Abend des 1.1.1959 kapitulierte die Besatzung der Moncada-Kaserne, etwa zeitlich fiel auch Santa Clara, die letzte starke Bastion der Armee. Am 2. Jänner erreichten die Truppen Cienfuegos und Chés Havanna, die Revolution hatte gesiegt.

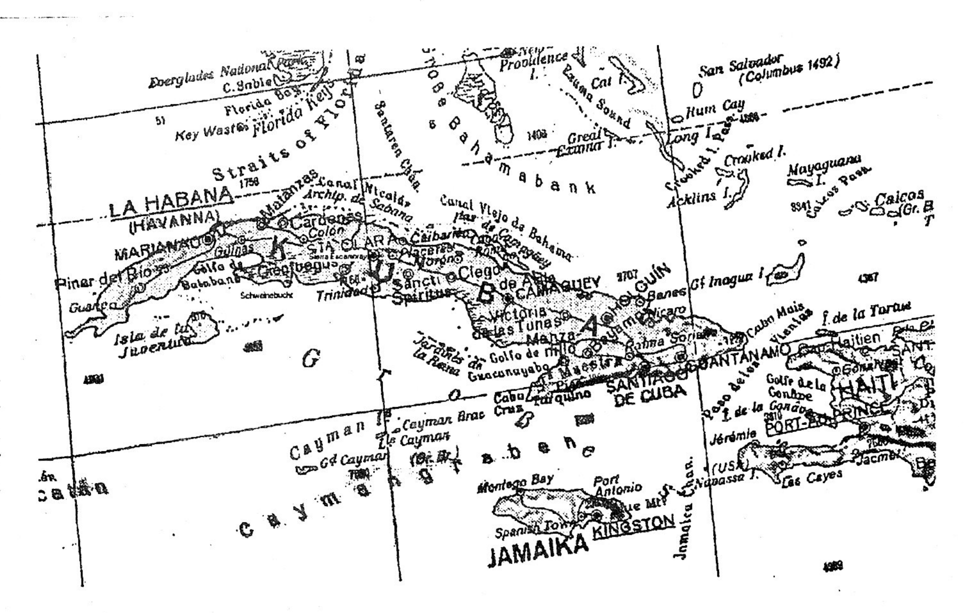
Die ersten Maßnahmen der revolutionären Regierung bestanden u.a. in einer Alphabetisierungskampagne, der Nationalisierung von US- und Batistaeigentum (darunter die Ölfirma Exxon - Teil der Standard Oil Co.), der Bekämpfung der zahlreichen konterrevolutionären Banden und der Bildung der "Komitees zur Verteidigung der Revolution". Bereits 1960 verhängte US-Präsident Kennedy eine Blokkade über Cuba, die seither immer wieder verschärft wurde: Jedes Schiff, das Cuba anläuft, unterliegt einem halbjährigen Anlegeverbot für US-Häfen, US-Bürger, die Cuba besuchen, müssen eine Einladung von Cubanern vorlegen, die für ihre gesamte Unterbringung und Verpflegung aufkommen, wer dem zuwiderhandelt, riskiert Strafen bis zu 250.000 US-$ oder 10 Jahre Knast.

- Während der amerikanischen Jugendfestspiele 1991 in Havanna wollten die USA ihre Mannschaften erst täglich einfliegen lassen (was schon wegen dem drohenden Zusammenbruch der Luftfahrt von Cuba abgelehnt wurde), danach auf Schiffen vor der Küste unterbringen, schlußendlich wurde das gesamte Hotel Nacional in Havanna in Beschlag genommen, und die US-Sportler wurden von eigenen Köchen mit eigenem Essen versorgt, kein Cent sollte für Cuba herausspringen. -

Am 17. April 1961 landeten 1.500 Söldner nach einem Umweg von Florida über Mexiko und Nicaragua an der Schweinebucht und versuchten eine militärische Invasion der Insel. Dem vorausgegangen waren Bombardierungen von zwei Militärflughäfen in Havanna. Die Eindringlinge wurden nach heftigen Kämpfen am 19. April teils festgenommen, teils zum Rückzug gezwungen, ein Teil der Invasoren kam in den Sümpfen ums Leben. Bei den Kämpfen setzten die Angreifer Landungsboote, Artillerie und Kampfflugzeuge ein, das Mutterschiff wurde schließlich von den Cubanern durch Panzerbeschuß versenkt. Drei der Anführer, ehemalige Batista-Offiziere, wurden hingerichtet, neun weitere inhaftiert, der Rest der Truppe gegen Medikamentenlieferungen im Austausch an die USA zurückexpediert. Zu den Machenschaften von Exilcubanern siehe auch Info-Verteiler Nr.36/Aug.1993: "Die 'demokratischen' Konzepte der Exilcubaner".

Der Zusammenbruch der UdSSR und des Blocks der "realsozialistischen" Län-

der traf die cubanische Wirtschaft in nahezu allen Bereichen. Die Periode seit 1989 nennen die Cubaner "Periodo Especial", sie ist gekennzeichnet von Mangelwirtschaft und Improvisation. Seit einigen Monaten ist der Besitz von Dollars legalisiert, nachdem sich vorher bereits eine Schattenwirtschaft etabliert hatte. Cuba versucht hauptsächlich über Tourismus die nötigen Devisen zu erwirtschaften, für ausländische Firmen gibt es die Möglichkeit von Joint Ventures mit einer Beteiligung von bis zu 50%, wobei sie ihre Gewinne zur Gänze ins Ausland transferieren dürfen. Westliche Wirtschaftsexperten nannten diese Zustände "paradiesisch (für die Konzerne) sogar im Vergleich zu den ehemaligen Ostblockländern".




(Aus Granma international, 13.10.1993 - englisch, eigene Übersetzung - nicht ganz wörtlich)

# Fidel bei der Schlußzeremonie des CDR-Kongresses

## Ohne die CDRs hätte die Geschichte der Revolution niemals geschrieben werden können

Ansprache des Präsidenten Fidel Castro, 1. Sekretär des ZK der KP Cubas (PCC) bei der Schlußveranstaltung des 4. Kongresses der CDRs, gehalten im Theater Jésus Garay, Guanabacoa [Vorort im Osten von Havanna] am 26.9.1993, im 35. Jahr der Revolution:

*Die Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR) wurden am 28.9.1960 gegründet. Die CDRs sind eine unabhängige, echte Massenorganisation, weil der Großteil der Bevölkerung in den Komitees organisiert ist. In jeder Straße in jedem Ort findet man Schilder mit der Aufschrift "CDR Nr. sowieso". Es gibt keine Aufnahmekriterien, jede/r ab dem 14. Lebensjahr kann beitreten, Mitgliedsbeitrag sind 0,25 Pesos/Monat. Ein Komitee kontrolliert jeweils einen Abschnitt von 50-100 Meter einer Straße und wählt sich eine/n Präsident/in, Kassier/in etc. Die CDR passen auf der Straße auf, sorgen für die Straßenreinigung, sehen darauf, ob Kinder vernachlässigt werden, zur Schule gehen bzw. Erwachsene arbeiten gehen. Nachts und am Wochenende übernehmen sie die Bewachung von Fabriken und Geschäften (in nächtlichen 2er-Patrouillen in zwei Schichten: von 22 - 1 Uhr Frauen, von 1 - 5 Uhr Männer). Dabei sind sie nicht bewaffnet, sondern arbeiten bei Bedarf mit der Polizei zusammen. Weiters sammeln sie Altglas, -papier, -karton und Aluminium zum Recycling in eigenen Fabriken. Außerdem sind sie bekannt für ihre Feste, am 28.9. ist nationaler Feiertag und Straßenfeste im ganzen Land. Zweimal im Monat ist Komiteesitzung, wo Probleme vorgebracht werden und auch Organe jederzeit abgewählt werden können. Die Präsidenten der einzelnen Komitees wählen den Stadtpräsidenten der CDRs, diese wiederum das Komitee der Provinz und die 14 Provinzpräsidenten den nationalen Präsidenten der CDRs.*

"Neugewählte Mitglieder der nationalen Führung der CDRs; Führer des CDR der Stadt und Provinz Havanna; Delegierte des 4. CDR-Kongresses dieser Provinz:

Ich denke, dies sind Zeiten für viel Arbeit und wenig Reden, aber ich dachte, es sei unmöglich für mich, die Ehre auszuschlagen, die Schlußworte dieser Versammlung zu halten. Ich scheine dazu verdammt zu sein, einen Kongreß nach dem anderen zu beenden. (Gelächter)

Als ich zu Mittag hier ankam, bemerkte ich, daß die Klimaanlage dieser Halle ausgefallen ist. Das fehlt uns gerade noch, dachte ich, weil die Halle wurde zu einem Backofen wurde, und ich konnte euch alle mit improvisierten Fächern sehen. Ich glaube, es gab nicht einen unter euch, der sich nicht Luft zufächelte, sogar ich habe von eurem Fächeln profitiert (Gelächter), und ich sehe, ihr verwendet die Dinger immer noch, recht so, obwohl jemand die glänzende Idee hatte, die Fenster zu öffnen, und die Natur hat uns mit einer Brise ausgeholfen. Nun, wenigstens hier oben [am Podium] spüren wir sie - ich weiß nicht, ob die Natur nur uns helfen will - und das lindert das Opfer, in einem Backofen zu sitzen, um diesen Anlaß zu einem Ende zu bringen.

Ich muß sagen, daß die Idee, diesen Kongreß in Provinz-Sitzungen abzuhalten, wirklich originell und brillant war. Ich würde sagen, das ist der Weg, Kongresse in der *periodo especial* abzuhalten. Deshalb konnten wir uns so vieles erhalten. Rechnet nur zusammen, wieviel dadurch gespart wurde: die Ausgaben an Treibstoff, der so rar ist, und an Transport überhaupt, an Bussen und Bahnen.

Aber abgesehen davon waren diese Einsparungen, wie meine Genossen bereits erklärt haben, nicht das einzig Wichtige daran. Ich habe die verschiedenen Sitzungen in Presse, Fernsehen und durch Publikationen verfolgt. Mit den Details bin ich nicht so vertraut wie die Genossen, die jede Sitzung des Kongresses besucht haben, und deshalb bin ich vermutlich nicht die geeignetste Person, um diesen Kongreß abzuschließen, weil es mir wirklich nicht möglich war, alle Sitzungen in allen Provinzen zu verfolgen.

Jeder sagt mir, daß das Abhalten dieser Sitzungen in den Provinzen den wunderbaren Effekt hatte, daß die Debatten sich auf die Probleme jeder Region und Provinz bezogen, daß die Punkte eingehend diskutiert wurden und über 300 Delegierte gesprochen haben. Ich denke, das ist ein Rekord für einen Kongreß, denn ich habe bisher keine Veranstaltung erlebt, nicht einmal die über die Auslandsverschuldung, die viele Tage dauerte, wo sich 300 Leute an den Debatten beteiligen konnten.

Es gibt noch ein Faktum: wenn der nationale Kongreß hier in Havanna stattgefunden hätte, hätten 800 Leute daran teilgenommen, aber so nahmen über 2.600 Delegierte daran teil. Also hat es niemals so viele Möglichkeiten, Meinungen zur Sprache zu bringen, gegeben, niemals gab es eine so große Teilnehmerzahl noch eine so umfangreiche Behandlung lokaler Probleme, und das war das Ergebnis einer so grandiosen Idee.

Ich verstehe, daß andere Organisationen überlegen, es auf ähnliche Weise zu machen.

Mir wurde auch gesagt, daß diesmal die Delegierten direkt von den Städten und nicht von den Provinzen ausgewählt wurden. Es hätte also keinen demokratischeren, offeneren, mit mehr Teilnehmern stattfindenden Prozeß geben können als den, der hier ausprobiert wurde, der so notwendig ist für diese Zeiten, die das Land durchmacht.

Nach dem Sieg der Revolution trieben in der Gegend der Sierra Maestra und Sierra Escambray ca. 30.000 Konterrevolutionäre ihr Unwesen, zusätzlich kamen von Exilcubanern und CIA bezahlte Provokateure aus den USA zu Anschlägen auf die Insel, um danach schnell wieder abzuhauen. Am 28.10.1959 kam Camilo Cienfuegos - der gemeinsam mit Ché Guevara die Invasion in den Westen geleitet hatte - bei einem Flugzeugabsturz am Heimflug von Camagüe nach einer Aktion zur Bekämpfung von konterrevolutionären Banden ums Leben. Das Flugzeug wurde nie gefunden.


Reste eines über der Schweinebucht abgeschossenen Söldnerflugzeuges

Anfang der 60er explodierten Bomben in Lagerhäusern, Betrieben, Straßen. Am 4.3.1960 sank das das französische Schiff "La Coubre", das mit Waffen für Cuba beladen war, nach einem Anschlag im Hafen von Havanna. Die zwei Explosionen forderten nahezu 100 Menschenleben und über 200 Verletzte, die USA bestätigten später ihre Urheberschaft des Attentats. Das Buch "Crime in Barbados" von Nicanor León Coayo beschreibt ein vom CIA in Auftrag gegebenes Attentat auf eine DC-8 der CUBANA am 6.10.1976 auf ihrem Flug von Barbados nach Cuba. Dabei kamen alle 73 Insassen - die Crew, die cubanische Jugend-Fechtmannschaft (die soeben alle Goldmedaillen bei der zentralamerikanischen und karibischen Fechtmeisterschaft gewonnen hatte), 15 Cubaner einer anderen Flugzeugcrew, 5 kulturelle Repräsentanten der Demokratischen Volksrepublik Korea und 11 junge Guyanesen, von denen 6 in Cuba studieren sollten - ums Leben. Zur Trauerfeier für die Toten am 15.10.1976 versammelte sich über eine Million Menschen am Platz der Revolution in Havanna.

Das Buch listet hunderte von Anschlägen von US-Regierungen bzw. CIA gegen Cuba zwischen 1959 und 1976 auf: eingeschleuste Agenten und Bootsinvasionen; Luftaggressionen; Anschläge auf cubanische Botschaften, Konsulate und Auslandsvertretungen; ökonomische Anschläge; Sabotage, Mordanschläge in Cuba, die direkt vom CIA angeordnet bzw. bezahlt wurden; Anschläge, Sabotage und Entführungen von cubanischen oder anderen Schiffen, die mit Cuba Handel treiben; Entführungen von und Sabotage an cubanischen Flugzeugen durch CIA-Agenten. Zusätzlich senden immer noch Stationen von Exilcubanern - mit ausgesprochen revolutionären und patriotischen Namen - aus Miami ihre Programme, z.B. "Radio Martí", "Radio Camilo Cienfuegos", "Radio Cocodril", ... Am 10.10.1993 verlautbarte "Radio Martí", daß in Havanna 100.000 Menschen an einer Demonstration gegen die Regierung (nach einem Aufruf der katholischen Bischöfe Cubas 3 Wochen vorher, Exilcubaner wiedereinzubürgern, auf den hinauf es zu einigen kleinen Kundgebungen in Havanna, die von der Polizei nicht behindert wurden, gekommen war) teilgenommen hätten - eine reine Propagandalüge. Niemand von den zahlreichen Personen, die unsere KorrespondentInnen in Havanna dazu befragten, konnte bestätigen, daß es diese Demo gegeben hat, ganz im Gegenteil hatte keine/r etwas davon gehört oder gesehen.

Viele Cubaner kritisieren die Polizei, daß sie zu wenig gegen Verbrecher unternimmt. Tatsächlich laufen die meist sehr jungen Polizisten zwar martialisch ausgerüstet (Revolver, Schlagstock oder Tonfa) herum, scheinen aber keine richtigen Respektpersonen zu sein. Oft sieht man Polizisten genauso wie alle anderen zu zweit am Fahrrad fahren oder autostoppen. Die Heerdienstzeit wurde von früher 3 Jahren erst auf 2 Jahre und jetzt auf 18 Monate verkürzt, für Frauen besteht keine Heeresverpflichtung mehr.

Überreste der La Coubre, Hafen von Havanna

Ihr konntet grundlegende Probleme diskutieren, alle möglichen Punkte, aber das Hauptaugenmerk mußte auf die Fragen des Augenblicks gelegt werden: alles in Zusammenhang mit der Verteidigung der Revolution, das ist das Wichtigste, und alles, was den Kampf gegen die "Lumpen" betrifft, die, die sich an anti-sozialem Verhalten beteiligen, an Verbrechen und an Vandalenakten.

Konterrevolution und ähnliche Aktivitäten [wie die oben genannten] hängen eng zusammen, weil die Konterrevolutionäre natürlich die Leute zur Gewalt gegen das Gesetz, zu Verbrechen anstacheln, dazu, Probleme zu schaffen. Die hunderten Stunden Radiosendungen, die von den Konterrevolutionären gesendet werden, zielen genau darauf ab, alle Arten von kriminellen Aktivitäten in unserem Land zu fördern, Missetaten zu fördern, Vandalenakte zu fördern und Sabotageakte zu fördern, die das Land zu dieser Zeit gefährden könnten.

Obwohl diese Aktivitäten schon immer in der einen oder anderen Weise durchgeführt wurden, sind sie derzeit für unser Land, unsere Gesellschaft, unsere Revolution viel verheerender. Denn wir leben nicht in idyllischen Zeiten. Es gab viele Jahre hindurch idyllische Zeiten und Überfluß; wir haben idyllische Zeiten und Zeiten des Überflusses gekannt, was dazu führte, daß wir unsere Ressourcen nicht immer passend verwendet, manchmal verschwenderisch verwendet haben.

Dies sind harte Zeiten, wirklich harte Zeiten, und deshalb sollte die Militanz der CDRs nicht mit der in den 60er Jahren verglichen werden, als sie gegründet wurden. Damals waren die Zeiten schwierig, es waren Zeiten der scharfen Konfrontation zwischen Revolutionären und Konterrevolutionären, Zeiten der geplanten Sabotage, von Vorfällen von Meuchelmord, es waren Zeiten, in denen es über 300 konterrevolutionäre Organisationen gab. Ich erinnnere daran, daß am selben Tag, an dem die Idee zur Schaffung der Komitees verwirklicht wurde, am 28. September 1960, vier Bomben explodierten; diese vier Bomben haben wirklich zur Schaffung der CDRs beigetragen. (Applaus) Deshalb sage ich, das waren schwierige Zeiten und Zeiten des Kampfes, aber sie waren nicht so hart wie jetzt, weil damals die UdSSR existierte, der sozialistische Block existierte, wir lebten nicht in einer unipolaren Welt unter der Hegemonie der Vereinigten Staaten, des US-Imperialismus. Es gab andere Umstände, obwohl die Blockade bereits begonnen hatte, denn mit einer Tonne Zucker konnte man acht Tonnen Öl kaufen, das habe ich bereits bei anderen Gelegenheiten gesagt und ich werde es immer wieder sagen, weil es wichtig ist, daß das verstanden und bekannt wird. So gesehen gibt es einen enormen Unterschied zwischen 1960 und jetzt, 1993.

Ich würde sagen, wenn wir heute acht Tonnen Öl mit einer Tonne Zucker kaufen könnten, hätten wir nicht die Schwierigkeiten mit der Treibstoffversorgung, die wir jetzt haben, noch andere ähnliche

Energieprobleme. Ah! Aber als ein Ergebnis der Konflikte im Mittleren Osten hat eine Organisation von Öl-produzierenden Ländern, die OPEC - das ist eine Monopol-Organisation, die praktisch Preise diktiert - heute der Tatsache mehr Gewicht gegeben, daß die Länder, die Basisprodukte produzieren, die Länder der Dritten Welt, die kein Öl produzieren, mit Kaffee oder Fasern oder Mineralien oder anderen Produkten für ihr Öl zahlen müssen zu einem Preis, der sechs- oder siebenmal höher ist als sie ihn früher zu zahlen hatten.

Noch dazu gab es 1960 Organisationen, die die Preise für diese Grundstoffe überwachten: das Zuckerabkommen, das Kaffeeabkommen, das Kakaoabkommen. Es gab viele Arten von Abkommen zum Schutz der Exportpreise vieler Dritte Welt-Produkte. Diese Abkommen sind praktisch als ein Ergebnis der neuen kapitalistischen Philosophie verschwunden und der wiederaufkommenden, neoliberalen Ideen, die viele Länder in sehr schwierige Situationen gebracht haben, eben mit dem Fall der Preise für [ihre] Exportgüter und dem Ansteigen der Treibstoffpreise.

Hätten wir jetzt die selben Tauschverhältnisse wie 1960, dann hätten wir viele unserer derzeitigen Probleme nicht, auch wenn der sozialistische Block zerfallen ist. Die ärgsten Schwierigkeiten, die wir bekamen, entstanden deshalb, weil wir mit dem sozialistischen Block, mit der UdSSR das Austauschverhältnis zwischen Zucker und Öl von 1960 aufrechterhalten hatten und es mit dem Verschwinden der UdSSR zu Verlusten im Tauschverhältnis nicht nur beim Öl, sondern auch bei anderen Gütern, mit denen wir handelten, kam. Die Kredite verschwanden, die Versorgung mit Ersatzteilen verschwand, Kunstdünger, Getreide, Rohmaterialien und viele Sachen verschwanden, alle zur gleichen Zeit, und das hat unsere Ökonomie an einen derartigen Tiefpunkt gebracht.

Solange die UdSSR existierte, haben wir uns vor der Blockade verteidigt; solange die UdSSR, der sozialistische Block und die ökonomischen Beziehungen, die wir mit ihnen hatten, existierten, war die Blokkade auszuhalten, aber jetzt verursacht die Blockade unvergleichlich mehr Schaden, weil wir nicht mehr diese wunderbare Unterstützung haben, die uns geholfen hat zu kämpfen, weil wir nicht mehr diese Ressourcen haben, die vom sozialistischen Block und hauptsächlich aus der UdSSR kamen.

Die Blockade war immer schon schmerzlich, und sie brachte 30 Jahre lang eine Menge Schmerz, aber gerade jetzt bringt sie die ärgsten Schmerzen, mit der Verschärfung der Blockade zu einem Zeitpunkt, da sich die Hegemonialmacht in der Welt durchsetzt. Diese Blockade wird durch diese neuen Bedingungen und durch die Abwesenheit jener Faktoren, die uns in einem solchen Ausmaß in unserem Kampf gegen den Imperialismus und gegen die Blockade geholfen haben, verschärft.

Diese Situation hat uns nicht nur ökonomisch getroffen, sie hat uns auch auf militärischen und politischen Gebieten



Wandmalerei in einem Pionierlager bei Cienfuegos - Abschiedsbrief von Che an Fidel

Cuba verwendet 25% seines Budgets für Gesundheit und 10% für Bildungsausgaben. In Cuba wird - ebenfalls nach einem neuen Plan - ein System der "integralen Medizin" aufgebaut. Bereits jetzt gibt es flächendeckend sogenannte Familienärzte. Die Familienärzte sind die Basis der medizinischen Versorgung, jede Gemeinde, jeder Stadtteil hat einen Familienarzt zugeordnet (vorzugsweise sollen die Ärzte in ihrer Heimatgegend arbeiten), der nicht nur für die hygienische und ärztliche Grundversorgung zuständig ist. Diese Ärzte haben bedeutend mehr verschiedene Aufgaben zu erfüllen wie unsere "praktischen Ärzte", z.B. findet im Hof des Hauses eines Familienarztes in Havanna tägliches Seniorenturnen statt. In einer Kooperative mit 982 Personen, davon ca. 300 Kindern, z.B. gibt es zwei Familienärzte und eine Krankenschwester. Ihr Aufgabengebiet reicht von Hygienehinweisen wie Wasser in bestimmten Gegenden abzukochen über die richtigen Essensgewohnheiten, Erste Hilfe und Betreuung von Kranken bis zu sozialen Aufgaben. Entsprechend der Aufgabenstellung wird bereits beim Medizinstudium Wert auf soziales Engagement gelegt. Kompliziertere Fälle werden ins Bezirks- oder Provinzkrankenhaus überwiesen. Die Familienärzte werden laufend weitergebildet.

Neben den Familienärzten existieren eine Unzahl Polikliniken und in jeder Provinz gibt es Provinzkrankenhäuser, Kinderkrankenhäuser etc. Für alte Menschen gibt es Tagesheime, wo sie versorgt werden und verschiedene Beschäftigungsmöglichkeiten finden. Die cubanischen Herzkliniken und -chirurgen sind weltberühmt und ständig sind ausländische Patienten auf der Insel in Behandlung.

Die medizinische Ausbildung umfaßt "traditionelle westliche" Techniken ebenso wie Akupunktur und Akupressur. Studenten erhalten je nachdem, ob sie daheim oder im Internat wohnen und nach Studienjahr Stipendien zwischen 15 und 140 Pesos. Im Internat ist Verpflegung, Kleidung und Essen kostenlos.

Für Cubaner ist die gesundheitliche Versorgung ebenso umsonst wie das Bildungswesen von der Schule bis zur Universität. Für Kindergärten muß ein monatlicher Beitrag von bis zu 40 Pesos je nach Einkommen bezahlt werden.

Die Schulpflicht umfaßt die 1. bis 9. Klasse, es gibt Spezialschulen für körperlich Behinderte, geistig Behinderte und sogenannte Asoziale, d.h. Kinder aus schwierigen Familienverhältnissen, die als Internate geführt werden. In ihnen können die Kinder ihre Begabungen herausfinden (Musik, Handwerk, ...), am Wochenende werden sie mit dem Schulbus heimgebracht. Alle Schulklassen bestechen durch wenig Schüler und viele Lehrer, selbst in einem Internat in der Sierra Escambray (ein sehr dünn besiedeltes Gebirge) stehen den Schülern z.B. Computer zur Verfügung.

Auf der ganzen Insel gibt es Pionierlager, in denen ganze Schulen 2 Wochen mit Unterricht während des Schuljahres und in den Ferien Kinder 1 Woche Urlaub verbringen können. Die Lager bieten eine Vielfalt an Spiel- und Sportmöglichkeiten (Schwimmen, Rudern, Tauchen, Ballsport - Baseball ist der cubanische Nationalsport -, Reiten, ...) beinhalten eine Großküche genauso wie einen Familienarzt. Im "Dorf der Kinder" am Oststrand von Havanna werden auf Einladung und Kosten Cubas seit 1986 über 11.000 Kinder aus Tschernobyl für jeweils bis zu fünf Monate betreut, ärztlich behandelt und gelehrt. Zum Teil kommen die Lehrer und Eltern mit, zum Teil erfolgt die Betreuung durch cubanisches Personal. Derzeit studieren in Cuba auch ca. 70.000 ausländische Gaststudenten (vom 7. Schuljahr bis zum Ende des Studiums) auf Kosten des Staates.

Zur Behandlung von AIDS-Patienten wurden in jeder Provinz Sanatorien eingerichtet, in denen spezielle Diäten verabreicht werden und die Behandlung erfolgt. Der Sanatoriumsbesuch ist freiwillig, die Bewohner können die Station verlassen, einmal monatlich gibt es eine Pflichtuntersuchung. In den Sanatorien gibt es z.B. die Möglichkeit zur Gartenarbeit. Für Einwanderer ist eine Blutuntersuchung obligatorisch, alle Cubaner werden zweimal jährlich blut- und lungenuntersucht, dazu gibt es am Land eigene Röntgenbusse. Derzeit gibt es ca. 900 HIV-Positive auf Cuba. Abtreibung und Verhütungsmittel (außer Pille) sind umsonst. Cuba ist bekannt für seine Erfolge bei der Medikamentenforschung, allerdings gibt es immer wieder Schwierigkeiten bei Exporten, weil sich viele Regierungen weigern, Medikamente aus Cuba zu beziehen.

Das Leitungswasser in vielen Teilen der Insel ist trinkbar, ansonsten gibt es Brunnen oder die Haushalte werden mit LKWs versorgt, Wasser ist grundsätzlich umsonst. Probleme gibt es mit Abwässern: außer in Neubaugebieten, wo es Kläranlagen gibt, werden Abwässer in Kanälen gesammelt und dann in die Flüsse oder ins Meer geleitet. Müll wird von den CDRs gesammelt und meist auf Deponien am Stadtrand gelagert und verbrannt.

getroffen. Jene Länder, die früher eine wohl definierte Position in internationalen Angelegenheiten hatten, haben jetzt eine andere Position, im allgemeinen die ihnen von den Vereinigten Staaten zugeordnete. Die UdSSR zerfiel in einen Haufen Länder, die alle enorm vom Westen und den Vereinigten Staaten abhängig wurden. Deshalb ist ihr Verhalten gegenüber Cuba in internationalen Organisationen anders als das der [ehemaligen] UdSSR.

All diese Faktoren müssen in Rechnung gestellt werden, wenn es um die Feststellung des Unterschieds zwischen 1960 und der Gegenwart geht. Gerade jetzt muß die Revolution mit viel mehr Energie verteidigt werden, mit noch größerer Anstrengung, weil die Bedingungen viel schwieriger sind; gerade jetzt glauben oder erwarten die Vereinigten Staaten, daß Cuba nicht standhalten wird können. Sie wissen alles über die Probleme, die ich hier erläutere und zusätzlich zu diesen Problemen gab es hier einige ungewöhnliche und besonders unpassende Naturkatastrophen.

Im zweiten Halbjahr letztes Jahres hatten wir eine ernste Dürre, in einer Jahreszeit, die für das Zuckerrohrwachstum wichtig ist. Dann, nachdem die Zuckerrohrernte begann, gab es starke Regenfälle mitten in der Erntezeit, vielleicht wegen der klimatischen Veränderungen, dieser neuen Phänomene, die sich häufen. Wir hatten den Sturm des Jahrhunderts. Man kann sich nicht vorstellen, wie sehr es schmerzt, all diese Zuckerrohrplantagen zu sehen, hunderte von mit Microjets [?] bewässerten Hektars, abrasiert von Winden mit 150-200 km/h - ich wurde persönlich zum Zeugen dafür, denn ich habe die Plantagen sofort besucht -, verursacht durch einen Sturm, der zwei Drittel der Insel überschwemmte, von dem alle Pflanzen inklusive dem Tabak betroffen waren, von West nach Ost, während der normalen Saison, nicht mal in der Zeit der Hurricans. Normalerweise kamen die Hurricans in der Zeit zwischen Juli und Oktober oder November, aber nicht im Februar; es war ein Winter-Hurrican, der aus der falschen Richtung kam, ein wirklich ungewöhnliches Phänomen, wie ich glaube ohne Vorbild.

Der Jahrhundertsturm, die Regenfälle, die der Dürre während der zweiten Jahreshälfte folgten, vor allem im September, Oktober, November; das Zusammenwirken all dieser Faktoren verringerte die Menge des verfügbaren Zuckerrohrs; Zukkerrohr im Wert von einer Million Tonnen Zucker blieb draußen auf den Feldern.

Auch andere Faktoren zeigten Folgen, die Verknappung bestimmter Ersatzteile, oder von Schläuchen, oder von Reifen, trotz der enormen Fortschritte, sie zu bekommen. Als Folge von all dem produzierte das Land um zwei Millionen Tonnen weniger Zucker, das ist ein Verlust im Gegenwert von 500 Millionen $. Stellt euch vor, mitten in der *periodo especial*, 500 Mill. $ verlieren an Zucker, den wir nicht produzieren konnten.

Diese Faktoren spielten mit anderen Sachen zusammen. Wir produzierten schon bedeutend mehr Zucker, wir produzierten schon bis zu acht Millionen Tonnen; aber das Land hatte keine Herbizide, keinen Kunstdünger, mit einem beachtlichem Treibstoffmangel, was sich natürlich auf die Produktion auswirkte, und nicht nur im Zuckerrohrsektor.

Der Feind weiß von allen unseren Schwierigkeiten und nährt die Hoffnung, daß dieses Land sich nicht behaupten wird können.

Und als Gipfel all dessen brach im selben Jahr, 1993, die mysteriöse Neuritis-Epidemie aus, wegen der wir bedeutende Ressourcen und die Anstrengung dutzender Forschungszentren beanspruchen mußten, denn es war ein echter Alptraum, den täglichen Anstieg der Fälle zu sehen [Neuritis: Nervenentzündung]. Trotz der Tatsache, daß wir der internationalen wissenschaftlichen Gemeinschaft unsere Türen geöffnet und die internationalen Gesundheitsorganisationen eingeladen haben, europäische und sogar US-amerikanische Forschungszentren, denn wir sind Nachbarn der Vereinigten Staaten und dies ist ein Problem, das sie genauso betreffen muß; trotz der Tatsache, daß dutzende Forschungszentren und Persönlichkeiten, bekannte Wissenschafter sich an dieser Analyse beteiligt haben, ist es uns bisher nicht gelungen, die genauen Ursachen dieser Epidemie festzumachen. Wir können aber sagen, daß das Land ihr [der Epidemie] entschlossen entgegengetreten ist, die Ressourcen gefunden hat, klinische Tests durchgeführt hat, um die effektivste Therapie zu finden, und daß es Präventivmaßnahmen gegen jedes potentielle Vitamindefizit ergriffen hat, das irgendeinen Einfluß darauf haben könnte, weil Vitamine helfen können, viele dieser neurologischen Probleme zu bekämpfen.

Alle erforderlichen Maßnahmen wurden getroffen, um sich um alle Patienten im ganzen Land zu kümmern, und wir hatten etwas über 50.000, bei denen diese Krankheit diagnostiziert wurde. Das bedeutet nicht zwangsläufig, daß es 50.000 von dieser Krankheit Betroffene gab; es gibt immer eine sogenannte "Überdiagnostizierung" - mit anderen Worten, viele Fälle, die in einer epidemischen Situation als von dieser Krankheit Betroffene klassifiziert werden, leiden in Wirklichkeit an etwas anderem. Zehntausende Menschen waren betroffen, aber wir können jetzt sagen, daß der Kampf unseres Volkes dagegen siegreich war; wir kamen aus einer Situation, in der täglich von hunderten neuen Fällen berichtet wurde zu einer Zeit, wo Tage vergehen, ohne daß ein einziger [neuer] Krankheitsfall auftritt. Wir können also heute sagen, daß wir einen Sieg über diese Krankheit errungen haben, mitten in der *periodo especial* und inmitten all dieser Katastrophen, die ich erwähnt habe. Das zeigt, daß unser Volk den Mut nicht verliert, daß es nicht demoralisiert wurde und daß es sich allen auftretenden Problemen mit Tapferkeit und Würde stellt, wie groß die Schwierigkeiten auch sind. Und der Feind weiß auch das.

Der Feind glaubte, Cuba werde sich nicht ein Jahr lang halten können, nicht mal sechs Monate, und jetzt sind bereits vier Jahre seit dem Zerfall des sozialistischen Blocks vergangen; beinahe vier Jahre sind vergangen und wir hatten mit sehr ernsthaften Problemen umzugehen. Wir haben unsere Anstrengungen zur Verteidigung nicht eingestellt, um die Grundlagen für einen Kampf zu schaffen, Schutz für das Volk in einem Kriegsfall zur Verfügung zu halten. Das Training der bewaffneten Kräfte wurde nicht vernachlässigt, eine Unzahl von wirklich gescheiten Maßnahmen wurde gesetzt, um die Kampfbereitschaft zu garantieren, sogar unter den Bedingungen der *periodo especial*, mit den uns zur Verfügung stehenden Waffen, und davon gibt es genug. An keiner Front wurde das Land demoralisiert oder entmutigt, es hielt seine Anstrengungen in jeglichem Fall, unter welchen Umständen auch immer, aufrecht.

Die CDRs wurden 1960 gegründet, und im Laufe des Jahres 1961 aufgebaut; (Applaus) 1961 gab es die Invasion an der Schweinebucht und 1962 die Raketenkrise, eine Menge ist geschehen, Situationen, denen wir uns mit einer großen Portion von Heroismus und Mut stellen mußten. Aber diese Zeiten sind härter, viel härter, das müssen wir im Auge haben; größere Anstrengungen werden benötigt, größerer Mut wird benötigt, mehr Heroismus wird benötigt, mehr Intelligenz wird benötigt, eine effizientere Organisierung wird benötigt, mehr Moral wird benötigt, ein offenerer Kampf wird benötigt, um das Land zu retten, die Revolution und die Errungenschaften des Sozialismus.

Ich habe über all das ausführlich am 26. Juli gesprochen, darüber, was wir mit den Errungenschaften des Sozialismus meinen, denn unter den gegenwärtigen Bedingungen können wir uns weiterhin die selben Ziele setzen wie zu einem anderen Zeitpunkt der Geschichte, als der sozialistische Block und die UdSSR existierten, als die Welt nicht die brutalen Veränderungen erfuhr, die uns dazu zwangen, mit einem starken Sinn für das Praktische und der notwendigen Intelligenz und Gelassenheit die Maßnahmen zu ergreifen, um diesen Problemen zu begegnen und Dinge zu tun, die wir unter normalen Umständen nicht getan hätten; weil wir mitten in einem Korrekturprozeß waren, wir machten Fortschritte auf vielen Gebieten und lösten viele wichtige Probleme. Es war wirklich ein Verbrechen, daß der sozialistische Block und die UdSSR zur selben Zeit zu zerfallen begannen, als wir mitten in unserem laufendem Korrekturprozeß waren, als wir bereits zirka drei Jahre an der Korrektur gearbeitet hatten.

Wir waren zufrieden, sehr zufrieden mit dem, was wir taten. Allein am Wohnungssektor hatten wir eine Baustoffindustrie entwickelt, die leistungsfähig genug war, um 100.000 neue Wohneinheiten pro Jahr zu produzieren und soviele alte Wohneinheiten wie nötig zu restaurieren. Wir hatten eine enorme Baustoffindustrie geschaffen, abgesehen von dem, was wir in der Landwirtschaft machten, alles vom

Bau neuer Schweinemastzentren über neue Geflügelzuchtzentren, neue Eierproduktionszentren, sogar zahlreiche Rinderzuchtprogramme, neue Systeme zur Kultivierung von Reis, Bewässerungs- und Drainagetechniken in den Zuckerrohrplantagen, den Wiederaufbau und die Erweiterung der Anzahl von hydraulischen Anlagen, eine ganze Palette ambitionierter Programme, denn sogar der Lebensmittelplan begann als Teil des Korrekturprozesses, vor der *periodico especial*.

Wir machten viele wichtige Sachen. Ihr werdet euch erinnern, daß wir hier in Guernabacoa ein Tagesheim eröffneten, eine Poliklinik und eine Spezialschule. Ihr werdet euch an den Plan erinnern, der es uns ermöglichte, 105 Tagesheime in Havanna innerhalb von zwei Jahren zu errichten, die Pläne für 24 Spezialschulen, den Plan zum Bau neuer Polikliniken, die Wiedergeburt der Mikrobrigaden und an andere Pläne, die durchgeführt wurden. Man muß sich mit Trauer an all das erinnern, weil es das war, was wir während des Korrekturprozesses machten, bevor all diese Katastrophen passierten. Mit anderen Worten, wir waren zufrieden mit dem, was wir taten.

Wir mußten den Korrekturprozeß der *periodo especial* anpassen, weil wir immer noch die selben Ziele und dieselben Absichten der Verteidigung, Konsolidierung und des Vorantreibens der Revolution haben, aber diese [Ziele] mußten nun den Bedingungen der *periodo especial* angepaßt werden. Wir müssen vieles verbessern, weil logischerweise in dieser Situation viele neue Probleme aufgetreten sind und auftreten werden. Und rausgeschmissene Konterrevolutionäre, Imperialisten von nichts anderem träumen, als mit der Revolution abzurechnen und die Revolution vom Antlitz der Erde zu entfernen.

Deshalb, Genossen, müssen wir heute mehr Kraft haben, viel mehr Mut, eine viel größere moralische Stärke und eine viel größere Standfestigkeit gegenüber all diesen aufgehäuften Problemen, von denen einige das Ergebnis internationaler politischer Prozesse sind und andere das Ergebnis von Naturgewalten, die uns 1993 in solch eine schwierige Lage gebracht haben.

Wir müssen auf all die Transportprobleme schauen, die wir heute haben, wie die Zahl der Busverbindungen in Havanna zwangsläufig gesunken ist; wir müssen auf die Fortschritte schauen, die gemacht wurden, um das zu erhalten, was wir haben und auf die neuen Ideen, wie die famosen "trenbus"e, die gebaut wurden, und es werden noch mehr davon gebaut werden, und auf andere Rezepte, die angewandt wurden. Die Verteilung von fast einer Million Fahrrädern in dieser Stadt kann [dabei] nicht vergessen werden.

Wir haben das Problem, daß zu viel Geld in Umlauf ist, was logischerweise passieren mußte; weil niemand auf die Straße geworfen wurde, weil niemand ohne ein Einkommen gelassen wurde, weil wir nicht die sogenannte Schockpolitik verfolgt haben, die in Ländern angewandt wird, die den Neoliberalismus ver-


Von Mikrobrigaden gebaute Kooperative

Viele Kleinbauern haben sich inzwischen mit staatlicher Unterstützung zu Kooperativen zusammengeschlossen. Kleinbauern besitzen im Durchschnitt ca 4,5 Hektar Land, die Abgabepreise für ihre Produkte sind staatlich festgelegt, inzwischen dürfen sie auch nur mehr an den Staat verkaufen, woran sich aber kaum jemand hält: entweder wird nur für den Eigenbedarf produziert oder die Güter werden am Schwarzmarkt - zu bis zu 100fach überhöhten Preisen - verkauft (Rindfleisch z.B. darf überhaupt nicht verkauft werden). Wenn Kleinbauern ihr Land für Kooperativen zur Verfügung stellen, erhalten sie eine Wohnung in einer Mikrobrigadensiedlung mietfrei zur Verfügung, dazu eingerichtet mit Möbeln, Fernseher (das wichtigste Kommunikationsmittel auf der Insel) und Kühlschrank. Im übrigen liegen die Mietpreise zwischen sieben bis zehn Prozent vom Einkommen.

Eine Kooperative bei Pinar del Rio z.B. besitzt 130 Hektar Land, in ihr arbeiten 30 Leute (22 Männer und 8 Frauen), darunter ein Techniker und ein Ökonom in 2 Brigaden Sie produzieren Bananen, Reis, Knoblauch, Zwiebel, Obst, ... besitzen 8 Rinder (die ca. 30 Liter Milch geben, das ist mehr als für den Eigenbedarf), Schweine, 15 Kaninchen, Schafe, einen Fischteich, 6 Häuser für Tabaktrocknung (das Aufhängen der Tabakblätter in den Trockenhäusern ist Frauenarbeit) und einen Tennisplatz. Die Mitglieder haben 30 Tage Urlaub, es gibt einmal jährlich eine Gewinnausschüttung nach Leistung (bestimmt vom Brigadenchef). Wegen Treibstoffmangel kann der kooperativeneigene Traktor nicht fahren, daher wird mit Ochsengespannen und Pferdefuhrwerken gearbeitet.

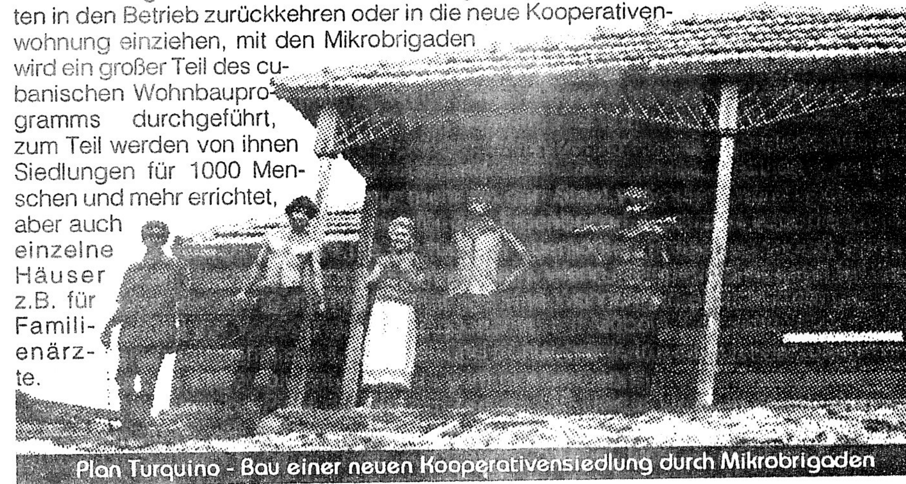
Inzwischen gibt es eine Bewegung von den großen Städten, vornehmlich Havanna wieder aufs Land, die vor allem von jungen Menschen getragen wird.

Ein Beispiel für den Korrekturplan gibt die Rinderzucht im Picadura-Tal, einem Tal mit "Mikroklima": hier werden auf ca. 50.000 Hektar derzeit 5.000 Rinder gehalten, davon 3.000 Milchkühe. Die Einrichtung geht auf eine Initiative von Raul Castro zurück, der die Bauern dazu brachte, den Landbesitz zusammenzulegen. Seit 1990 gibt es auch hier kein Kraftfutter mehr und weniger Kühe, daher weniger Milch (im Durchschnitt 11 Liter/Kuh/Tag), die Hektarerträge steigen aber. Aus Effizienzgründen werden die Kühe jetzt auf der Weide gemolken, weil die automatischen Melkmaschinen ebenfalls wegen Treibstoffmangel außer Betrieb sind.

Seit ca. 10 Jahren werden im Picadura-Tal Kuh-Embryos verpflanzt, die Entwicklung dazu lief gemeinsam mit Tschechen, Vietnamesen, Nordkorea, DDR. Es gibt dafür ein Labor mit Tiefkühlanlage. Die Rinder hier kamen aus Kanada und der Ex-DDR (Holsteinrinder), waren aber anfällig fürs Klima. Deshalb begann man mit einer Kreuzung zwischen Holstein und Zebu-Rindern, die F1-Kuh heißt und sowohl klimaresistent als auch ertragreich ist.

Ein anderes Beispiel für die landwirtschaftliche Weiterentwicklung ist der "Plan Turquino" (nach dem höchsten Berg Cubas benannt) im Gebirge der Sierra Escambray:

Seit fünf Jahren wird diese Gegend systematisch mit Kooperativen zum Kaffeeanbau besiedelt, derzeit wohnen etwa 120 Familien in fünf Dörfern mit einem Krankenhaus, einer Feriensiedlung für Cubaner und einem Internat. Neben Kaffee werden noch Bananen angebaut und einige Rinder gehalten. Der Hausbau wird auch hier von Mikrobrigaden durchgeführt. Mikrobrigaden sind von ihren Betrieben freigestellte, aber weiterhin angestellte und bezahlte Freiwillige, die nach Fertigstellung der Bauarbeiten in den Betrieb zurückkehren oder in die neue Kooperativenwohnung einziehen, mit den Mikrobrigaden wird ein großer Teil des cubanischen Wohnbauprogramms durchgeführt, zum Teil werden von ihnen Siedlungen für 1000 Menschen und mehr errichtet, aber auch einzelne Häuser z.B. für Familienärzte.


Plan Turquino - Bau einer neuen Kooperativensiedlung durch Mikrobrigaden


Haushaltsgeräte- und Fahrradfabrik in Santa Clara

Der Zusammenbruch der Handelsbeziehungen zur UdSSR und dem "sozialistischen Block" hat zu dramatischen Veränderungen im Transportwesen geführt, denen mit einer Reihe von Maßnahmen begegnet wird:

Die Inlandsflüge (zwischen Havanna, Camagüe und Santiago de Cuba) sind halbiert worden, für ein Bahnticket z.B. von Havanna nach Santiago muß man eine Wartezeit von 2 - 4 Wochen in Kauf nehmen, die Fahrt dauert zwischen 12 und 36 Stunden. Die Busse sind zwar billig, aber hoffnungslos überfüllt und dementsprechend oft kaputt und unpünktlich. Inzwischen wurden viele LKWs auf Busse umgerüstet, aus Tiefladern wurden die sogenannten "trenbus"e gebaut. In Kleinstädten verkehren an Stelle von Bussen Pferdewagen. Seit Ende September gibt es "gelbe" PolizistInnen, die staatliche Fahrzeuge anhalten und mit Autostoppern (eine vielgeübte Alternative zum Busfahren) vollstopfen, dabei werden Statistiken geführt, welche Firma besonders gern anhält und welche nicht, die dann auch veröffentlicht werden.

Fahrräder bekommen Arbeiter, die bis zu 10 km zur Arbeit müssen (um ca. 130 Pesos), Studenten (um ca. 60 Pesos), Ärzte etc., wobei Ratenzahlung möglich ist. Cuba hat aus China über eine Million Fahrräder gekauft, die zwar schwer, aber auch sehr stabil sind (auf den Herrenrädern "Flying Pigeon" fahren bis zu vier Personen), inzwischen wurde die Herstellerfirma aber von den USA gekauft und der Blockade unterworfen. In derzeit fünf Fabriken werden innerhalb des Landes Fahrräder produziert, ein Beispiel dafür ist die Fabrik in Santa Clara:

Die Fabrik, die 1967 zur Produktion von Haushaltsgeräten (von Waschbecken bis Kochtöpfen) errichtet und von Ché eröffnet wurde, beschäftigt 2.500 MitarbeiterInnen. Hier werden neben der eingeschränkten ursprünglichen Produktion derzeit täglich 500 Fahrräder in zwei Ausführungen (normal und luxus) mit drei verschiedenen Bremssystemen hergestellt, insgesamt verließen seit der Produktionsaufnahme 1990 über 60.000 Räder das Werk. Aufgrund von Treibstoffmangel funktionieren keine Fließbänder und kaum mehr Hubstapler, der innerbetriebliche Transport wird zum Großteil händisch durchgeführt. Die Fahrräder sind bedeutend kleiner und leichter als die chinesischen und serienmäßig ohne Licht augestattet. Die Fabrik erzeugt bis auf sieben Einzelteile (z.B. Bremsen) alle Teile selbst, es gibt hier eine Metall- und eine Plastikabteilung (das Plastikgranulat wird z.B. über ein Abkommen mit Castrol besorgt, dafür werden Kanister und Kübel für Castrol gefertigt), die Maschinen kommen aus verschiedenen Ländern (z.B. Taiwan, Italien, wer gerade verkauft), was bei Ersatzteilen zu Problemen führt.

Der Großteil der Werktätigen arbeitet auf Basis von Akkordarbeit. Der Fabrik angeschlossen sind Werksärzte, ein Erholungsheim, ein Gemüsegarten und eine Reparaturwerkstätte für die Fahrräder der Belegschaft, die zweimal wöchentlich auch andere Räder repariert und Reparaturkurse abhält. Der Sicherheitsstandard scheint sehr hoch zu sein, seit Betriebsgründung kam es erst zu sechs tödlichen Unfällen.

In den Städten gibt es inzwischen viele Fahrradwerkstätten, aber ein großes Defizit an Ersatzteilen; an jeder Tankstelle werden Reifen geflickt und aufgepumpt. Obwohl so gut wie kein Fahrrad mit Licht fährt (dafür aber intensiv von der Klingel Gebrauch gemacht wird) und trotz der zahlreichen Stromsperren (derzeit zwischen vier und acht Stunden täglich in Havanna) kommt es nur zu wenigen Verkehrsunfällen. Der Verkehr nimmt sich zwar chaotisch aus, aber im Gegensatz zu Europa genießen Radfahrer und Fußgänger nahezu unbegrenzten Vorrang gegenüber mehrspurigen Fahrzeugen, auf vielen Straßen - auch auf der Autobahn - ist die erste Fahrspur für einspurige Fahrzeuge reserviert. Ein Transparent über einer vierspurigen Straße in Havanna gibt einen Spruch von Jose Martí wieder: "Kinder sind das Wichtigste, das wir haben."

Für Privatautos (es gibt immer noch viele US-Straßenkreuzer aus den 40er und 50er Jahren, die sehr gepflegt werden) und Motorräder (bzw. Beiwagenmotorräder) gibt es monatlich 20 Liter, der Schwarzmarktpreis für Benzin ist 300fach so hoch wie der geregelte.

Der Ölmangel wirkt sich auch auf die Stromerzeugung aus, in Havanna gibt es derzeit zwischen 4 bis 8 Stunden Stromabschaltungen täglich. Dabei wird jeweils der Strom

folgen, dann ist es nur logisch, daß zu viel Geld in Umlauf sein würde, zu viel Geld, und viele der Phänomene, mit denen wir es heute zu tun haben, haben ihre Ursachen in der Tatsache, daß wir unter abnormalen Bedingungen kämpfen und arbeiten. Die Güter und Dienstleistungen, die zur Verfügung stehen, stehen nicht im Einklang mit dem in Umlauf befindlichen Geldüberschuß, noch mit vielen Bedürfnissen der Bevölkerung. All das schafft den kulturellen Hintergrund für negative Entwicklungstendenzen, für einige, um Vandalenakte, Kriminalität, Diebstähle etc. zu fördern und zu initiieren.

Der Mangel existiert und ist sehr real. Wir haben nicht die Ressourcen, die wir vor zehn Jahren hatten, vor fünf Jahren, vor vier Jahren, bevor das sozialistische Lager auseinanderzufallen begann, wir haben jene Ressourcen nicht, wir sind uns des Mangels bewußt, den wir haben.

Wir sind uns der imperialistischen Illusionen bewußt, wir sind uns all ihrer Manöver bewußt und Bewegungen, ihrer Strategie, das Land zu spalten, alle verfügbaren Reserven und Methoden zu benutzen, um die Revolution zu demoralisieren, die Revolution zu schwächen, weil sie sich vor den Fähigkeiten unseres Volkes zum Widerstand, die es unter diesen Bedingungen gezeigt hat, eindeutig fürchten, und sie führen all diese Manöver durch, die wir sehen, und die jeden Tag mitverfolgen können.

Ihr habt über verschiedene Schritte, verschiedene Anlässe, verschiedene Umstände referiert, und ich möchte jetzt auf einige davon nicht eingehen. Ich möchte nur sagen, daß die Revolution schlauer sein muß als die Imperialisten, schlauer als ihre Feinde und alles voraussehen muß, was diese tun könnten, was sie tun und warum sie das tun und zu welchem Zweck, und wie man dagegen kämpft. Eines ihrer Hauptziele ist es zu spalten, deshalb ist es so wichtig zusammenzuhalten, den Zusammenhalt aufrecht zu erhalten, und die Disziplin in unseren Reihen, weil es klarerweise eine der Strategien der Vereinigten Staaten ist, das Volk zu teilen, interne Konflikte zu schaffen und diese als Rechtfertigung für eine militärisch Intervention in unserem Land zu benutzen.

Niemand weiß, was für katastrophale Konsequenzen das haben könnte, denn natürlich werden wir kämpfen (Applaus), und wir werden bedeutend härter kämpfen als sich das irgendjemand vorstellen kann. Wir werden gegen Söldner kämpfen, gegen Expeditionen und gegen imperialistische Invasionen und gegen was auch immer. Und das Leben lehrt sie, daß es nicht so leicht ist, ein Land zu übernehmen und platt zu machen.

Ich denke, was in Somalia vorgeht, ist ein Beispiel dafür, wo die Grenzen der Macht der Vereinigten Staaten sind und wir können sie versichern - denn wir kennen unsere Leute und wissen um ihre Qualitäten -, daß das absolut nichts ist verglichen damit, womit wer es auch sein mag konfrontiert wird, falls er versucht, unsere Heimat zu besetzen, unter welchem Vorwand er auch immer das macht.

Hier geht es um viele Dinge, nicht nur um Unabhängigkeit, die Revolution und die Errungenschaften des Sozialismus, sondern um das Leben des Landes! Weil Revolutionäre sich niemals damit abfinden werden, besetztes Gebiet der Vereinigten Staaten oder ausländischer Truppen zu sein (Rufe: "Niemals!") und es gibt genug Ehrgefühl, genug Mut, es gibt eine ausreichend große Anzahl von Revolutionären, die die entsprechenden Taktiken und Mittel anwenden, um solche Feinde zu bekämpfen, falls sie versuchen, unser Land zu besetzen.

Aber sie unternehmen die größten Anstrengungen, um uns zu schwächen, uns zu demoralisieren, uns zu spalten. Das ist die Strategie der Vereinigten Staaten und ihrer Agenten [hier] im Land, und da wir mit jedem einzelnen dieser Manöver konfrontiert sind, müssen wir achtgeben, müssen sehr achtgeben; wir müssen denken, wir müssen sie demaskieren, wir müssen sie denunzieren, wir müssen erklären.

Natürlich haben wir mitbekommen, daß eine der Waffen, die sie verwenden, Vandalismus ist, Anstiftung zu Akten von Vandalismus. Wir haben mitbekommen, daß der Feind Verbrechen schürt, anti-soziale Akte schürt, und die Partei und die Führung der Regierung zusammen mit allen, die dieser Fall betrifft, haben eine Politik der Verbrechensbekämpfung vorgeschlagen, der Bekämpfung von Vandalismus und anderen Aktivitäten, die mit den Plänen der Konterrevolution zusammenhängen, die extrem schmerzhaft sind, denn sie machen die Bevölkerung ruhelos, sie verärgern die Bevölkerung, irritieren die Bevölkerung, verursachen unglaublichen Schaden an der Wirtschaft, verursachen unglaublichen Schaden bei der Güterverteilung. Das ist der Grund, weshalb es notwendig war, sie unerbittlich, permanent zu schlagen und diese Schlacht zu gewinnen. Die ersten Ergebnisse dieser Anstrengungen werden sichtbar, es gibt einen beachtlichen Rückgang dieser Elemente, die zuvor unerträglich wurden. Wenn die Revolution wirklich ihre organisierten Kräfte mobilisiert, ihre kolossalen Kräfte, haben die konterrevolutionären Feinde eine sehr geringe Chance, hat der Imperialismus eine sehr geringe Chance, die Revolution zu demoralisieren. Dieser Kongreß findet genau in dieser schwierigen Zeit statt und hat unserem Volk einen Schwung an Militanz gebracht. Es war notwendig für die CDRs, diese Fahnen mit all ihrem Mythos hochzuhalten, weil sie die am breitesten verankerten sind, die am allgegenwärtigsten Organisationen sind und man sagen kann, daß ohne die CDRs die Geschichte der Revolution nicht geschrieben hätte werden können. (Applaus)

Wenn die Arbeiter heimgehen und die Fabriken geschlossen werden, sind die CDRs da, Tag und Nacht, unter der Woche und am Wochenende; zu jeder Stunde, zu jeder Minute, jeden Tag sind die CDRs im Häuserblock, im Herzen und in der Seele der Bevölkerung.

Es gibt einen Grund, warum der Feind so bemüht war, die CDRs zu diskreditie-

in einer Straße abgeschaltet, während in den umliegenden weiterhin Licht ist. Ausgenommen von dieser Maßnahme sind Krankenhäuser und touristische Anlagen, die über Notstromaggregate verfügen.

Cuba ist seit vier Jahren gezwungen, Treibstoff, Ersatzteile etc. auf dem Weltmarkt zu kaufen. Die dafür nötigen Dollars kommen derzeit hauptsächlich aus dem Tourismus. Vor allem in Varadero wurden eine Reihe neuer Hotelanlagen gebaut, daneben gibt es auch die Möglichkeit für Besucher privat zu wohnen (was geduldet wird, solange die "Gastgeber" nicht ein regelrechtes Geschäft daraus machen). Seit kurzem dürfen auch ExilcubanerInnen aus den USA bis zu 21 Tage nach Cuba kommen, auch diese Maßnahme wird mit dem Dollarmangel begründet. Der offizielle Wechselkurs für Dollar beträgt ca. 1:1, am Schwarzmarkt wird der Dollar allerdings für 30 - 90 Pesos verkauft. Erste Auswirkungen des Tourismus zeigen sich rund um die Hotels und Ferienanlagen: Kinder, die schnorren, Prostitution, Diebstähle.

Neben dem Dollar-Tourismus wird auch eine Art "Alternativ-Tourismus" gefördert. Dabei stellt das ICAP (ein Verein, der ausländische Soli-Bewegungen koordiniert) Touren zusammen mit Besichtigungen von Fabriken, Kooperativen etc.

Der Zusammenbruch der realsozialistischen Länder hatte für die CubanerInnen noch eine andere Auswirkung: erhielten früher besonders tüchtige ArbeiterInnen als Prämie einen Urlaub in Bulgarien etc., so ist diese Möglichkeit - und auch die Möglichkeit, in den realsozialistischen Ländern zu studieren - inzwischen weggefallen, der Urlaub kann nur mehr an cubanischen Stränden verbracht werden.


Santa Clara: Pferdebus

## Lebensmittelkarten und Markt:

Lebensmittel werden über Lebensmittelkarten bezogen. Eine Karte ist gültig für einen Haushalt, in ihr sind eingetragen die Anzahl der Familienmitglieder, das jeweilige Alter, womit gekocht und beleuchtet wird, wer welche Medikamente bekommt etc. Die Karte ist für bestimmte Läden in einem Bezirk gültig, wenn in einem Monat nicht alles gekauft wird, was mensch damit bekommt, so verfällt der Rest.

Kranke und Schwangere bekommen Fleisch, Hähnchen, Gemüse und (Kondens-) Milch, Kinder 1 Liter Milch (Kondens- oder Trockenmilch) pro Tag.
Auszug aus einer Lebensmittelkarte Anfang der 90er Jahre (das Angebot ist inzwischen zum Teil noch eingeschränkter), gültig für 1 Monat:
(lb = Pfund, 0,45359 kg, U = Unze = 28,35 g):

| Ware | | Preis (Pesos) | Schwarzmarktpreis |
|---|---|---|---|
| Reis | 5 lb | 0,25 | 15 |
| Schwarze Bohnen | 1/2-1 lb | 0,12 | 9 |
| Öl | 1/2 l | 0,30 | 120 |
| Zucker (gemischt braun/weiß) | 5 lb | 0,15 | 15 |
| Seife | 1 Stk | 0,15 | 50 |
| Waschpulver | 2 U | | |
| Kaffee | 2 U | 0,10 | 3 |
| Zigaretten (nach Alter) | 8 Pkt | 1,6 | 20 |
| Zigarren (nur Ältere Leute) | | | |
| Zündhölzer | 1 Schachtel | | |
| Zahnpasta | 1 Stk (nach Familiengröße gestaffelt) | | |
| Salz | 1/2 lb | | |
| Schweinefleisch | 7 U | | |
| Fisch | 2 Stk | | |
| Brot | 80 gr. täglich | | |
| Eier | 2-3 alle 10 Tage | 0,50 | 3-4 |

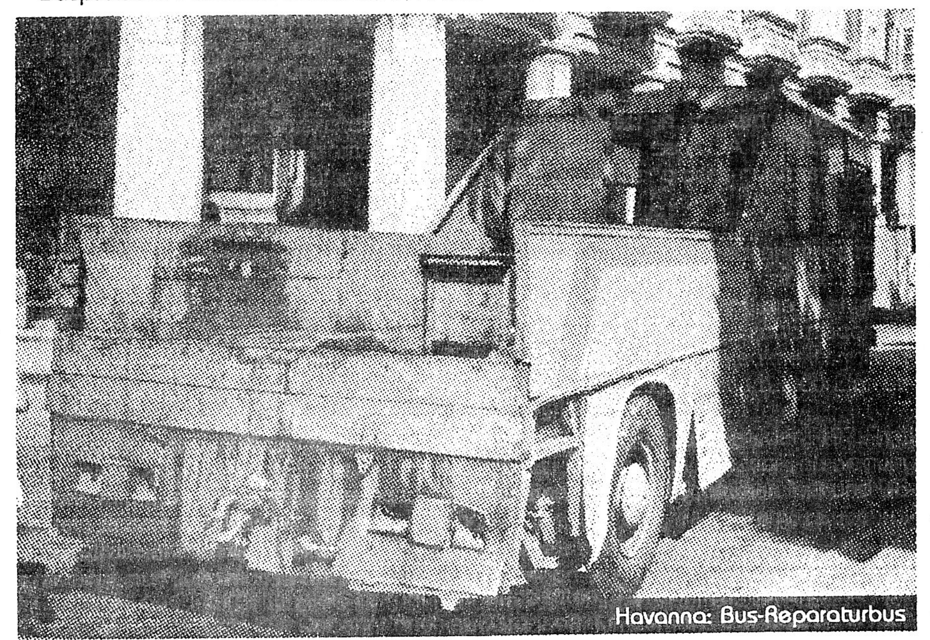
Daneben gibt es unregelmäßig Gemüse (Kartoffel, 0,30 Pesos bis 30 am Markt; Maniok; Tomaten; Bananen; Süßkartoffel), wenn verfügbar Nudeln, Essig, Schokoladepulver, Tomatensauce, Kuchen, Butter (1/4 lb.) oder Margarine; 1 Flasche Rum kostet 11 Pesos, am Schwarzmarkt bis zu 120 Pesos.

Schweinefleisch (mit Sojafleisch gestrecktes Faschiertes) kostet am Markt derzeit ca. 45 Pesos/Kilo, Rindfleisch, obwohl der Verkauf offiziell verboten ist, 60 Pesos; Käse und Kaffee sind am Markt nur gegen Dollar erhältlich. Möbel gibt es nur mehr am privaten Markt. Am Schwarzmarkt ist auch schon Salz verkauft worden, das sich nachher als Gift herausgestellt hat.

Neben dem offiziellen und dem Schwarzmarkt gibt es für Dollarbesitzer (seit einigen Monaten ist der Besitz von Dollars legalisiert) die Möglichkeit, in Hotels oder Dollar-Supermärkten einzukaufen, wo es ein europäischen Läden vergleichbares Angebot zu europäischen Preisen gibt.

Das Durchschnittseinkommen liegt in Cuba bei ca.200 Pesos, Akademiker verdienen etwas mehr. Ausländische Firmen müssen ihren cubanischen MitarbeiterInnen ein Mindestgehalt bezahlen, das über dem Durchschnittseinkommen liegt (die Arbeitsverträge werden aus Gründen des Schutzes der Beschäftigten zwischen der Firma und einer cubanischen Beschäftigungsfirma bzw. dieser Beschäftigungsfirma und den Angestellten abgeschlossen), einzelne Firmen zahlen zusätzlich auch einen Teil des Gehalts in Dollars aus.

Buspreise in Havanna: zwischen 0,10 und 1 Peso.


Havanna: Bus-Reparaturbus

Trotz aller Probleme im eigenen Land und mit der Blockade bemüht sich Cuba, anderen Ländern der "Dritten Welt" weiterhin zu helfen. So stehen immer noch cubanische Soldaten und ArbeiterInnen in Angola an der Seite der Regierung gegen die UNITA-Terroristen, so werden über 70.000 StudentInnen aus allen Ländern Lateinamerikas und Afrikas - außer Südafrika - und Ländern Asiens umsonst in Cuba ausgebildet, so haben bisher 11.000 Kinder aus Tschernobyl kostenlos im Durchschnitt 5 Monate in cubanischen Ferienlagern verbringen können. Auf der anderen Seite beginnen US-AmerikanerInnen von sich aus die Blockade zu durchbrechen. Im August waren 200 und im Oktober 1993 noch einmal über 150 Menschen aus den USA in Cuba, brachten über 100 Tonnen Hilfsgüter und riskierten dabei bis zu 10 Jahren Knast für "Begünstigung des Feindes".

Ein eindrucksvolles Beispiel cubanischer internationaler Solidarität gaben die internationalistischen ArbeiterInnen, die 1983 am Flughafenbau in Grenada mitarbeiteten.

Am Morgen des 25. Oktober 1983 begann die stärkste Militärmacht der Welt mit einer "Aktion zur Selbstverteidigung gegen terroristische Aktivitäten und die direkte Bedrohung von US-StudentInnen". Über 8.000 US-Soldaten, Marines, Fallschirmjäger etc. mit 20 Kriegsschiffen, darunter Flugzeugträger, und Artillerie überfielen die Karibik-Insel Grenada, ein Land von 344 km² Größe (Wien: über 400 km²) mit 110.000 Einwohnern.

Das Land hatte 1974 seine formelle Unabhängigkeit erreicht, und im März 1979 hatte die New-JEWEL-(Joint Endeavour for Welfare, Education and Liberation)-Bewegung geführt von dem Anwalt Maurice Bishop das Regime des verrückten Diktators und US-Büttels Eric Gairy gestürzt (er hatte u.a. behauptet, Kontakt mit Vertretern außerirdischer Zivilisationen zu haben).

Ronald Reagan behauptete, daß tausende kubanische Militärs die Insel zu einem Stützpunkt des internationalen Terrorismus ausbauten. Tatsächlich hielten sich zum Zeitpunkt der Invasion 784 CubanerInnen auf Grenada auf, darunter das Botschaftspersonal, Spezialisten und ArbeiterInnen auf der Baustelle des neuen internationalen Flughafens (ein Projekt einer britischen Firma) sowie 22 Militärberater. Sofort nach Beginn der Invasion nahmen die US-Soldaten die Unterkünfte der cubanischen ArbeiterInnen unter Beschuß, worauf diese das Feuer erwiderten. Die Kämpfe mit den CubanerInnen um den Flughafen Point Salines waren der härteste Widerstand, auf den die Inva-

ren und die CDRs zu bekämpfen, weil er weiß, daß sie eine hervorragende, machtvolle Organisation im Kampf um die Verteidigung der Revolution sind, Seite an Seite mit dem Volk, der Partei, der Regierung, den Revolutionären Bewaffneten Kräften, dem Innenministerium.

Es stimmt, daß die CDRs jahrelang eine Unzahl an sozialen Aktivitäten durchgeführt haben, sie noch immer durchführen und das tun müssen. Es ist absolut notwendig für sie, der Wirtschaft jegliche Unterstützung zukommen zu lassen, aber ihre erste Aufgabe ist die Verteidigung der Revolution (Applaus) und ihr werdet sehen, trotz all unserer Schwierigkeiten, wie wir all unseren Problemen, Materialproblemen und politischen Problemen, begegnen werden, schlau, heiter und mutig.

Heute gibt es ein Maß an Bewußtsein wie nie zuvor im Herzen unserer revolutionären Reihen und wenn die Revolutionäre von 1868 fähig waren, zehn Jahre lang im Dickicht des Dschungels zu kämpfen, wo es keine Glühbirnen gab, kein Licht, als feindliche Kräfte unser Land besetzten, wenn unsere Vorfahren im vorigen Jahrhundert fähig waren, zehn Jahre unter solch schwierigen Bedingungen zu kämpfen, im Dickicht des Dschungels, dann frage ich die heutigen Revolutionäre, wie lange werden wir fähig sein, sogar unter schwierigeren Bedingungen zu kämpfen? (Rufe: "So lange wie nötig!") Zehn Jahre oder 100 Jahre oder 1000 Jahre! (Applaus)

Das muß unsere Absicht sein, daß muß unser Bewußtsein sein, das muß unsere Standfestigkeit sein, das muß unser Vertrauen in unser Volk und seine Werte sein, Werte, die außerordentlich sind, und was gäbe es für einen besseren Beweis dafür als einiges von dem, was hier erwähnt wurde, was für einen besseren Beweis als die Tatsache, daß die Kindersterblichkeitsrate sogar dieses Jahr gesunken ist. Wie ich soeben erfahre - ich habe die exakten Daten nicht dabei -, war in den letzten Monaten die Kindersterblichkeitsrate unter 10, sie war landesweit 9,3 [von 1000], wird mir gesagt, trotz der Anstrengungen und Energie, die die Epidemie verbrauchte.

Aber was könnte aufbauender sein als den Blutspenderekord 1992 gebrochen zu haben, mitten in der *periodo especial*? Was für ein besseres Beispiel, als die Idee, diesen Rekord heuer wieder zu brechen, einen Rekord, der bereits gebrochen wäre, gäbe es nicht die Tatsache, daß es uns an der notwendigen Ausrüstung mangelt, um die Spenden in Empfang zu nehmen? (Applaus) Was gäbe es für ein besseres Beispiel als dieses für den Geist der Solidarität, den Geist der Humanität, auf den unser Volk stolz sein kann?

Es stimmt, Sixto [Sixto Batista, Chef der CDRs], daß das kein normales Jahr ist, es stimmt, daß unsere Essensrate gesunken ist, sowohl qualitativ als auch quantitativ, verglichen mit dem, was wir hatten. Das bedeutet, daß immer noch Blut gespendet wird, sogar unter Bedingungen, wo es riesige Kürzungen bei allem gibt, und unter

Bedingungen, wo es Kürzungen bei Lebensmitteln gibt, das ist das Bemerkenswerte daran. (Applaus) Das gibt dir eine Ahnung, von welchem Kaliber unser Volk ist. Es gibt gute Gründe hier für junge Leute zu sagen, es soll Gespräche geben mit jungen Leuten mit Problemen, aber es gibt hunderttausende, es gibt Millionen junger Leute, die Arbeiter sind, die Kämpfer sind, die Patrioten sind und die Revolutionäre sind. (Applaus)

Es wird übers Lumpenproletariat gesprochen, über anti-soziale Elemente gesprochen, über *jineteras* gesprochen, und sie existieren, auch wenn sie niemand gebilligt hat, niemand dazu ermächtigt hat; sie existieren wirklich und sie haben auch früher existiert. Dieses Problem begleitet uns durch die Geschichte der Revolution, die Revolution, die Prostitution bekämpft und einige verwirrte junge Leute, die von der Prostitution leben wollen. Wir taten jedenfalls das unsrige, dieses Phänomen zu bekämpfen, aber neben diesen Fällen, die uns mit Scham erfüllen, wie viele Millionen junger Menschen, Menschen im allgemeinen und Frauen im besonderen, gibt es, die ehrlich sind, die Patrioten sind, die Revolutionäre sind? (Applaus)

Die anti-sozialen Elemente, Faktoren und Tendenzen, bestärkt vom Feind, bestärkt von den widrigen und schwierigen Umständen, die wir durchmachen, sollten uns niemals entmutigen und sollten uns niemals veranlassen, unseren Glauben und unser Vertrauen ins Volk zu verlieren, in die Massen, in die Revolutionäre! (Applaus)

Wir haben diese Stärke, jene Faktoren auf unserer Seite, und ich glaube daran, daß gerade jetzt unser Land ein beispielloses Kapitel Geschichte schreibt.

Die Geschichte hat uns eine Aufgabe aufgebürdet, um die wir nicht gebeten haben. Sie hat uns eine *periodo especial* in einer unipolaren Welt auferlegt, unter der Hegemonie jener, die uns zerstören wollen, deren Stärke, wie wir vorhin gesagt haben, Grenzen hat, eine Grenze, die nur vom Mut, der Militanz und dem Heroismus der Völker festgelegt wird. Aber wenn es darum geht, diesen Schwierigkeiten mit dem jetzigen Bewußtsein und der Würde, die unser Land zeigt, zu begegnen, dann können wir feststellen, daß nie zuvor eine Revolution eine größere Schwierigkeit zu bewältigen hatte, niemals eine Revolution eine ähnliche Heldentat zu vollbringen hatte als unser Volk zu dieser Zeit zu vollbringen hat. Ich kann auch sagen, daß es niemals eine menschlichere Revolution gegeben hat als diese, noch eine solidere, noch eine großzügigere, noch eine reinere, und die Reinheit der Revolution zeigt sich in der Vorsicht, die unser Volk zeigt, die Reinheit der Revolution zeigt sich im Mut, den diese Revolution zu erbringen vermag, die Reinheit der Revolution zeigt sich in ihrer Fähigkeit standzuhalten, weil nur eine Revolution, wie ich sie erwähnt habe, fähig wäre, die Rolle, die die cubanische Revolution in dieser Zeit spielt, zu spielen.

Und ich kann euch versichern, daß viele Völker enorme Hoffnung in unsere Re-

soren stießen. Bei dem Überfall kamen u.a. 24 CubanerInnen ums Leben, die Amis - bereits damals berichtete die US-Presse von "chirurgischer Vorsicht" bei den Angriffen - legten z.B. eine psychiatrische Klinik in Schutt und Asche, wobei über 50 Menschen das Leben verloren. Reagan vermieste laut eigener Aussage die Aktion keineswegs sein Frühstück.

Die zum Zeitpunkt des Überfalls in Grenada anwesenden US-Studenten, wegen deren bedrohter Sicherheit die Aktion angeblich durchgeführt wurde, widerlegten selbst diese Lüge: "In der Zeit, da ich in diesem Lande lebte, sah ich nicht die geringsten Anzeichen dafür, daß mir etwas drohte. Eine reale Bedrohung des Lebens der Studenten und der anderen US-Bürger entstand erst, als die US-Truppen unter dem Vorwand, sie zu retten, auf der Insel gelandet waren. Die Erklärung der Washingtoner Administration, die amerikanischen Studenten seien als Geiseln genommen worden, ist eine Erfindung von A bis Z." (Stewart Rash aus New York, während der Invasion in Grenada, in einem Interview mit der New Yorker Zeitung "Riverdale Press")

Zu Geiseln wurde eine Gruppe Cubaner, die die US-Soldaten vor sich hertrieben, um so den Widerstand der anderen Cubaner zu brechen.

Die verwundeten und gefangengenommenen Cubaner kamen zusammen mit fortschrittlichen Grenadern in ein eiligst errichtetes Konzentrationslager, wo sie von Exilcubanern verhört wurden. Erst nach Wochen wurden sie - über Vermittlung des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes - nach Cuba zurückgebracht, wo bereits bei der Rückführung der Leichen der getöteten Cubaner eine Million Menschen sich am Platz der Revolution in Havanna versammelt hatten.

**Brief der Mutter eines auf Grenada eingesetzten cubanischen Bauarbeiters:**

"2. November 1983

An den Oberbefehlshaber Fidel Castro

Lieber Fidel: Ich wähle diese Anrede, weil ich weiß, daß du nicht beleidigt bist, wenn dein Volk dich respektvoll mit deinem Vornamen anspricht. Ich bin die Mutter eines in Grenada befindlichen Internationalisten und in diesem Augenblick weiß ich nicht, ob mein Sohn am Leben ist oder tot. Ich möchte dir mitteilen, wie es mir geht. Glaube nicht, daß diese Mörder mich zittern machen. Was ich fühle, ist, daß - weil das ganze Volk unseren Schmerz teilt - wir, die Verwandten jener Genossen, glücklich sein sollten. Ja, glücklich; warum nicht? Glücklich, weil wir Söhne haben, die eine Seite im Buch der Geschichte geschrieben haben, während andere Mütter, wegen des Angriffs einer wilden Bestie, nur weinen können. Ich sage dir das in der Hoffnung, daß jene Mütter verstehen und ihren Söhnen nicht mehr erlauben, getötet zu werden oder gezwungen zu werden Männer, Frauen und Kinder zu töten, die sie niemals belästigt haben, nicht mal ihr Land beleidigt haben wegen einer verrückten Bestie, die für andere Völker die selbe Verachtung hat wie für ihr eigenes Volk.

US-Mütter, erlaubt keine Kriege mehr. Schließt euch zusammen und verhindert, daß eure Kinder weiterhin so viele Verbrechen begehen. Laßt sie kämpfen, ja, aber nur wenn ihr, euer Land oder eure Fahne angegriffen werdet. Wacht auf und sagt zusammen mit eurem ganzen Volk: "Es reicht!" Und wenn ihr dazu diesen Bestien die Macht entreißen müßt, tut das! Und wenn ihr die Hilfe cubanischer Mütter braucht, so fragt danach. Wir sind nicht gegen das Volk der USA; wir wollen euch helfen, denn wir sind Brüder und Schwestern. So werdet ihr in der Lage sein zu sagen, wie wir es sagen: Für euer Land zu sterben bedeutet zu leben.

Die Heimat oder den Tod, wir werden siegen.

Lucía Rodriguez Candelario, Calle 268 No. 3707, zwischen der 39. Straße und Lindero, Arroyo Arenas, La Lisa, Havanna. Mutter des internationalistischen Bauarbeiters Juan José León Rodríguez (24 Jahre alt, Mitglied des kommunistischen Jugendverbands, verheiratet und Vater einer zweijährigen Tochter)."


Grenada: Psychiatrie nach chirurgischem Eingriff der US Marines

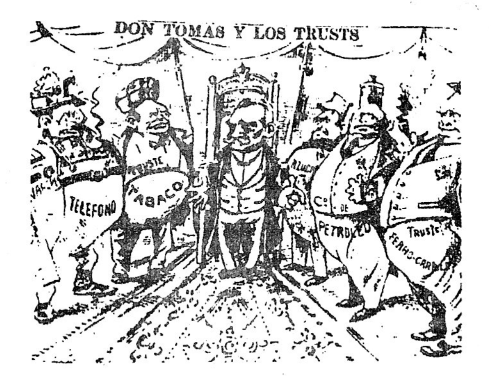
volution gesetzt haben, es gibt eine enorme Bewunderung für Cuba, der Wunsch, daß wir da rauskommen ist enorm, denn es ist bekannt, daß wenn der Imperialismus es schaffen würde, die cubanische Revolution zu zerstören, daß das eine Tragödie und ein Verlust für die gesamte Menschheit wäre. Deshalb haben so viele Menschen ihre Hoffnung in die cubanische Revolution gesetzt, etwas, das ich mit eigenen Augen bei Auslandsreisen gesehen habe.

Ich brauche nicht lange über meine Visite unlängst in Bolivien sprechen und die außerordentliche Art und Weise, auf die die Menschen dort uns bewundern, ihre Liebe, Achtung und Bewunderung für Cuba; ihre solidarischen Gefühle sind wirklich unglaublich, unbeschreiblich. Man sagt, daß die Völker, die hoch oben in den Anden leben, auf tausenden Metern Seehöhe, kalte Völker sind, daß sie nicht sehr enthusiastisch sind, aber laßt mich sagen, daß ich selten ein so enthusiastisches und hervorragendes Volk gesehen habe als das wir es in Bolivien gesehen haben.

Die Sympathie und Bewunderung der Massen für die cubanische Revolution sind größer als je zuvor, was bedeutet, daß wir nicht nur die Pflicht haben, für uns selbst zu kämpfen und für unsere Hoffnung, sondern auch für die Hoffnungen der Völker des Rests der Welt. Denn überall, sowohl in den Ländern der Dritten Welt als auch in den entwickelten Ländern, sehen wir Zuneigung und Achtung für das cubanische Volk, um nicht zu reden von der Solidarität mit der cubanischen Revolution, auf ihrem Weg. (Applaus) Deshalb müssen und fühlen wir uns stolz.

Unsere Feinde werden lernen, uns nicht zu unterschätzen, sich selbst zu täuschen, denn das cubanische Volk und die cubanische Revolution sind eine schwer zu knackende Nuß, egal wie unglaublich die Bedingungen sind. Und wären die CDRs nicht am 28. September 1960 geboren worden, so würden sie heute entstehen. (Langanhaltender Applaus) Aber weil sie 1960 gegründet wurden und so in die Geschichte eingehen werden, wird auch das Jahr 1993 in die Geschichte eingehen als das Jahr, in dem die CDRs mit mehr Energie und Tatkraft, mehr Mut, mehr Würde und größerem Kampfgeist denn je zuvor neugeboren wurden. (Applaus)

**Sozialismus oder Tod!**
**Heimat oder Tod!**
**Wir werden siegen!**
**(Ovation)**




*Auszüge aus einem Interviewmit Luis Acre Borja (Herausgeber von "El Diario" vom 6. und 8. Oktober 1993 gemacht. Übersetzung: I.R.B (Internationale Rote Bewegung)*

## Ein Friedensabkommen in Peru?

Die Reaktion und der Imperialismus träumen weiter

Am 1. Oktober 1993 verlas Diktator Fujimori im Hauptquartier der UNO einen Brief, der angeblich vom Vorsitzenden Gonzalo unterzeichnet sein soll. Die kurze Notiz beinhaltete eine „Anfrage zu einer Unterredung", um ein „Friedensabkommen" auszuhandeln. Zwei Tage später, am 3. Oktober, präsentierte das peruanische Fernsehen Bilder, auf denen Dr. Abimael Guzman und Elena Iparraquirre zu sehen waren, die diesen „Friedensbrief" verlasen. Was ist die Wahrheit? Gibt es diesen Brief, und ist es wahr, daß der Führer der Peruanischen Guerillas über den Krieg verhandeln will? Gibt es die Möglichkeit eines Friedens in Peru, ohne daß die Reichen und Mächtigen gestürzt werden?

Um diese Fragen beantworten zu können, müssen wir uns einen Überblick über die politischen Bestandteile, aus denen die Propaganda-Kampagne der Regierung gegen den Volkskrieg besteht, verschaffen. Die bewußte Verzerrung der Realität ist eine Vorgangsweise, die im Krieg niedriger Intensität, den die Regierung gegen die maoistischen Guerillas führt, sehr oft verwendet wird. Aus einer Zusammenfassung der objektiven Erklärung dieser Fakten folgt: „ ... Dialog ist ein übler Betrug"

Es gibt keinen Zweifel daran, daß sowohl der Brief als auch die Präsentation der Führer des Volkskrieges im Fernsehen eine neue Farce der Regierung und Teil des Aufstandsbekämpfungsplanes der Regierung sind. Zu ihrer Durchführung holten sie sich Techniken aus den Arsenalen der USA, die schon seit langer Zeit als „Berater" sowohl bei der Polizei als auch beim Nationalen Sicherheitsdienste SIN mitmachen. Niemand, der über die theoretischen Beiträge Dr. Guzmans Bescheid weiß, kann glauben, daß er an „Verhandlungen über den Krieg" mit Diktator Fujimori denkt, den er bei verschiedensten Gelegenheiten als „einen prinzipienlosen, hinterhältigen und deformierten Kretin, der ohne die Hilfe der Bajonette des Militärs nicht zurechtkommt" bezeichnet hat.

Vorsitzender Gonzalo hat eine klare politische Vorstellung über das politische Konzept des konterrevolutionären Inhalts von „Dialogen". In dem Interview, daß er El Diario im Juli 1988 gab, geht er sehr genau auf dieses Thema ein und stellt folgendes fest: „Dialoge zielen einfach nur darauf ab, den Volkskrieg zu stoppen oder zu untergraben ... daher ist ein Dialog ein übler Betrug". Und das ist nicht alles: Dr. Guzman zur Frage der Möglichkeit über „diplomatische Verhandlungen und Abkommen" mit dem Feind: das wäre nur unter der Vorraussetzung möglich, wenn sich der Feind „total, umfassend und absolut" ergeben würde.

Mit diesem Witz verfolgt das Regime drei konkrete Ziele:

Erstens versucht die Regierung die internationale Öffentlichkeit zu überraschen, indem sie sich als „Sieger" und als stabile Administration darstellt, die in der Lage war, die maoistischen Aufständischen zur Aufgabe ihrer Linie zu zwingen, sowohl militärisch als auch politisch. Es ist kein Zufall, daß der Beginn der Kampagne mit diesem angeblichen „Brief des Vorsitzenden Gonzalo" mit einer intensiven Werbekampagne (von der peruanischen Regierung bezahlt) in wichtigen Teilen der Medien, vor allem in den Vereinigten Staaten und Europa, zusammenfällt, in der von den „Fortschritten bei Investitionen in Peru" gesprochen wird.

Zweitens zielt dieses Theaterstück darauf ab, Angst und Verwirrung in den Sektoren der peruanischen Gesellschaft zu stiften, die im Volkskrieg den einzigen Weg zu ihrer Befreiung sehen.

Drittens hofft die Diktatur bei Beibehaltung dieses Kurses, ihren „Sieg" beim Referendum am 31. Oktober verwerten zu können, und damit die Verfassung, die vom unterwürfigem, selbstgemachten „demokratischem konstituierendem Kongreß" (CCD) ausgearbeitet wurde, zu bestätigen. Eine Verfassung, die aus Fujimori, dem vulgärem Diktator, der er jetzt ist, eine Karikatur eines östlichen Herrschers machen würde.

Der Plan der Regierung und des CIA ist, Vorsitzenden Gonzalo umzubringen

Das Theaterstück als solches verbirgt die Anwendung brutaler psychischer und physischer Foltermethoden, die das Leben von Vorsitzenden Gonzalo und der anderen Kriegsgefangenen in große Gefahr bringen. Nicht umsonst leidet Dr. Guzman an den teuflischen experimentellen Tests der „Wissenschaftler" des Nationalen Sicherheitsdienstes SIN, der von Vladimiro Montesino geleitetet wird, der mit dem CIA verbunden und einer der Berater von Fujimori ist. Der finstere Plan endet nicht mit der Verlesung des Briefes und der Präsentation im Fernsehen der angeblichen Autoren einer Anfrage für einen Dialog. Der letzte Akt dieses Theaters ist der Meuchelmord an Vorsitzenden Gonzalo und Elena Iparraguirre. Wie läßt sich das erreichen? Sehr leicht. Es ist sicher, daß die Parteizentrale, die Kader der Basis und Regionen der PCP in Anwendung der Gonzalo-Gedanken die Pläne und Strategien zur Machtübernahme im ganzen Land weiter verfolgen und die Erfindung von Fujimori über die „Friedensverhandlungen" zurückweisen werden. Genau auf dieser Tatsache baut der Plan des Regimes, den Führer der peruanischen Revolution zu eliminieren. Das Verbrechen wird als „Selbstmord" dargestellt werden, und dieser „Selbstmord" wird der Öffentlichkeit mit dem Argument verkauft werden, daß Dr. Abimael Guzman „nicht damit fertig wurde, daß die Partei seinen Plan zu Verhandlungen über den Krieg zurückwies". Es ist sicher, daß die peruanische Presse sagen wird: „Die harte Linie von Sendero Luminoso verursachte den Tod von Guzman".

*Zusammenfassung aus zwei Artikeln in Revolutionary Worker, 26.9./3.10.1993, die auf folgende Quellen zurückgreifen: Reuters, UPI, Caretas, den Papst, Washington Post, El País, Emergency Bulletin (IEC), El Diario Internacional, La República, A World to Win.*

# Anatomie einer Regierungslüge: Die wahre Geschichte über Sendero Luminoso und die Asháninka-Indianer.

Am 21 August 1993 erging eine Reuters-Meldung an die Weltmedien, die Volksbefreiungsarmee wäre in ca. 15 Dörfer entlang eines Dschungel-Flusses eingedrungen und hätte dabei 62 Dorfbewohner - darunter kürzlich eingetroffene Siedler und Asháninka - getötet und weitere 34 verwundet. Anfangs sprach man von 50 Guerillas, in späteren Berichten von 150 Asháninka, die ihnen zum Opfer gefallen wären.

Der ursprüngliche Reuters-Bericht zitiert ein Interview in *Radio Programas Del Peru*: "Die Subversiven behaupteten, Mitglieder der Anti-Guerilla-Milizen zu sein. Sie brachten die Leute in einen Raum und beschimpften sie, weil sie keine Milizarbeit geleistet hatten."

Es hieß, die Überlebenden seien auf einem Stützpunkt der *sinchi*-Einheiten der Nationalen Peruanischen Polizei und ihrer Green-Beret-Berater in Mazamari "in Sicherheit gebracht" worden, das peruanische Militär schicke Hubschrauber und Schnellboote zu einer Offensive in die zentrale Dschungelregion. Schließlich vermeldete Reuters am 25. August, peruanische Truppen hätten 78 Indianer - 23 Frauen, 19 Männer und 29 Asháninka-Kinder - aus den Händen der Guerillas befreit.

Das IEC (International Comittee to Defend the Life of Dr. Abimael Guzmán) sieht in diesen Berichten die Eröffnung einer Kampagne, die hauptsächlich auf die Verleumdung der Revolutionäre in den Augen der weltweiten Unterstützer der Amazonas-Indianer in ihrem Kampf gegen das Genozid abzielt: "Der Asháninka-Zwischenfall fand statt am Tag nachdem berichtet worden war, daß Goldgräber in Brasilien mehr als 200 Yanomami-Indianer umgebracht hatten ... Diese miteinander nicht in Verbindung stehenden Ereignisse wurden von der Presse miteinander verquickt und die Weltmedien nützten die durch die Yanomami-Geschichte geschaffene öffentliche Meinung .., um glauben zu machen, die PCP wäre gegen das Indianische Volk, wo die PCP doch in Wirklichkeit hauptsächlich aus indigenen Völkern besteht" (*Emergency Bulletin* Nr.36).

**Die Lücken in der offiziellen Geschichte**

In den letzten zehn Jahren zwang die peruanische Regierung die Bauern laufend in *rondas* genannte bewaffnete Milizen. Wer sich weigerte, gegen Revolutionäre zu kämpfen, wurde als "Terrorist" bezeichnet und von Regierungskräften ermordet.

Wieso besteht Reuters darauf, die "Subversiven" der PCP hätten die Dorfbewohner ermordet und nicht "Mitglieder der Anti-Guerilla-Milizen"? Doch wohl nur, weil die Behörden in Peru und in den USA die Presse dazu aufgefordert hatten.

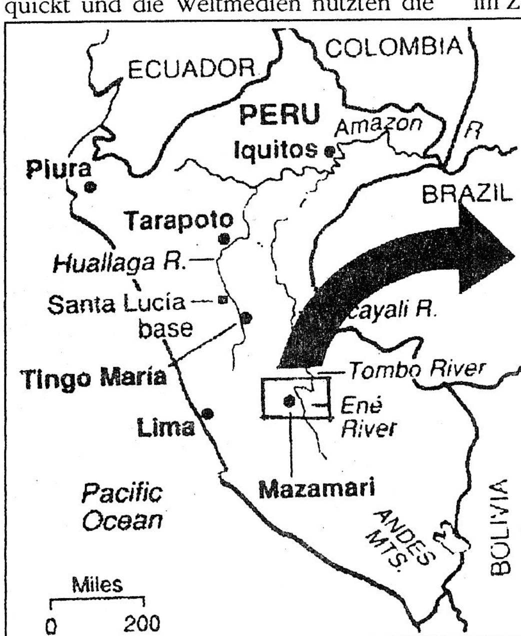
Das IEC schreibt: "Sogar die sogenannten 'Senderologisten' - USA-freundliche 'Experten' - geben zu, daß die PCP immer die Verantwortung für ihre Aktionen übernimmt, selbst wenn sie strittig sind, sich niemals als etwas anderes ausgibt als sie ist, und ihre militärischen Aktionen immer ein **politisches** Ziel haben. Welchen politischen Zweck sollte es haben, Leute umzubringen, **weil sie sich weigern, mit dem peruanischen Militär zusammenzuarbeiten**?"

Alle angegriffenen Dörfer liegen 10 bis 20 Kilometern im Umkreis des Hubschrauberstützpunkts Mazamari, auf dem 400 *sinchis* von US-amerikanischen Green-Beret-Kommandos ausgebildet und geführt werden. Sämtliche betroffenen Dörfer - Santa Isabel, Santa Rosa, Sol de Oro, Monterrico, Tawantinsuyo und Chiriari - liegen entlang eines 10 Meilen-Abschnitts, der von den Militärstützpunkten Satipo, San Martin de Pangoa und Puerto Ocopa mit insgesamt 500 Soldaten umgeben ist, also im Zentrum der größten Konzentration an Aufstandsbekämpfungstruppen in der Region liegt. Selbst die reaktionäre peruanische Zeitschrift *Caretas*, die die Vorfälle *Sendero Luminoso* zuschreibt, fragt sich, wieso die Regierungstruppen nicht "prompt (re)agierten", was ahnen läßt, daß das Militär zumindest keinen Einwand gegen ein solches Massaker hatte.

**Drohungen des 'Lieutenant Poison' vor dem Mazamari-Massaker**

Am Sonntag, den 15. August drang laut *Caretas* eine Einheit von 100 Soldaten und *ronderos* um 5 Uhr früh in Mazamari ein. Viele Bewohner wurden aus ihren Häusern gezerrt und zusammengetrieben. Einige rannten in ihrer Angst zum 48. Aufstandsbekämpfungs-Kommando und baten die *sinchis* um Hilfe. Die Diensthabenden sagten, sie könnten nichts tun, da dies Aktionen von Armeesoldaten seien. Vom Balkon des Rathauses rief ein Militäroffizier, der sich als 'Lieutenant Poison' vorstellte, die Leute auf, sich in *rondas* zu organisieren, um die "Subversiven" auszuradieren. Er forderte die Bildung von Selbstverteidigungskomitees, da die Terroristen die Gemeinde infiltriert hätten. Obwohl die Frage auftauchte, wieso das alles nötig sei, wo die Stadt doch so nahe beim Polizeistützpunkt liegt, gab 'Lieutenant Poison' 14 Tage zur Schaffung von *rondas*. Es wurde eine Ausgangssperre ab 22 Uhr verhängt.

Aus den bisher vorhandenen fragmentarischen Informationen kann man schließen, daß die Militäreinheiten eine Offensive gegen die revolutionären Kräfte in die eigenen Stützpunkte direkt umgebende Dörfern gestartet hatten. Drei Tage nach dem Überfall auf Mazamari und der Aufforderung an die Bevölkerung, sich aktiv am Kampf gegen die Guerillas zu beteiligen, griff das Militär 15 umliegende Dörfer an und tötete unter dem Vorwand, die Leute hätten keine *rondas* gebildet. Wie es scheint, haben die Militärs dann eine Reihe von "search and destroy"-Missionen mit Hubschraubern und Kanonenbooten in den angrenzenden Dschungel unternommen, um Jagd auf Revolutionäre zu machen, möglicherweise auch auf die Asháninkas, die vor den Massakern flohen. Die *sinchis* hätten dann einige Überlebende des Massakers **von der Armee** zum Stützpunkt in Mazamari bringen lassen, um ihnen den Kontakt mit der revolutionären Bewegung abzuschneiden - und erzählten der Welt, sie würden die Indianer 'beschützen'. Es ist eine klassische US-Taktik, den Revolutionären das Wasser abzugra-




Rio Perené
Puerto Ocopa Army Base
Rio Tambo
Puerto Prado Army Base
R. Satipo
Satipo Army Base
Camavari
Pueblo Libre
Monterrico
Chiriaqui
Monte Hore
Chiriani
Cobaro
Alto Cobaro
Mazamari 48th National Police Headquarters
Sta. Isabel
Tahuantinsuyo
de Oro
San Martín de Pangoa Army Base
Rio Ene

ben, indem sie die Bauern in unter Bewachung stehende bewaffnete "strategische Dörfer" zwängen. Schließlich, um auf der ganzen Welt Verwirrung über diese Ereignisse zu stiften, verkündete das Militär, die Maoisten hätten die Grausamkeiten an den Asháninka angerichtet. Um dann noch einmal über lokale Kollaborateure im Radio Asháninkas und andere Dorfbewohner zur Bildung von *rondas* und zur Mitwirkung an der "antisubversiven" Kampagne aufzurufen.

**Die Rolle der Asháninkas im Volkskrieg**

Mehr als die Hälfte Perus liegt in den riesigen Flußtälern, die im Osten in den Amazonas münden. In dieser Region stellt das Asháninka-Volk mit 25.000 Angehörigen die größte Gruppe der zahlreichen Ureinwohner. In diesem Dschungelbereich konnten die modernen Sklavenhändler und Kapitalisten nach Herzenslust die indianischen Völker ausbeuten und töten. Die Asháninka sind berühmte Krieger. 500 Jahre lang hatten sie die Missionare erfolgreich aus ihren Gebieten ferngehalten.

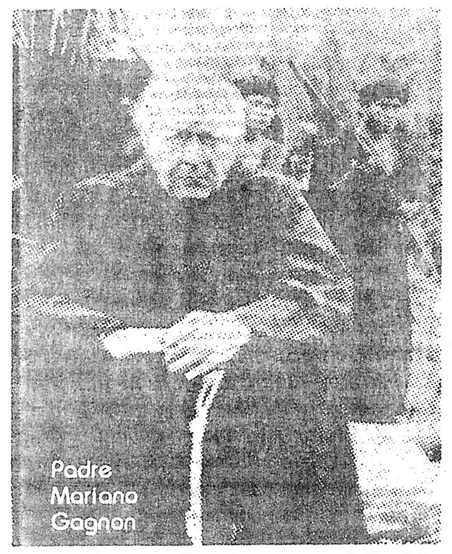
Im letzten Jahrhundert wurde der Dschungel zunehmend von kapitalistischen Interessen eingenommen, die auf die wertvollen Rohstoffe wie Gummi und Gold abzielten. Privatsoldaten der Gesellschaften nahmen Indianer gefangen und zwangen sie zur Sklavenarbeit. Tausende wurden in den Minen und den Plantagen entlang der Flüsse buchstäblich zu Tode geschunden, niedergeschossen und ermordet. Frauen und Kinder wurden zur sexuellen Sklaverei rund um Siedler-Camps und wichtige Handelsposten gezwungen.

Ab 1970 siedelten verschiedene peruanische Regierungen landlose Bauern in den Dschungelgebieten an und viele begannen Coca anzubauen. Es entstanden Konflikte zwischen den neuen Siedlern und den Asháninkas im ganzen Land.

Die herrschende Klasse Perus hielt die Zerstörung dieser Waldvölker zwar für tragisch, jedoch unvermeidlich. Sie ist aber nicht unvermeidlich. 1980 begann die PCP den Volkskrieg. Von Anfang an schuf diese Revolution eine neue Einheit zwischen den bäuerlichen Siedlern und den Asháninkas auf der Grundlage eines gemeinsamen Kampfes gegen das System. Mit der Ausbreitung ihrer Macht wurde die Sklaverei entlang des Flusses nach und nach abgeschafft und das Volk erhob sich. Selbst Feinde der Revolution müssen eingestehen, daß viele maoistische Guerillakämpfer und -führer dieser Region junge Asháninka-Krieger sind.

Die Zentralregierung brachte Truppen in die Region, Armeestützpunkte wurden errichtet und die USA rüsteten sie mit Schnellbooten der Navy für Patrouillen auf den Flüssen aus. Der *sinchi*-Stützpunkt wurde eingerichtet - komplett, mit Green-Beret-Ausbildnern und Hubschraubern. Die quechuasprachigen Siedler wurden unter dem Vorwand des US-inspirierten "war on drugs" angegriffen. Zur selben Zeit wurde der Versuch unternommen, Teile der Asháninka zu rekrutieren, um für die Regierung zu kämpfen, indem man sie gegen die Siedler ausspielte, die ihr Land in Anspruch nahmen. Das ist eine Taktik, die auch bei den Meos in Vietnam eingesetzt worden war - die Meos wandten sich aber gegen die Green Berets und verbündeten sich mit den revolutionären Kräften.

Der Padre und US-Agent Mariano Gagnon schildert in seinen Memoiren wie bei den angrenzenden Siedlern und unter den Asháninkas in seiner Gemeinde die Unterstützung für die Revolution wuchs und die Revolutionäre ihn um Unterstützung bei der Befreiung des Volkes baten. Er beschreibt, wie eng er mit den *sinchis* und den Green Berets in Mazamari zusammengearbeitet und die Leute für die US-Botschaft ausspioniert hatte. Er berichtete ihnen, wer sich den Guerillas angeschlossen hatte und forderte einen militärischen Angriff auf ein Labyrinth von Höhlen nahe des Quimpiri-Flusses, das er für ein bedeutendes revolutionäres Hauptquartier hielt.


Padre Mariano Gagnon

Zwischen 1984 und 1987 stand die PCP an der Spitze einer Reihe von revolutionären Erhebungen und militärischen Aktionen in all diesen Tälern. Sechs Armeestützpunkte waren aufgegeben worden. Die Regierungstruppen igelten sich in ihren verbliebenen vier Camps ein.

1991 starteten die US/peruanischen Kräfte einen Versuch, diese Region erneut einzunehmen. *El Diario Internacional* berichtet 1991 über laufende schwere Kämpfe im Ene-Tal zwischen der Armee und der Volksguerilla-Armee, in deren Reihen zwischen 8.000 und 10.000 Asháninkas stehen.

Immer wieder relativieren Armeeoffiziere den Vorteil ihrer besseren Bewaffnung durch den der besseren Kenntnis des Terrains, ständige Fallen und Hinterhalte. Jedesmal, wenn die Regierungstruppen revolutionäre Dörfer angreifen und einnehmen, jubeln die US-freundlichen Medien, daß wieder von *Sendero Luminoso* "gekidnappte Asháninkas befreit" worden seien. Und immer wieder haben die US/peruanischen Streitkräfte versucht, die Asháninkas zur Bildung von *rondas* zu zwingen - wer sich weigert, wird des "Terrorismus" bezichtigt.

Die östlichen Flußtäler füllen sich mehr und mehr mit Vertriebenen, unter ihnen auch viele Asháninkas aus angrenzenden Gebieten wie Ayacucho. Auch das vergrößerte die Widersprüche in der Bevölkerung. Es wird berichtet, daß es den US/peruanischen Streitkräften kürzlich gelungen sei, einige *rondas* unter den Asháninka zu organisieren, indem sie ihnen Waffen versprachen, die ihnen helfen sollen, die neuen Siedler zu vertreiben. Laut Augenzeugenberichten sind die meisten Opfer in den Dörfern rund um Mazamari aus dem Westen vertriebene Asháninkas, die sich erst vor kurzem hier angesiedelt hatten.

Wenn das peruanische Militär gezwungen ist, Massaker auszuführen, um Dörfer zu befrieden, die direkt um ihre eigenen Forts liegen, kann man daraus schließen, daß ihre Offensiven ihnen nicht die Kontrolle über die Region gebracht haben.

**So erkennt man die imperialistische Desinformation**

Noch haben wir keine Stellungnahme von den Schwestern und Brüdern der Kommunistischen Partei Perus. Eines ist jetzt schon klar: Massenmorde zur Einnahme einer umkämpften Region passen vollkommen logisch zur Klassennatur, den militärischen Methoden und zur Geschichte sowohl der peruanischen als auch der US-Armee.

Die herrschende Klasse in den USA nützt die Desinformation um Verwirrung zu stiften. Sie wollen eine Unterstützung für die US-Intervention und für Fujimoris Diktatur aufbauen. Sie wollen ein Klima der Unterstützung für die Hinrichtung des Vorsitzenden Gonzalo schaffen. Und sie wollen unterdrückte Völker auf der ganzen Welt davon abhalten zu erkennen, daß unsere Brüder und Schwestern in Peru sich erhoben haben zu einem vorbildhaften und gerechten Kampf, der reich an Lehren für alle Unterdrückten dieser Welt ist.

Die Erziehung zum Erkennen der Desinformation ist ein wichtiger Teil des Klassenkampfes in den USA - und ist entscheidend für die Unterstützung der Revolution in Peru.

"Am 18. August führten die maoistischen Guerillas, unter ihnen 200 Asháninka-Indianer, einen kraftvollen Angriff gegen von der peruanischen Armee organisierten und geführten Asháninka-*ronderos*. Nach dieser militärischen Auseinandersetzung gab es 55 Tote und ungefähr 30 Verwundete ... Die Presse verschwieg, daß die Mehrheit der getöteten Asháninkas den *rondas* angehörten ... Alle betroffenen Dörfer liegen im Satipo-Distrikt, in denen die Armee einen Streifen von "strategischen Dörfern" eingerichtet hat. Die Kämpfe begannen um 9 Uhr früh und endeten um 6 Uhr abends. Die Schlacht fand nur 25 Kilometer vom Hauptstützpunkt der *sinchis* in Mazamari statt ..." (Luis Arco Borja in: *El Diario Internacional*)

**Wie die reaktionären Medien versuchen, die revolutionären Asháninkas wegzuleugnen**

Einer der wichtigsten Desinformationstricks der reaktionären Medien ist es, die maoistischen Revolutionäre Perus als eine finstere Kraft darzustellen, die ihre Gewalt gegen das Volk selber richtet. Sie müssen verhehlen, daß die PCP sehr stark bei den unterdrückten Völkern verankert ist. Die meisten PCP-Guerillas sind selbst Söhne und Töchter von Bauern und städtischen Armen - und sind in der überwiegenden Mehrzahl indianischer Abstammung. Sie müssen vertuschen, daß das peruanische Militär Leute gezwungen hat, sich einem Netz von bewaffneten antirevolutionären Gangs anzuschließen, die das Militär in ihrem Krieg gegen die Guerillas als Kanonenfutter benützt. Wenn die Guerillas solche *rondas* angreifen und besiegen, behaupten sie, die maoistischen Guerillas hätten unschuldige Bauern ermordet.

Am 5. September interviewte die reaktionäre Tageszeitung *La República* (Lima) regierungsfreundliche Asháninka-"Führer", die sagten, daß die Asháninka-Gemeinde am Tambo-Fluß bei der vorletzten Volkszählung 24.000 Bewohner umfaßt hatte, bei der letzten nur mehr 8.300. Auf die Frage: "Wo ist der Rest?", antworteten sie: "Wir nehmen an, sie sind beim *Leuchtenden Pfad*. Wir haben den Kontakt zu ihnen verloren. Unser Territorium umfaßt 2.231,49 Kilometer. Ca. 40% dieses Territoriums wurde von der terroristischen Organisation eingenommen. Der Rest des Territoriums wurde befriedet."

In anderen Worten, die **Mehrheit** der Asháninka hat sich der Revolution angeschlossen und der **Großteil** dieser Dschungelregion wird von den politischen Institutionen des neuen revolutionären Staates regiert. Diese Tatsache wird von zahlreichen Quellen bestätigt - unter ihnen viele Berichte von Feinden der Revolution. Und die Geschichte der Asháninka zeigt, daß es unendlich viele Gründe gibt, sich *Sendero Luminoso* anzuschließen.

**Die Asháninka - berühmt als grimmige Feinde der Unterdrücker**

Das Andenhochland verläuft von Norden nach Süden mitten durch Peru. An seinem östlichen Rand fallen die Berge mit Felsen und Schluchten schroff in den dichten Amazonas-Dschungel ab, der sich über Tausende von Meilen hin zum Atlantik ausdehnt. Die spanischen Eroberer, die das peruanische Inka-Hochland um 1500 eroberten wurden von Amazonas-Völkern umgebracht und verjagd. Sie nannten die Asháninka den 'Campa-Stamm'. Entlaufene afrikanische Sklaven und aufsässige Hochland-Quechua-Indianer flohen in diesen Dschungel, um den Unterdrückern zu entkommen. Sie bildeten Gemeinden und oft verbündeten sie sich mit den Asháninka.

Die Unterdrücker gaben den Versuch niemals auf, die Dschungelvölker zu versklaven, die indigenen Völker gaben ihren Widerstand nie auf. Über mehr als drei Jahrhunderte töteten die Asháninka mehr als 20 katholische Franziskaner-Missionare. 1742 trieb ein machtvoller gemeinsamer Aufstand von Asháninkas und entlaufenen Sklaven Franziskanische Missionare und spanische Soldaten zurück in die Hochlandgebiete. Die Aufständischen verfolgten sie sogar über die steilen Felsen und nahmen zeitweilig Teile des Plateaus rund um Andamarca ein. Danach wagte sich mehr als hundert Jahre lang kein Soldat oder katholischer Missionar mehr in den Dschungel.

Mitte des 19. Jahrhunderts versuchten die herrschenden feudalen Klassen Perus erneut in die Dschungelregionen einzudringen. Franziskaner-Missionare fanden "die Indianer mürrisch und zur Kooperation nicht bereit". Zu dieser Zeit erhielt die peruanische herrschende Klasse Schützenhilfe von einer neuen Seite: den Repräsentanten der nordamerikanischen kapitalistischen Macht. Das US-Navy-Department schickte zwei Agenten aus, die den Amazonas nach Reichtümern absuchen sollten, die sie rauben könnten. Diese Agenten schrieben, daß die Asháninka "entschlossen (sind), die Flußübergänge zu verteidigen und jeglichen Versuch einer neuerlichen Einnahme zurückzuschlagen".

**Das System des Raubes, der Sklaverei und der Verwahrlosung**

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatte die aufkommende Macht des Weltkapitalismus einen mächtigen Vorstoß in die peruanischen Amazonas-Regionen vorgenommen. 1891 überließ die peruanische Regierung einen großen Teil des Perené-Flusses der britischen *Peruvian Corporation LTD* zum ausgedehnten Kaffeeanbau. 1938 beutete sie ca. 2.000 Asháninkas aus. In anderen Tälern gründeten Kapitalisten Gummiplantagen und Holzfällbetriebe.



An der Küste verwurzelt, behandelte die peruanische Regierung die indianischen Völker der Amazonas-Regionen wie Tiere. Die Regierung ermutigte Kapitalisten aller Art nicht nur, die indigenen Völker auszurauben und zu versklaven, sie ignorierte auch sie und ihre Interessen.

Die Plantagenbesitzer setzten das System der *enganche* ein, um die Asháninka-Völker zu versklaven: Die Handelsposten gaben den Indianern Stoffe, Geschirr, Macheten und Jagdgewehre und verpflichteten sie dann, ihre Schulden abzuarbeiten. Preise und Löhne waren so manipuliert, daß sie niemals aus ihren Schulden herauskommen konnten. Tausende arbeiteten sich buchstäblich zu Tode. Viele starben an Krankheiten. Bewaffnete Agenten überwachten die Flüsse, um Indianer, die zu fliehen versuchten, einzufangen und brutal zu bestrafen.

Gleichzeitig vergaben die Händler Gewehre, üblicherweise Schrotflinten und Winchester Repetiergewehre, an Indianer, die korrupt genug waren, um indianische Frauen und Kinder zu entführen und sie in die Sklaverei zu verkaufen. Die Kapitalisten stellten die Anführer solcher korrupter Sklavenbanden als *curacas* (Chefs über das indianische Volk) ein und ließen diese bestochenen *curacas* Papiere unterschreiben, die indianisches Dschungelland offiziell den Bodenspekulanten überließen.

Heute leben die Dschungelvölker noch immer am Rande der Klassengesellschaft und leiden unter extremer Armut und Ausbeutung, Zwangsarbeit und ständigem Landraub. Der Forscher John Bodley berichtet, daß 30% der von ihm in den 60er-Jahren interviewten Indianer entweder selbst oder ihre Familienangehörigen von Sklavenräubern gefangen genommen worden waren. Außerhalb der Plantagen leben viele Asháninka noch immer in Formen des Urkommunismus und ernähren sich von Jagd, Sammeln und begrenztem Anbau. Offizielle Statistiken besagen, daß 70% der Asháninka-Kinder an Unterernährung leiden und über 95% der erwachsenen Asháninka Analphabeten sind.

Sogenannte "anthropologische Untersuchungen", "Entwicklungsprojekte" und Religionsmissionare, die angeblich "humanitäre Arbeit" leisten, sind eng verwoben mit ausländischen imperialistischen Interessen und dienen als Deckmantel für intensive Aktivitäten zur Unterstützung des Staates und seiner Streitkräfte. Sie versuchen, die Indianer davon zu überzeugen, ihr Elend mit "christlichem" Fatalismus zu ertragen und predigen, die Asháninka soll-

ten den "Fortschritt" suchen, indem sie sich selbst und ihr Land den Kapitalisten verkaufen.

**Etwas vollkommen Neues und Befreiendes**

Der maoistische Volkskrieg begann in Ayacucho 1980 und breitete sich in den peruanischen Dschungel aus - zuerst ins obere Huallaga-Tal und dann in die zentrale Dschungelregion. Diese revolutionäre Bewegung verwurzelte sich in den verarmtesten Klassen und Sektoren der Bevölkerung, zu denen zweifellos auch die 50.000 Asháninka zählen, die aufgrund ihrer Isolation und des Niveaus ihrer gesellschaftlichen Entwicklung sogar noch ärmer sind, als die Bauern und andere unterdrückte Klassen.

1983 erstellte die PCP erste Kernpunkte für die politische Arbeit mit den Asháninka. "Der Volkskrieg könnte nicht zum Sieg voranschreiten, wenn er nicht, im Verlauf des bewaffneten Kampfes, die historischen Forderungen der Armen lösen würde. Die Verteidigung des Bodens, der Wälder und der Flüsse sind Jahrhunderte alte Forderungen der Asháninka. Mehr noch, die indigene Bevölkerungsgruppe hat richtigerweise verlangt, als Teil des peruanischen Staates und der peruanischen Nation aufgenommen zu werden. Die PCP bewegt sich auf dem Weg des Klassenkrieges, und entlang dieses Weges schafft sie einen Neuen Staat, der die Rechte der unterdrückten Klassen und Nationalitäten Perus verteidigt, Rechte, die nicht auf die Fragen der Kultur und der Sprache beschränkt sind, sondern die auch die Fragen des Bodens, der Arbeit, der Erziehung, der Gesundheit, der Ernährung usw. umfassen." (Luis Arce Borja)

Mit dem maoistischen Volkskrieg kam etwas ganz Neues ins Spiel. Die Asháninka verbanden sich mit einer konsequent revolutionären Bewegung, die darauf ausgerichtet ist, die Klassengesellschaft von der Wurzel her zu ersetzen.

Eine tiefgreifende Einheit zwischen der PCP und den Massen der Asháninka wuchs im bewaffneten Kampf durch den Aufbau des Keims einer neuen Gesellschaft. Die PCP organisierte die Asháninka, verband sie mit dem landesweiten Volkskrieg und lehrte sie politisch gegen alle Formen der Ausbeutung zu kämpfen. Die erste Aufgabe der Guerillas war es, die Völker zu organisieren, um sich selbst gegen die zahlreichen Übergriffe von "Stadtleuten" (Bodenspekulanten, Sklavenhändler, Soldaten und zivile Behörden) wie Vergewaltigung, Landraub, unbezahlte Arbeit und Diebstahl durch ungleichen Handel zu verteidigen. Während sie ihre Verteidigung organisierte, begann die PCP ein intensives Projekt des Lernens, des Schulbaus und der Einrichtung neuer Produktions- und Nahrungsmittelverteilungsformen.

1986 gründete die PCP das erste Offene Volkskomitee unter den Asháninka in Selva de Oro an der Einmündung des Mantaro-Flusses. 1989 hatte die maoistische Revolution alle Asháninka-Gemeinden erreicht und es gab bereits Hunderte Volkskomitees. Demokratische Wahlen wurden abgehalten, um die zivilen und militärischen Organe der Verwaltung des Neuen Staates zu wählen.

**Die *rondas* und der Aufstandsbekämpfungspriester**

In der Zwischenzeit schmiedete die Regierung fieberhaft Pläne und sammelte Kräfte, um die revolutionäre Macht anzugreifen. Sie erlernten die Aufstandsbekämpfungstaktiken der Green Berets, die in Vietnam so kläglich gescheitert waren und arbeiteten daran, das *ronda*-Netz in diese Region auszuweiten. Der peruanische Staat steht vor dem Problem, daß auch Hunderttausende Soldaten und Polizisten nicht ausreichen, um ganz Peru zu besetzen und zu "befrieden". Viele Soldaten sind mit der Verteidigung von Schlüssel-Städten und -Stützpunkten gebunden und ihre Offiziere sind mit kriminellen Aktivitäten wie dem Drogentransport vollauf beschäftigt. Deshalb schuf sie das Netz der bewaffnenten, paramilitärischen *rondas*.

In der zentralen Dschungelregion hatte die Regierung bereits 1985 damit begonnen, *rondas* zu organisieren. Wie so oft in Peru wurden katholische Missionen als erster Kern der Organisierung solcher *rondas* benutzt.

Die internationalen Medien haben die Geschichte des Franziskaner-Paters und US-Agenten Mariano Gagnon weidlich ausgeschlachtet, dessen Mission dort lag, wo der Cutivereni-Fluß in den Ene mündet. Gagnon wurde in den Weltmedien als "großer Verteidiger" der Asháninka hochgejubelt, der schließlich die Indianer in den Kampf gegen die maoistischen Guerillas führen mußte. In Wirklichkeit war Gagnon nur der letzte in der Kette der zahlreichen reaktionären Priester, denen sich die Asháninka jahrhundertelang gegenübersahen. Wie die Franziskaner-Missionare vor ihm, scharte er mit einer Mischung aus Handelswaren und Indoktrination, eine Gruppe von ca. 700 Asháninka um seine Mission. Er erwählte persönlich einen besonders loyalen Gläubigen als *curacas* über das Volk am Cutivereni. Als die Revolution an Macht gewann, versuchte er seine Gemeinde zur *ronda* zu organisieren.



Peruanische Regierungstruppen beim Training

Rund um die Militärstützpunkte und andere Missionen wurden Tausende Indigene in den staatlichen Aufstandsbekämpfungsapparat gezwungen. Wer sich den paramilitärischen Gruppen nicht anschließt oder sich ihnen widersetzt, wird als 'Senderista' betrachtet und brutal eliminiert.

Laut Verteidigungsministerium und Sonder-Senats-Komission wurden 1991 allein auf der Mantaro-Front 192 Gemeinden zu antisubversiven *ronda*-Stützpunkten umfunktioniert. Mantaro-Front ist der Name, den das Militär großen Teilen der am Mantaro-Fluß liegenden Asháninka-Gebiete gegeben hat, der zwischen zwei Andenbergrücken liegt und in den Ene fließt. 1991 waren von den 90.000 Bauern in diesen Gemeinden 10.000 Asháninkas.

**Die wachsende Macht der bewaffneten Massen**

Als Teil der neuen Macht wurden Kolonnen der Volksguerilla-Armee gebildet, die ausschließlich aus Asháninkas bestanden. Die Massen wurden im Gebrauch moderner Waffen und in der Taktik des maoistischen Guerillakrieges unterrichtet.

"Im Mai 1989 bildeten die Senderistas eine Reihe von Volkskomitees entlang des Ene, des Tambo und an der Mündung des Mantaro und erklärten die Bildung des sogenannten Neuen Staates ... Die Senderistas wählten aus dem Volk ihre lokalen Vertreter oder Kommissare aus ... Jede lokale Kraft übernahm die Verantwortung für im Durchschnitt zehn Siedlungen, je nach der Anzahl ihrer Bewohner. In der Zwischenzeit mobilisierte die Hauptkraft die Massen politisch und militärisch im ganzen Ene-Tal und hatte die letzte Entscheidungskraft". (*La República*)

Ende der 80er-Jahre eskalierten die Auseinandersetzungen zwischen Guerillas und *rondas*: "Die PCP hat den *rondas* eine entschlossene Politik entgegengesetzt. Auf der einen Seite arbeitet sie, um die Leute, die in die *rondas* gezwungen wurden, davon zu überzeugen ... mit ihren Waffen zu desertieren und sich der Revolution anzuschließen. Was die hartgesottenen *ronderos* betrifft, kümmern sich die Guerillas auf dem Schlachtfeld um sie, oftmals töten sie sie, hauptsächlich ihre Anführer." (*El Diario Internacional*)

Der Vorsitzende Gonzalo, der Führer der PCP, beschreibt, wie sie die Situation handhaben: "Trefft eine Unterscheidung zwischen den hartgesottenen Reaktionären und den Massen, die in die *rondas* gezwungen worden waren. Betreibt eine Politik nach beiden Seiten. Infiltriert sie. Unterminiert sie solange, bis wir sie stürzen können. Zeigt den in die *rondas* gepreßten Massen, daß sie gegen ihre eigenen Interessen eingesetzt werden, daß andere einen Vorteil aus ihrer Arbeitslosigkeit, ihrem Hunger und ihren Grundbedürfnissen ziehen, sie als Kanonenfutter benützen, um ihren Mangel an regulären Soldaten und Bullen auszugleichen ..." (aus: *Mai-Direktiven für das metropolitane Lima*, 1991)

Das war die Haltung für die Region entlang des Ene. In Cutivereni zum Beispiel entlarvten die revolutionären Asháninka die Rolle des Pater Gagnon, der die Asháninka in seiner Mission versklavte und indianische Frauen vergewaltigte. Als Gagnon begann, seine Gemeinde in *rondas* zu organisieren, verließ ihn eine große Zahl seiner Anhänger. Viele schlossen sich der Revolution an, andere gingen an andere Stellen des Dschungels. 1989 brannten die Guerillas seine Mission nieder. Gagnon floh in die USA an Bord eines Green-Beret-Hubschraubers.

Eine Reihe von Militärstützpunkten, die errichtet worden waren, um das Mantaro-Tal zu befrieden, wurden aufgegeben, da 70% der 31. Armeedivision aufgrund von Verletzungen oder Desertion nicht einsatzfähig war.

**Das Fiasko des Militärs**

Im Mai 1991 beschloß die Regierung einen neuen Schachzug und startete eine Militäroffensive gegen die Offenen Volkskomitees im ganzen Ene-Kessel. Sie setzte alle bewaffneten Kräfte ein, die der alte Staat in dieser Region aufgebaut hatte: 900 Soldaten, 200 *sinchis* aus Mazamari und 2.000 von der Armee organisierte *ronderos*. Die Operation wurde von fünf Militärhubschraubern sowjetischer Bauart unterstützt.

Borja: "Die Regierungsoffensive endete im Fiasko. Die Guerillakolonnen zogen sich tief in den Dschungel zurück. Die Truppen von General Document fanden nur verlassene Städte vor. Die von den bewaffneten Rebellen zurückgelassenen Heckenschützen machten es der Armee noch schwerer. Wie bei solchen militärischen Operationen üblich, tötete die Armee Hunderte unbewaffneter Zivilisten, deren Leichen dann der Presse als Senderistas präsentiert wurden, die 'in der Auseinandersetzung getötet worden waren'. Diese 'Offensive' endete in einer Katastrophe. Das militärische Debakel der Regierung hatte günstige politische Auswirkungen für die Konsolidierung des maoistischen Guerillakrieges im Dschungel. Die Volkskomitees vervielfachten sich entlang des Ene. Die Regierungstruppen mußten zurückweichen und sogar einige ihrer Stützpunkte aufgeben." Hinterhalte vernichteten zahlreiche Armeepatrouillen.

Mitten in dieser Offensive, enthüllte der peruanische Diktator Fujimori seinen "großen nationalen Plan der Befriedung": Er war eine Entscheidung, die *rondas* voll zu bewaffnen und sie organisatorisch enger an die Streitkräfte zu binden. Um diesen Plan einen dramatischen Anstrich zu verleihen, kam Fujimori in "abgesicherte" Bereiche des Mantaro-Tales. Am 23. Juni 1991 verteilte Fujimori zusammen mit dem US-Botschafter und einigen Repräsentanten der legalen Linken Gewehre und Schrotflinten an 2.000 *ronderos* aus Mantaro.

Hervorstechend unter den an die *ronderos* verteilten Waffen ist eine Lieferung von 825 Winchester-Repetiergewehren eines angeblichen ungenannten "Waffenhändlers" aus Miami an das peruanische Verteidigungsministerium.

Die internationale maoistische Zeitschrift *A World to Win* berichtete 1992, daß im Gefolge der militärischen Offensive, die Volksguerilla-Armee einen enormen und schnellen Aufschwung entlang des Ene- und Tambo-Tales genommen habe. Am 30. September 1991, so berichtete die europäische Presse, feuerte eine Kolonne von Hunderten Guerillas zwei Stunden lang mit automatischen Waffen und Raketengetriebenen Granaten auf Armeestützpunkte von zentraler lokaler Bedeutung.

"Nur vier der ursprünglich zehn Militärstützpunkte, die zwischen Mai und Juni im Ene-Flußbecken errichtet worden waren, bestehen noch ... In der Zwischenzeit hat sich das Kriegsgebiet auf den Bereich um den Tambo ausgeweitet ..." (*Caretas*, 21.10.1991)

Der bewaffnete Kampf in dieser zentralen Dschungelregion wurde intensiv weitergeführt. Am 27. Juli 1993 marschierten Asháninka-*ronderos* neben Soldaten auf der Parade am Unabhängigkeitstag in Lima. Die Mission in Cutivereni wurde als Stützpunkt der Aufstandsbekämpfung wieder geöffnet. Ein Streifen von Dörfern rund um die Hauptmilitärstützpunkte wurde zur Sicherheitszone von "strategischen Dörfern", wo die Bauern und indigenen Völker in genau kontrollierbare bewaffnete Camps gezwungen werden.

Solche "strategischen Dörfer" dienen auch als Basis für verschiedene *rondas*. Ihre Führer haben die Erlaubnis der peruanischen Regierungskräfte, die dort lebende Bevölkerung zu terrorisieren und auszurauben. Und sie benützen diese Dörfer als Ausgangsbasis für Überfälle auf die vielen vorrevolutionären Dörfer im umliegenden Flußsystem.

**Wer versklavt die indigenen Völker wirklich und wer führt sie zur Befreiung?**

In der neuesten Medienkampagne werden das peruanische Militär, ausländische Missionare und US-amerikanische Green Berets als "Verteidiger" der Asháninka dargestellt, während die PCP beschuldigt wird, das Volk ins Schußfeld zu nehmen. Das stellt die Wirklichkeit auf den Kopf.

Im Verlauf der Geschichte waren die peruanische Regierung, das peruanische Militär und die verschiedenen Agenten des ausländischen Imperialismus gnadenlose Unterdrücker der Asháninka. Wer sich mit dem Krieg in Vietnam und der historischen Unterdrückung der Asháninka auseinandergesetzt hat, kennt die Techniken, die jetzt im Dschungelkrieg im Osten eingesetzt werden.

Um ihre *rondas* zu schaffen, stellt die Regierung moderne *curacas* ein und stellt sie der Welt als "Führer" des Asháninka-Volkes dar. Die Regierung stellt ihnen dieselben Winchester-Gewehre und Schrotflinten zur Verfügung, die sie einst den Sklavenjägern gab! Und die Streitkräfte des peruanischen Staates (inklusive der *rondas*) verteidigen denselben Raub am Asháninka-Land wie im vorigen Jahrhundert. Fujimoris neue Verfassung legalisiert explizit die Privatisierung und den Verkauf des Gemeindebodens der indigenen Völker. Diese "freie Vermarktung des Dschungels" unterstützt die Bodenspekulanten und die Drogenhändler, die aktiv versuchen, mehr indianisches Land für den Coca-Anbau in die Hand zu bekommen.

Während die Regierungskräfte entschlossen alles verteidigen, was das Volk unterdrückt, hat die PCP eine historische Revolution angefacht, um das Volk zu befreien. Und sie hat das Asháninka-Volk organisiert, damit es seinen Platz in diesem bewaffneten Kampf zur Schaffung einer neuen Gesellschaft einnimmt, die endlich die gerechten Forderungen des unterdrückten Volkes und der Asháninka selbst aufgreifen kann.

Borja resümiert: "Jegliche Diskussion der August-Ereignisse im Ene-Tal muß ausgehen vom Verständnis der Aufstandsbekämpfungspläne der Regierung, die versucht, die Bevölkerung als 'Kanonenfutter' zu benützen. Die *rondas*, die 'zivilen Verteidigungs'-Komitees und andere 'Selbstverteidigungs'-Gruppen, die die Armee organisiert hat, wurden Teil der bewaffneten Kräfte, die den Staatsapparat verteidigen. Es ist nur logisch, daß die Guerillas sie angreifen. Die 'strategischen Dörfer' der Armee können nur mit Gewalt und durch bewaffnete Aktionen zerstört werden."

Die intensiven Zusammenstöße direkt neben den Hauptstützpunkten des peruanischen Militärs zeigen, daß ihre "Offensiven" ihnen nicht die Kontrolle über diese strategisch wichtige Region gebracht haben.



*Wir geben ein Interview wieder, das wir mit Veronika Prasch und Michael Baiculescu, beide MitarbeiterInnen des Wiener Solidaritätskomitees für Moçambique, nach ihrer Rückkehr von einem dreiwöchigen Aufenthalt in Moçambique, am 28. August 1993 geführt haben.*

# Moçambique: Kolonie statt Sozialismus?

**Frage:** Wie kommt Ihr dazu, euch in der Solidaritätsarbeit für Moçambique zu engagieren?

**Michael:** Es begann 1983, als ich nach Wien kam. Ich wollte mich mehr mit Dritte-Welt-Fragen beschäftigen und bin darauf gekommen, daß es schwierig ist, sich allgemein damit zu beschäftigen und nur theoretisch zu arbeiten. Dann habe ich eine Frau getroffen, die gerade aus Moçambique kam und ein Solidaritätskomitee gründen wollte. Es war also ein Zufall, daß es gerade Moçambique war. Es ist aber kein Zufall, daß ich dabei geblieben bin.

Es hat für mich sehr viel mit der politischen Entwicklung des Landes zu tun. Mich hat diese Art von sozialistischem Versuch fasziniert, diese Art von Aufbruch aus dem Kolonialismus. Es war für mich, der sich mit linken Ideologien, linken Theorien befaßt hat, interessant zu studieren, welche Rolle eine linke Bewegung haben kann, wenn sie in einem Land an der Regierung ist, zu sehen, wie eine Bewegung an die Macht kommt, zu sehen wie eine Bewegung in der Praxis arbeitet. Das war für mich immer sehr lehrreich. Ich hatte das Gefühl, ich tue eine Arbeit, bei der ich sehr viel profitiere. Es ist für mich nie eine caritative Geschichte oder eine Einbahnstraße gewesen.

**Veronika:** Senegal und Moçambique sind die beiden afrikanischen Länder, zu denen ich eine besondere Beziehung habe. Im Senegal habe ich als Kind mit meinen Eltern drei Jahre gelebt. Wieder aufgegriffen habe ich den Senegal in meiner Diplomarbeit. Ich habe Romanistik studiert und hatte die Möglichkeit, eine Diplomarbeit über Sembene Ousmane zu schreiben, ein senegalesischer Schriftsteller, Filmemacher und Sozialist. Das hat mir den Senegal und seine Geschichte auf eine andere Art näher gebracht. Als ich dann Lehrerin wurde, wollte ich etwas mit den Kindern in der Schule über Afrika machen.

Nachdem Elfjährige sehr gerechtigkeitsbewußt sind, habe ich mit ihnen zur Apartheid gearbeitet. Sie waren sehr entrüstet und haben immer wieder Fragen gestellt, wollten immer mehr wissen und auch etwas tun. Dann habe ich im Moçambique-Komitee den Michael kennengelernt. Er hat gesagt, es gebe Möglichkeiten, mit Moçambique Schulpartnerschaften einzugehen, da könnten wir konkrete Solidaritätsarbeit leisten, weil wir versuchen könnten mit einer moçambiquanischen Schule in Kontakt zu treten und so mehr über das südliche Afrika und die Auswirkungen der Apartheid auf die ganze Region zu lernen. Das haben wir dann auch gemacht. Ich habe beschlossen mich auch im Komitee zu engagieren.

Mittlerweile bin ich nicht mehr Lehrerin. Die Schulpartnerschaft gibts aber noch und es ist für mich sehr spannend zu sehen, wie sich Soliszene und Schulpartnerschaftsszene entwickeln, weil im Gegensatz zur Soliszene die Schulpartnerschaftsszene wächst. Die Menschen, die bei Schulpartnerschaften mitarbeiten, haben verschiedenste Beweggründe. Die Schulpartnerschaften haben auch eine interne schul-soziale Funktion.

**Frage:** In welcher Funktion wart Ihr in Moçambique und mit welchem Ziel? War die Reise im Rahmen der Schulpartnerschaften oder des Solidaritätskomitees?

**Veronika:** Beides. Wir hatten erstmals eine Schülerin mit, die seit fünf Jahren sehr aktiv in der Schulpartnerschaft mitmacht. Sie hat vor allem die Schule besucht und wollte auch das Land kennenlernen. Wir haben viele konkrete Projekte mit dieser Schule laufen, die immer wieder aufgefrischt werden müssen.

Wir waren sehr neugierig, weil wir seit drei Jahren nicht mehr in Moçambique waren und in diesen drei Jahren ein wichtiges Projekt mit der Schule zustande gekommen ist. Sie haben eine Mauer rund um das Schulgelände gebaut. Das war die erste Sache, bei der wir sie unterstützen sollten, weil sie erstens die Schule als eine Einheit sehen wollten, in der jeder, der dort hingeht, sich zugehörig fühlt und weil sie zweitens ständig abgelenkt waren durch Autos, Marktfrauen, Passanten, die quer durch das Schulareal gestapft sind. Die Schule hat keine Fenster und Türen. Mit achtzig Schülern pro Klasse, die ein Lehrer zu betreuen hat, war es quasi unmöglich zu unterrichten. Es ist ihnen auch sehr viel rausgestohlen worden aus der Schule - Möbel, Tafeln -, weil sie nicht absperrbar war.

Sie haben gesagt, sie können ihren Kindern nur einen Anreiz geben, in die Schule zu gehen, wenn sie sie auch ernähren oder in ihrer Ernährung unterstützen können. Sie wollten Gemüse anbauen sowie eine Hühner- und Entenzucht beginnen, damit sie den Kindern - es gibt auch sehr viele Flüchtlingskinder, die gar nichts haben - den Anreiz geben können, wirklich jeden Tag zu kommen. Das hat sich bewährt, das haben wir jetzt gesehen. Die Schule hat totalen Auftrieb. Die Schüler haben klassenweise ein Gemüsebeet, wo sie säen und ernten und stolz in den Schulpausen ihr Gemüse gemeinsam essen. Sie haben jetzt auch Hühner und Enten. Es hat eine unheimliche Motivation bedeutet, diese Schule abgrenzen zu können.

Es war auch für das Komitee wichtig, im selben Bezirk, in Polana Caniço (Maputo), ein Projekt zu haben und es zu besuchen. Wir hatten vor drei Jahren als Solidaritätskomitee den Eindruck, die Schule soll sich zwar abgrenzen können. Wenn sie sich aber zu sehr abgrenzt, vor allem wenn sie allein in diesem großen Viertel Unterstützung bekommt, dann gibt es Neid. Deshalb haben wir mit Verantwortlichen im Bezirk Polana Caniço gesprochen, um mit den Menschen, die rund um die Schule wohnen, auch gemeinsam eine Arbeit zu leisten. Da ist als Projekt eine elektrisch betriebene Maismühle zustande gekommen. Das erwirtschaftete Einkommen, wenn Frauen ihren Mais zum mahlen bringen, soll anderen sozialen Projekten im Viertel zugute kommen.

Das hat auch bewirkt, daß die Schule durch die Verantwortlichen im Bezirk jetzt mit anderen Augen gesehen wird. Im ersten Jahr der Schulpartnerschaft war tatsächlich so etwas wie Rivalität und Neid zu spüren. Da aber jetzt die Schule und ihre Umgebung unterstützt wird und durch die politische Arbeit innerhalb dieser Gruppen - die damit zusammenhängt - hat sich zwischen Schule und Bairro-(Bezirks-)Verwaltung eine Art Verständnis und Solidarität herausgebildet. Die Verantwortlichen im Bezirk kommen jetzt zu Schulfesten und haben daran gedacht, die Schule zu unterstützen, zu schauen, ob sie die Schule elektrifizieren können. Das Solikomitee hat durch die Entscheidung, im selben Bezirk ein eigenes Projekt aufzubauen, der Schulpartnerschaft enorm dabei geholfen, nicht isoliert und an den Rand gedrängt zu werden.

**Michael:** Es ging auch darum, daß das Solikomitee die Möglichkeit hat, in Österreich mit den bestehenden Schulpartnerschaften zusammenzuarbeiten, weil wir einen gemeinsamen Anknüpfungspunkt für die Arbeit hatten.

Diesmal waren wir auch privat in Moçambique. Wir haben mittlerweile gute Freunde dort und haben auch einen Zugang zum Land, der über private Kontakte läuft. Es war wichtig, daß wir diesmal nicht als Polit-Funktionäre unterwegs waren, nicht von einem Händeschütteln zum nächsten, von einer Rede zur nächsten gegangen sind, sondern erlebt haben, was es heißt, in einer Schilfhütte zu sitzen, wo bestenfalls zwei Stühle stehen und wir aber auch erlebt haben, daß es Menschen gibt, die in anderen Stadtvierteln von Maputo wohnen, wo alles da ist und wo du mit Geld sehr, sehr gut leben kannst .

Es war auch wichtig, daß wir uns zum ersten Mal in ein Auto setzen und aus Maputo hinausfahren konnten - das hängt mit dem Frieden zusammen. Ein komisches Gefühl, wenn du jahrelang im Hinterkopf hattest, Maputo ist eine abgeschlossene Stadt: Du kannst vielleicht 20 Km hinausfahren, dann wird es gefährlich. Jetzt setzt du dich ins Auto und fährst, plötzlich ist da Landschaft, die du vorher nicht wahrnehmen konntest.

**Frage:** War euer Kontakt in Moçambique bisher meist auf der Ebene von staatlichen Institutionen?

**Michael:** Angefangen hat es über staatliche Institutionen, vor allem über das Erziehungsministerium, das eine eigene Stelle zur Unterstützung von Schulpartner-

schaften hatte. Das war sehr wichtig. Wir können nicht mit irgendwem, irgendwo in einem Land, eine Schulpartnerschaft beginnen, wir brauchen eine strukturelle Unterstützung. Wer holt einen Container, den wir schicken, aus dem Hafen? Wer vermittelt Kontakte, wenn wir nicht wissen, an wen wir schreiben sollen? Wer sorgt dafür, daß die Post auch ankommt? Wer sorgt dafür, daß wenn wir eine Reise organisieren, die Reisenden auch irgendwo untergebracht werden? Das waren alles Hilfen, die vom Ministerium ausgegangen sind.

Es gab auch eine Freundschaftsgesellschaft, aber deren Bedeutung war eher untergeordnet. Der Kontakt von Soligruppen nach Moçambique lief immer über staatliche Stellen bzw. direkt über die FRELIMO (Befreiungsorganisation für Moçambique), was identisch war. In den letzten drei, vier Jahren hat sich das gewandelt. Seit 1990 gibt es eine neue Verfassung, es gibt ein Mehr-Parteien-System. Durch die Friedensverhandlungen und das Friedensabkommen hat sich strukturell einiges geändert oder wird sich in absehbarer Zeit ändern. Deswegen gibt es jetzt auch viele Kontakte zu privaten Gruppen. Es sind in den letzten Jahren viele moçambiquanische NGOs (Nicht-Regierungs-Organisationen) entstanden. Das ist auch faszinierend, das hat es früher nicht gegeben.

In Polana Caniço ist z.B. das Problem aufgetreten, daß nicht klar ist, wer in einem Jahr die Maismühle besitzen wird. Die Gruppe der sie gehören sollte, war die Grupo Dinamizador (von der FRELIMO eingerichtete Mobilisierungsgruppen in Stadtvierteln, Fabriken), die eine politische Basisgruppe der FRELIMO war und schon früh die Funktion der Stadtverwaltung übernommen hat. In Polana Caniço, wo 40.000 Menschen leben, führt die Grupo Dinamizador die Registrierung der Menschen, die Projekte auf kommunaler Ebene durch. Sie ist die kommunale Verwaltung. Aber sie ist nie offizielle Verwaltung gewesen, sie war immer Teil der FRELIMO. Das wird sich jetzt alles ändern. Es ist absehbar, daß sich auch auf dieser Ebene die Strukturen ändern werden und es ist völlig unklar, wer in einem Jahr die Stadtverwaltung sein wird. Damit war völlig unklar, wer Eigentümer dieser Mühle sein wird. Wir haben eine sehr interessante Diskussion erlebt, bei der herausgekommen ist, daß ein Verein gegründet wird, der diese Mühle betreibt.

Das ist eine neue Entwicklung in Moçambique, es werden überall Vereine, private Organisationen, NGOs für alle möglichen Zwecke gegründet. Das wird auch von der FRELIMO seit einigen Jahren forciert. Es wird den Menschen immer wieder gesagt, die FRELIMO ist nicht mehr diejenige, die alles für euch tut, die alles bestimmt und in der alles passiert, sondern ihr müßt selbst initiativ werden, müßt euch selbst überlegen, was eure Ziele sind, müßt Gruppen bilden und etwas tun. Der Staat hat weder Mittel noch Möglichkeiten, alles zu regeln. Es gründen sich überall private Organisationen.

Entsprechend hat sich auch der Kontakt zwischen Solidaritätsgruppen und Partnern verändert. Die Solidaritätsgruppen sind auf der Suche nach Partnern. Es ist nicht mehr klar, mit wem gearbeitet wird, wer der Counterpart in der Solidaritätsarbeit ist. Das ist ein politisches Problem - inwiefern wird die FRELIMO noch als Partner gesehen, inwiefern wird versucht mit anderen Parteien zusammenzuarbeiten? Das wandelt sich und da gibt es europaweit auch große Differenzen innerhalb der Solidaritätsbewegung.

Es ist eine wichtige Frage bei Projektarbeit, mit welcher Art von Partnern zusammengearbeitet werden soll. Es gibt einige, die sagen, mit dem Staat ist es unmöglich zusammenzuarbeiten, die Korruption sei gestiegen. Andere sagen, wenn ihr nicht mit dem Staat zusammenarbeitet, dann schwächt ihr ihn nur noch mehr, destabilisiert noch weiter.

Es gibt so viele ausländische NGOs, die jetzt in Moçambique arbeiten. Sie arbeiten unkoordiniert, machen Projekte am Staat vorbei und zerstören dadurch sehr viel. Das gibt es schon länger, aber seit zwei, drei Jahren ist es ein richtiger Boom. 1978 gab es acht ausländische Organisationen, die in Moçambique ihre Büros hatten und dort gearbeitet haben. Jetzt gibt es rund 200, die ein Büro in Maputo haben und noch viel mehr, die finanzieren und tun. Die arbeiten alle nach ihrer Ideologie, nach eigenen Vorstellungen und Konzepten wie Projekte ablaufen müssen. Sie haben das Geld, also bestimmen sie auch, wo es lang geht und arbeiten zum Teil auch gegeneinander.

**Veronika:** Sie machen ein brain-drain. Staatliche Strukturen funktionieren nicht, weil diese Organisationen die Menschen abziehen. Der Staat bezahlt nicht gut, ist mit den Löhnen im Verzug. Wenn jetzt eine Organisation wie USAID oder eine andere große Organisation für ein qualifizierte Arbeitskraft das fünfzigfache oder mehr bezahlen kann, gehen die Besten weg. Das ist ein direkter Weg staatliche Strukturen zu schwächen. Die, die zurückbleiben sehen erstens nicht ein, daß sie nur so wenig verdienen, was zu Korruption führt, weil sie überleben müssen, zweitens sind die, die zurückbleiben, oft die weniger Qualifizierten.

**Michael:** Wir haben das im Erziehungsministerium selbst gespürt. Wir hatten große Probleme mit dem Ministerium, weil die Fluktuation der Menschen so groß war, daß die, die gerade dort waren, keine Ahnung von Schulpartnerschaften hatten, tatsächlich auch korrupt waren und keine Beziehung mehr zu dieser Arbeit hatten. Sie haben ihren Posten nur als Absprungsbrett für einen Job bei jemand anderem gesehen. So ärgerlich das für uns war, so verständlich ist es, weil sie woanders soviel mehr verdienen können.

Es gibt auch Menschen, die nicht des Geldes wegen aus dem Ministerium herausgegangen sind, sondern weil sie gesagt haben: Ich hab 10 Jahre hier gearbeitet, jetzt gibt es kein Budget mehr, warum soll ich herumsitzen und einen Job tun, wo ich nichts mehr zu tun hab, wo ich nichts mehr zu verwalten hab - das bringt nichts. Diese Menschen sind herausgegangen und haben private Gruppen gebildet um weiterzumachen. Eine dieser Gruppen ist jetzt unsere Partnerorganisation. Sie heißt Progresso und macht die Finanzabwicklung und die Durchführung von Projekten, weil wir kein Büro in Moçambique haben. Es ist ein großer Streitpunkt unter Solidaritätsgruppen, wie mit solchen Sachen umgegangen wird, wer unterstützt wird. Welche Art von Partnerschaft wird gesucht? Das ist noch sehr offen.

**Frage:** Könnt ihr jetzt eure unmittelbaren Eindrücke der Reise zusammenfassen?

**Veronika:** Mein unmittelbarer Eindruck war davon geprägt, daß wir eine Woche über Land gefahren sind, was wir bisher nicht konnten. Es war für mich interessant und schmerzhaft, das Gefälle zwischen Maputo und dem Land zu sehen. Maputo ist eine Insel des Luxus innerhalb von Moçambique und das wird in Zukunft auch gefährlich sein. Die Menschen im Norden haben sicherlich sehr viele Gründe, auf die Menschen im Süden, in Maputo und um Maputo herum, neidisch zu sein. Das Land, das so groß und aufgrund des Krieges so unwegbar war, ist sehr unterschiedlich entwickelt. Außerdem sitzen die meisten NGOs in Maputo und brauchen Strukturen. Die UNO sitzt in Maputo. Sie braucht Strukturen und diese Strukturen gibts halt in Maputo. Je mehr diese Stadt durch Entwicklung aufgeblasen wird, umsomehr wird auch das Land möglicherweise ein scheeles Auge darauf werfen. Und das Land ist sehr, sehr arm.

Auf der anderen Seite gibt es, da der Waffenstillstand jetzt ein Jahr gehalten hat, irrsinnige Hoffnungen. Die Menschen gehen tatsächlich zurück. Natürlich nie so viele, wie am Anfang gehofft wurde. Es gibt viele Menschen, die wissen, daß sie in der Stadt mehr Chancen haben zu überleben, auch im Frieden, und deshalb dort bleiben. Da werden die Städte andere Probleme bekommen. Aber es gibt doch viele Menschen, die zurückgehen.

Es gibt sehr unterschiedliche Arten mit dem Frieden umzugehen. Die einfacheren Menschen am Land versuchen, den Krieg so schnell wie möglich zu verdrängen. Alle haben Angehörige, die durch den Krieg gestorben sind, alle haben zerstörte Häuser, zerstörte Umgebung unmittelbar vor ihrer Nase. Sie versuchen trotzdem extrem zu verdrängen, zu sagen: Es ist jetzt vorbei, der Frieden wird halten und wir bauen jetzt auf. Sie verdrängen allerdings auch politisch. Die RENAMO wird ein bißchen mit Aberglauben und Furcht betrachtet. Sie wird zu einem Teufel, der besser nicht genannt wird, von dem sie am Besten auch nicht mehr wissen, wer das war. Diesen Eindruck habe ich als Außenstehende. Ich weiß nicht, ob sie mir genug vertraut haben, um mir zu erzählen, was sie wirklich denken. Aber ich sehe den nächsten Wahlen mit Bauchweh entgegen. Es hängt viel davon ab, wie sie vorbereitet werden.

In der Stadt sprechen die Menschen viel mehr von RENAMO, FRELIMO, Regierung, Nicht-Regierung, Parteien, weil die das viel mehr mitkriegen, durch die Medien. Dafür sind die Menschen aus der Mittel- und Oberschicht bzw. die Intellektuellen weitaus skeptischer, was die Erhaltung des Friedens anbelangt als die Menschen am Land. Wir haben sehr oft gehört, daß die Intellektuellen Angst vor einer Situation wie in Angola haben. Diese Angst hat auch mit der UNO zu tun.

Dadurch, daß ich zum ersten Mal weniger politische Kontakte hatte, aber dafür mehr freundschaftliche und die Möglichkeit hatte zu erleben, wie's am Land ist, waren die Eindrücke viel widersprüchlicher und viel nachhaltiger als früher. Es blieben starke Bilder und offene Fragen zurück.

**Michael:** Auch für mich waren es stark widersprüchliche Eindrücke. An sich ist das eine normale Realität in der Dritten Welt, aber ich bin es nicht gewohnt, daß diese normale Realität auch in Moçambique stattfindet. Das ist eine Erfahrung, die ich theoretisch zwar schon die letzten Jahre mitbekommen habe. Es ist nicht von heute auf morgen gekommen, aber es direkt zu erleben, ist eine schwer auszuhaltende Erfahrung, die jetzt in mir ist und von der ich noch nicht weiß, wohin damit.

Spielende Kinder auf der Straße. Dann siehst du ausgebrannte Autos, die am Straßenrand liegen. Wenn du genau hinschaust, siehst du die Reste des Krieges, wie sie da so liegen. Das ist ein Widerspruch zur unglaublich friedlichen Atmosphäre. Wenn du im Hinterkopf hast, daß der Frieden noch gar nicht da ist, nur ein Waffenstillstand, alle bewaffneten Gruppen genau wie vor einem Jahr unter Waffen stehen und in Lagern warten, der Krieg jederzeit wieder losgehen kann, so ist das eine schwer aushaltbare Situation. Die Drohung, daß es wieder losgeht, ist immer da.

Das andere, was schwer zu ertragen ist, ist die immer offensichtlicher wachsende soziale Kluft, die in Maputo, aber auch am Land spürbar ist. Ich habe vor sieben Jahren noch ein armes Land erlebt, das sehr rigide und zum Teil sehr gut organisiert war, wo die Armut eine allgemeine war und wo die Menschen mit der Armut gelebt haben. Sie haben sich organisiert. Der Staat war relativ stark. Jetzt ist der Staat absolut schwach, er sorgt sich um kaum etwas, jede/r ist damit beschäftigt, sein Leben irgendwie zu managen. Es gibt Menschen, die sind stinkreich geworden. In Maputo stinkt es teilweise nach Geld, in bestimmten Stadtvierteln - und auf der anderen Seite das blanke Elend. Nicht mehr Armut, sondern das blanke Elend, weil Menschen völlig hilflos geworden sind. Sie sind ohne Geld, nicht mehr organisiert und können sich nicht mehr helfen. Diese Kluft tut weh, vor allem die Ohnmacht. Ich weiß nicht mehr, wo ich ansetzen kann. Weder wir können sagen, noch die Menschen in Maputo wissen, was zu tun ist, wie die Situation geändert werden kann.

**Frage:** Mit welchen Menschen seid Ihr in Moçambique zusammengetroffen und wie sehen diese die derzeitige Situation?

**Michael:** Wir haben sehr unterschiedliche Menschen getroffen, auf den verschiedensten Ebenen. Wir haben über die Schulpartnerschaft LehrerInnen, Eltern, SchülerInnen getroffen, sogenannte einfachere Menschen, wir haben es mit hochrangigen Politikern zu tun gehabt, mit Künstlern, mit Intellektuellen, mit Journalisten. Wir haben Menschen vom Land getroffen, die einen eher schwachen sozialen Status hatten. Es gab sehr unterschiedliche Einschätzungen der Situation in Moçambique.

Je weniger die Menschen materiell und psychisch abgesichert waren, je ärmer sie waren, desto stärker waren sie gezwungen, an den Frieden zu glauben. Es war für sie eine klare Sache: Es ist Frieden, der Krieg ist vorbei und er kommt auch nicht wieder. Je mehr die Menschen Zugang zu Medien, zu politischen Debatten hatten, desto stärker war die Angst vor einer Situation wie in Angola, desto größer war die Skepsis, daß die RENAMO sich demobilisieren, sich entwaffnen ließe, umso schwieriger wurde der ganze Prozeß eingeschätzt. Umso größer waren auch die Ängste vor sozialen Prozessen, die nach einem Frieden in Gang kommen werden, vor den Problemen, die dann erst beginnen. Daß sie es mit einem Mehrparteiensystem zu tun bekommen (mittlerweile gibt es neben der FRELIMO noch 14 andere Parteien), die alle ein Stück vom Kuchen wollen, daß in dieser Art von Frieden unter diesen materiellen Bedingungen in Moçambique erst das große Chaos auf der staatlichen Ebene ausbricht, erst recht nichts geplant werden kann, das Land destabilisiert wird, andere Konfliktherde erst auftauchen. Die Aussichten der Menschen waren desto düsterer, je höher ihr sozialer Status war.

**Veronika:** Was sehr positiv war und mir Hoffnung gibt, ist, daß Parlamentarier, Politiker und Menschen, die früher in Ministerien gesessen sind, heute sehr viel Basisarbeit machen. Eines der Schlüsselerlebnisse für mich war, wie der Malangatana, ein Maler und Parlamentarier, hergegangen ist und Lehrern in Volksschulen erklärt hat: Paßt auf, geht nicht ins Erziehungsministerium, wenn ihr etwas braucht, wenn ihr etwas wollt, die haben keine Zeit für euch. Ignoriert das Erziehungsministerium aber auch nicht, informiert sie, wenn ihr etwas macht und beweist dem Ministerium, daß ihr euch selber helfen könnt. Wenn ihr etwas zustande gebracht habt, dann geht zum Erziehungsminister und sagt: Das haben wir zustande gebracht. Wir haben so und so viel Geld gesammelt, diese und jene Sache gebaut und jetzt hilf uns. Jetzt siehst du, daß wir bereit sind, was für unser Leben zu tun, jetzt kannst du nicht nein sagen.

Sie machen den einfachen Menschen klar: Wo ihr die letzten 10, 15 Jahre von oben gelenkt, geleitet, geführt aber auch kontrolliert worden seid, müßt ihr jetzt selber handeln. Der politische Zusammenhang, den die FRELIMO und die Regierung gegeben haben, war auch der große Aufbruch, die große Hoffnung für viele Menschen und eine Erleichterung, weil vieles von oben gesteuert wurde. Die Menschen, die mit der FRELIMO sehr eng verbunden sind, sagen jetzt nicht: Vergeßt den Staat. Aber sie sagen: Wartet nicht zu lange auf die Herrschaften, ihr müßt euch auf eure eigenen Beine stellen und ihr müßt selber schauen, daß ihr euch organisiert, wir werden euch gerne dabei helfen.

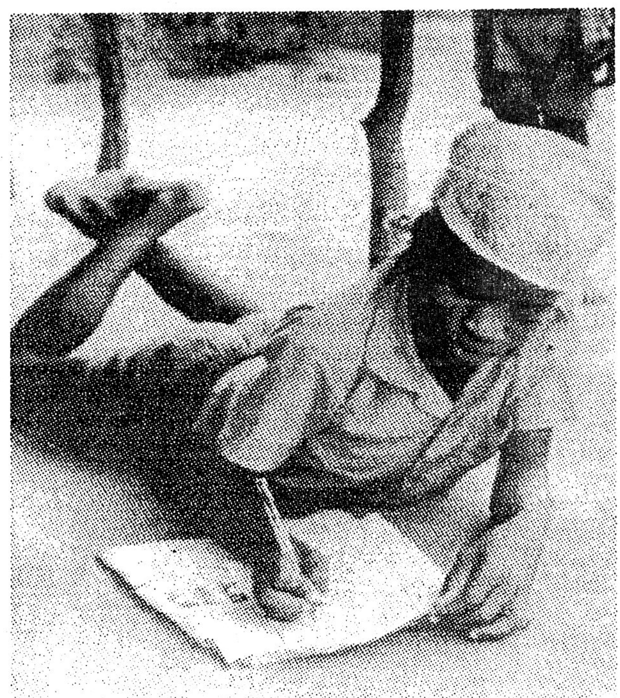
Das ist eine Art von politischem Denken, die mir sehr gut gefallen hat. Es gibt sehr viele Menschen, die aus staatlichen Strukturen herausgegangen sind und jetzt versuchen, nicht gegen den Staat, aber

doch parallel zum Staat, grassroot-Arbeit zu leisten. Sie erkennen sehr wohl die Gefahr eines absolut zerrütteten Staates, der nichts mehr in der Hand hat.

**Michael:** Ich finde, daß es für die Menschen immer noch keine Alternative zur FRELIMO gibt. Es gibt ein Mehrparteiensystem, aber sie können mit einem Mehrparteiensystem nichts anfangen. Die Menschen in Polana Caniço beispielsweise, die Grupo Dinamizador, sind ratlos, was in einem Jahr sein soll, wer kommen soll, um ihre Arbeit zu machen. Sie arbeiten ehrenamtlich und beziehen ihre ganze Autorität daraus, daß sie etwas tun. Sie können mit formaldemokratischen Geschichten und damit, daß jetzt irgendeine Wahl stattfinden soll, insofern wenig anfangen, als es keine Gegenkandidaten gibt. Es tritt dort niemand auf und sagt: Wir möchten etwas anders machen. Es tritt dort überhaupt niemand auf. Die anderen Parteien haben keine soziale Basis in dem Sinn, daß sie Gruppen in den Stadtvierteln hätten, die dort Basisarbeit machen, für die Kommune Forderungen aufstellen, irgendwelche Ideen hätten. Es gibt diese Menschen nicht und von der RENAMO ist in Maputo überhaupt nichts bekannt. Es ist unklar, wer was will. Für die Menschen gibts derzeit im Kopf keine Alternative zur FRELIMO. Die FRELIMO ist immer noch der Staat und es gibt für sie keine Alternative zum Staat. Deswegen ist eine Verunsicherung da. Die FRELIMO ist immer noch nicht eine Partei unter vielen, sie ist immer noch die Organisation, die dafür da ist, daß politische Rahmenbedingungen geschaffen werden.

**Frage:** Hat die FRELIMO die Möglichkeit, sich zusammen mit den Menschen zu verändern, um so ihre führende Rolle zu behalten?

**Michael:** Das ist eine schwierige Frage, denn die FRELIMO ist mittlerweile ein sehr komplexes Konstrukt. Es gibt sehr viele Faktoren, die die FRELIMO beeinflussen. Einerseits ist da die Basisarbeit. Es gibt Menschen in der FRELIMO, die, sei es aus idealistischen, politischen Motiven, sei es aufgrund ihrer politischen Funktion und ihrer materiellen Abgesichertheit an den Prinzipien der FRELIMO festhalten. Es gibt aber auch einen Teil der FRELIMO, der über den Weg der Partei in Positionen, an Geld gekommen ist, an Startpositionen für die frühkapitalistischen Zustände, die jetzt herrschen. Es gibt genug Geschichten, wo FRELIMO-Mitglieder über die Parteimitgliedschaft zu Großbauern oder zu Unternehmern geworden sind und sich's gerichtet haben. Dann ist da eine Tendenz, daß die FRELIMO versucht, als Ganzes fast schon, außenpolitisch Partner zu finden und sich zu etablieren. Die FRELIMO hat nichts, hat nichts anzubieten, hat kein Geld, hat nichts mehr in der Hand. Es gibt viele Überlegungen, daß sie Partner braucht und daß sie sich, wenn sie überleben will, einen Weg suchen muß. Es gibt eine starke Fraktion, die einen sozialdemokratischen Weg forciert. Sehr viele Faktoren führen dazu, daß die FRELIMO zusammenbleibt, damit sie weiter die Rolle spielen kann, die sie bis jetzt gespielt hat, sie driftet aber auch auseinander.



**Veronika:** Ich glaube, das ist eine Generationenfrage. Die alten FRELIMO-Kämpfer, die geprägt waren von der Politik und den Theorien der ersten Stunde, haben sicher eine sehr schmerzhafte Zeit hinter sich, nachdem sie gesehen haben, was aus diesem Staat und aus Teilen dieser Partei geworden ist.

Der politische Wille, mit dem die FRELIMO den Unabhängigkeitskampf geführt hat, war die Basisorganisation. Sie haben sich dieses Land Stück für Stück erobert und dort Gesundheits- und Bildungswesen aufgebaut. Sie mußten wie der Fisch im Wasser mit dem Volk schwimmen, was sie auch geschafft haben. Diese "Alten" gehen wieder raus und sagen: Das wollten wir immer und das werden wir wieder versuchen, nur auf einem anderen Weg. Ich kann mir vorstellen, daß sich die FRELIMO irgendwann spalten wird, daß diese Generationenkonflikte noch stärker zum Vorschein kommen werden.

Auf jeden Fall gibt es einen sehr wichtigen und einflußreichen Kern von Menschen, die ein durchgehend sozialistisches Bewußtsein in seiner besten und grundlegenden Art haben, denen es darum geht, Volksbildung und Volksgesundheit zu erkämpfen und ein politisches und organisatorisches Bewußtsein bei den Menschen wachzuhalten. Das versuchen die Menschen, die außerhalb der Staats- und Parteistrukturen an die Basis gehen und von unten graben, ohne die Solidarität zu ihrer Partei und der Regierung ad acta zu legen. Das ist eine interessante Verbindung. Wenn die FRELIMO stark genug an diesen Personen festhält, hat sie gute Chancen, sich positiv zu entwickeln.

**Michael:** Die Partei hat gute Chancen, weil sie immer noch gut verankert ist. Die FRELIMO war immer schon sehr gewitzt, wenn es darum ging, außenpolitisch Anerkennung zu finden. Nach der Erfahrung der Destabilisierung gibt es die Orientierung, sich außenpolitische Partner zu suchen und nicht anzuecken. Das heißt nicht, daß sie ihre sozialen Anliegen aufgegeben haben. Manchmal machen sie keine Propaganda, profilieren sich nicht sozialistisch, finden aber immer wieder Wege, trotz ausländischem Druck auch etwas von dem durchzusetzen, das sie wollen.

Auf jeden Fall wird die FRELIMO bis nach den Wahlen zusammenbleiben, denn nur so hat sie eine Chance, die Wahlen zu gewinnen. Wenn tatsächlich Wahlen stattfinden und die so verlaufen, wie wir es uns jetzt erhoffen, wenn der Friedensprozeß tatsächlich weitergeht, beginnt eine neue Ära. Wenn die FRELIMO Wahlen gewinnt, dann wird sich die soziale Auseinandersetzung innerhalb der FRELIMO abspielen. Dann geht's da los. Es gibt in der FRELIMO Karrieristen und Menschen mit wirklichen sozialen Anliegen. Es gibt sehr unterschiedliche Zugänge zur Partei und sehr unterschiedliche Standorte.

**Frage:** Das Friedensabkommen ist im Oktober ein Jahr alt. Gibt es immer noch Kampfhandlungen und wie hat sich die Situation der Bevölkerung durch das Abkommen verändert?

**Veronika:** Es gibt vereinzelt Kampfhandlungen, in sehr geringem Maße. In einer nördlichen Provinz z.B., in Tete, haben RENAMO-Truppen während des Waffenstillstandes eine Stadt eingenommen und diese Stadt wurde vor ein paar Monaten von FRELIMO-Truppen zurückerobert. Es gibt einzelne Entführungsaktionen, einzelne kleinere Überfälle, aber der Frieden hält. Der Bevölkerung hat das Friedensabkommen irrsinnige Hoffnung, irrsinnigen Auftrieb gebracht, eine Art Euphorie, vor allem den Menschen, die wieder aufs Land zurückgehen können, die nach Jahren wieder in ihr Dorf zurück können, um es aufzubauen. In der Stadt ist die Hoffnung gemischt mit einiger Skepsis und Angst, aber auch nur, weil die Menschen so viele Möglichkeiten sehen, Auftrieb haben und wünschen, daß es so bleibt.

**Frage:** Was hat sich an der materiellen Situation der Menschen geändert?

**Veronika:** Die materielle Situation ist nicht sosehr durch den Frieden beeinflußt, als durch die Strukturanpassungsprogramme, die schon 1987 begonnen wurden. Durch sie wird die soziale Kluft in Moçambique enorm groß, besonders zwischen Nord und Süd und Stadt und Land. Dadurch wird die Armut für einige noch bitterer und es bildet sich immer stärker eine Elite und ein Mittelstand heraus, der zwar klein ist, aber alle Möglichkeiten hat.

**Frage:** Die Strukturanpassungsprogramme kamen durch die Forderungen des IWF (Internationaler Währungsfonds) zustande?

**Veronika:** Ja. Das ist eine der Folgen des Krieges, aber nicht nur des Krieges. Es ist schwer, auseinanderzuhalten, was in erster Linie durch den Krieg bewirkt ist und was Folge der Unterentwicklung ist. Der Krieg hat einiges verstärkt und beschleunigt. Moçambique konnte mit seiner hohen Verschuldung und seinen wirtschaftlichen Problemen so nicht mehr weitermachen und mußte auf IWF-Kredite zurückgreifen.

**Michael:** Die Destabilisierung hat mehrere Phasen gehabt: Die militärische Destabilisierung ist nur ein Teil davon. Es gab auch von Anfang an eine ökonomische Destabilisierung, z.B. durch Südafrika. Dazu muß gesagt werden, daß Moçambique in kolonialer Zeit und auch nach der Unabhängigkeit von Wanderarbeit und vom Transitsektor gelebt hat. Das waren die größten Einnahmequellen und beides hing mit Südafrika zusammen. Maputo, der größte Hafen, war **der** Hafen für Südafrika, für Johannesburg, also für die Gold-, Kohle- und Orangenlieferungen, und im Süden des Landes war jeder zweite männliche Bewohner zumindest einmal als Wanderarbeiter in Südafrika. Genau das hat Südafrika nach der Unabhängigkeit mehr und mehr eingeschränkt, boykottiert. Es war ein erklärtes Ziel, Moçambique ökonomisch zu schwächen. Die nächste Phase der Destabilisierung war dann, als es 1983 in Moçambique Dürre gab und der ganze Westen Hilfe nur gegen Konditionen lieferte. So hat Moçambique im Jänner 1984 mit Südafrika einen Nichtangriffspakt geschlossen. Das hat sehr viel Wind aufgewirbelt. Moçambique war quasi zu diesem Nichtangriffspakt gezwungen. Dieser Nichtangriffspakt hat beinhaltet, daß Südafrika sich verpflichtet, die RENAMO nicht mehr zu unterstützen, während Moçambique sich verpflichtet hat, den ANC nicht mehr zu unterstützen und die ANC-Büros in Moçambique zu schließen. Dafür wurde Moçambique von anderen Regierungen im südlichen Afrika, von der Solidaritätsbewegung und von Linken aus aller Welt, stark angegriffen. Aber sie waren gezwungen, dieses Abkommen zu schließen, um an Katastrophenhilfe heranzukommen. Das war ein Teil der Destabilisierung - Ihr kriegt nur Hilfe, wenn ihr Konditionen mitmacht. Eine dieser Konditionen war dann auch, zum IWF zu gehen. Die FRELIMO hat sich lange gewehrt. 1984 ist das Land beigetreten und erst 1987 ist dann das Strukturanpassungsprogramm durchgeführt worden. Es hat drei Jahre lang intensive Verhandlungen gegeben, aber im Endeffekt konnten sie sich nicht dagegen wehren. Die nächste Phase der Destabilisierung war diese Strukturanpassung. Das Ziel der Destabilisierung war, den Rückhalt der FRELIMO in der Bevölkerung zu schwächen.

**Veronika:** Das ist auch gelungen.

**Michael:** Die FRELIMO ist nicht mehr so populär. Was durch den Krieg nicht möglich war, ist mit dem Strukturanpassungsprogramm gelungen. Durch den Krieg war es möglich, das Land niederzumachen, aber der Krieg hat nicht bewirkt, daß die FRELIMO unpopulär wurde. Vor allem in den Städten ist sie durch das Strukturanpassungsprogramm unbeliebt geworden, weil die Menschen gesehen haben, daß es sehr viele Reiche gibt, die zum Teil FRELIMO-Mitglieder waren. Das hat die FRELIMO unglaubwürdiger gemacht. Das ist ein Teil dieser Destabilisierung.

**Frage:** Wie sind die Kräfteverhältnisse im Land?

**Michael:** Der Friedensprozeß ist davon geprägt, daß die RENAMO als militärisch operierende Gruppe nicht in der Lage ist, als politische Partei aufzutreten. Weder hat sie politisch geschulte Menschen, noch ein Konzept, noch ist sie in irgendwelchen Regionen politisch verwurzelt oder hat dort politische Arbeit geleistet. Sie bestand und besteht zum Großteil auch noch jetzt aus Zwangsrekrutierten, aus Bauern und auch sehr vielen Kindern, die jetzt stillschweigend vom Roten Kreuz aus den Zonen herausgeholt werden. Das bedeutet für die Führung der RENAMO, daß sie, solange der Prozeß läuft und solange sie unter Waffen stehen, versucht herauszuholen was herauszuholen ist. Die RENAMO ist längst nicht mehr an Wahlen interessiert, sie ist nicht daran interessiert, daß der Friedensprozeß schnell vonstatten geht. Je länger es dauert, je weiter die Wahlen entfernt sind, desto mehr kann sie für sich herausschlagen, desto mehr kann sie sich etablieren. Wenn jetzt Wahlen wären, hätte die RENAMO keine Chancen. Jetzt vor den Wahlen versucht sie Posten, Geld, Zusicherungen zu kriegen. Pausenlos kommt irgendein RENAMO-Mensch und fordert etwas, z.B. Geld zum Aufbau von Kadern, Geld zum Aufbau von Büros. Der Dhlakama (RENAMO-Chef) fährt nach Europa und bekommt von der einen Regierung 80.000 Dollar, von der anderen 50.000 Dollar, die deutsche Regierung verspricht ihm einen Radiosender usw. usw. Die italienische Regierung hat ihm 15 Millionen versprochen. Sie haben Waffen und sie wissen, wenn sie die Waffen abgeben, sind sie nichts mehr. Dafür wollen sie etwas kriegen. Die UNO geht zum Teil auf dieses Spiel ein, westliche Regierungen auch.

Die FRELIMO steht auf dem Standpunkt, es gibt ein Friedensabkommen, die UNO ist dazu da, es durchzusetzen, nicht ständig neu zu verhandeln. Die Verzögerungen kosten Geld, bringen dem Land Probleme und der Friedensprozeß sollte schnell über die Bühne gehen. Je schneller er passiert, desto eher hat die FRELIMO Chancen. Die FRELIMO steht auch auf dem Standpunkt: Es gibt ein Mehrparteiensystem, die Wahlen sind vereinbart, also sollten sie auch tatsächlich demokratisch durchgeführt werden und es sollte nicht schon vorher ausgemauschelt werden, wer welche Posten kriegt. Nur ist die FRELIMO eben nur eine und nicht gerade die stärkste Partei in diesen Verhandlungen. Es gibt in der FRELIMO Fraktionen, die mittlerweile vom Krieg profitiert haben. Es gibt auf jeder Seite Kriegsgewinnler. Es gibt im Militär Widerstände gegen den Frieden, weil sehr viele Soldaten demobilisiert werden sollen. Sehr viele Menschen würden schlicht ihren Job verlieren, sie haben nichts anderes gelernt und stehen dann vor dem Nichts. Dann gibt es höhere Militärs, die am Krieg verdient haben, die hatten die Hand drauf, wo welche Nahrungsmittel-Lieferungen hin gingen und ganze LKW-Ladungen wurden verschoben und sind verschwunden. Es haben auch FRELIMO-Militärs mit der RENAMO eigene Abkommen gemacht und die Beute aufgeteilt. Auch von dieser Seite gibt es Widerstand gegen das Friedensabkommen.

**Frage:** Gibt es nicht auch einen Widerstand gegen das Friedensabkommen, bei dem es nicht um persönliche Vorteile geht, sondern darum, der RENAMO keine Zugeständnisse zu machen?

**Michael:** Diesen Widerstand gibt es allgemein. Aber viele halten es für politisch sinnvoll Zugeständnisse zu machen.

**Frage:** Welchen Spielraum hat die FRELIMO? Die RENAMO schindet nur Zeit, da sie nur militärisch agieren kann. Die FRELIMO muß beschleunigend wirken, um ihre eigene Macht zu stabilisieren, muß ständig Zugeständnisse machen. Wohin geht diese Entwicklung?

**Michael:** Ich bin nicht so skeptisch wie viele in Moçambique. Die RENAMO hat zwar Waffen und sitzt auf Gebieten. Das ist ihr Joker. Trotzdem ist die FRELIMO wer und sie ist noch immer die staatliche Autorität, sie ist die Regierung in Moçambique und an ihr führt kein Weg vorbei - auch nicht für die RENAMO. Zum anderen ist die RENAMO eine südafrikanische Außenstelle. Auch wenn sie nicht mehr direkt mit ihr verbunden ist, gibt es Verbindungen zur südafrikanischen Regierung. Mir ist in Moçambique klar geworden, daß dieser Friedensprozeß immer noch sehr stark von den Entwicklungen in Südafrika abhängig ist. Das hat die FRELIMO jetzt auch als Verhandlungsmasse. Sie kann nämlich der südafrikanischen Regierung immer wieder klar machen, daß sie auch nicht mehr so weiter machen kann wie früher. Auch in Südafrika werden nächstes Jahr Wahlen sein. Vieles an den Strukturen in Südafrika wird sich ändern. Südafrika wird schleichend die Kontrolle über die RENAMO und über die Verhältnisse in Moçambique verlieren. Deshalb kann Südafrika die Sache nicht unendlich in die Länge ziehen.

**Veronika:** Außerdem habe ich den Eindruck, daß die Leitung der RENAMO in Moçambique aus zehn Menschen besteht, das sind Dhlakama, Ununu, Domingos und ein paar andere. Der Rest sind Bauern, Zwangsrekrutierte, Kinder. Sie haben vor allem Hunger, keine Ausbildung, keine Möglichkeiten.

**Michael:** Mittlerweile gibt es auch lokale RENAMO-Führer, die mit hundert Leuten in einer Region sitzen und vor allem das Interesse haben, zu überleben, ohne besondere politische Ambitionen zu haben. Der Aspekt, daß die RENAMO sehr wohl auf das hören muß, was in Südafri-

ka passiert, ist positiv. Wären sie wirklich so autonom, wie das jetzt immer behauptet wird, wäre das ein Problem. Dann müßten sie gekauft werden, müßte ihnen etwas angeboten werden, damit sie mitmachen. Ich glaube, daß auch die RENAMO-Führung weiß, daß sie nicht ewig so weitermachen kann. Wahrscheinlich wird sie bis Anfang, Mitte nächsten Jahres versuchen, herauszuholen was geht, dann aber auch Zugeständnisse machen.

Dann schauen alle auch immer wieder auf Angola. Es hat eine Zeitlang so ausgesehen, als könnte die UNITA ewig so weitermachen wie bisher. Jetzt gibt es einige Zeichen, daß es auch in Angola nicht unbegrenzt so weiter gehen wird. Die US-Regierung hat die angolanische Regierung vor einem oder zwei Monaten anerkannt (erstmals). Sie hat damit zugestanden, daß die angolanische Regierung rechtmäßig ist. Rußland hat angekündigt, der angolanischen Regierung wieder Militärhilfe zu gewähren, was sicher nicht ohne vorherige Absprache mit den westlichen Ländern geschieht. Es gibt Tendenzen und Signale, die darauf hindeuten, daß die UNITA immer mehr in die Defensive kommen wird und weniger westliche Unterstützung findet.

**Veronika:** Die FRELIMO muß, wie du gesagt hast, Zugeständnisse machen, muß sich bremsen lassen. Das Gefährliche ist - und dabei spielt die UNO eine miese, aber entscheidende Rolle -, daß solange Waffen getragen werden, nicht demobilisiert ist, die RENAMO in der Lage ist, Forderungen in diesem Ausmaß zu stellen. Funktionäre und Köpfe gibt es wenige, aber sie haben eine unkontrollierte Menge an bewaffneten Menschen im Land, die in den von der RENAMO besetzten Gebieten konzentriert sind.

**Michael:** Die RENAMO wird immer wieder unterschätzt. Sie ist kein Haufen von herumstreunenden Banditen. Sie ist verdammt gut organisiert. Sie haben die Logistik aus Südafrika, die funktioniert auch. Sonst wäre es auch nicht denkbar, daß ein Waffenstillstand ein Jahr hält, obwohl die Menschen hungern. Das geht nur, wenn sie straff organisiert sind, sonst würden sich diese Banditengruppen selbständig machen.

**Veronika:** Aber weder die UNO noch die FRELIMO, noch irgend jemand hat es geschafft, diese Gruppen dazu zu bringen zu demobilisieren, ihre Waffen abzuliefern. Das ist ihr Druckmittel und das bleibt es solange irgendwoher Gelder, Logistik usw. herkommen. Sie haben noch Ressourcen. So machen sie Druck. Wenn der Demobilisierungsprozeß bald beginnt, dann gibt es tatsächlich berechtigte Hoffnungen, daß der Frieden halten wird.

**Frage:** Welches Interesse hat Südafrika an einer friedlichen Entwicklung in Moçambique?

**Michael:** Südafrika war die ganzen 50er und 60er Jahre hindurch ein großer Wachstumsmarkt. Es gab riesige Wachstumsraten. Das basierte auf billigen Arbeitskräften und Rohstoffreichtum. Die Apartheid hatte einen ökonomischen Sinn. Anfang der 70er-Jahre kam Südafrika durch die technologischen Entwicklungen, z.B. im Bergbausektor, und die fallenden Rohstoffpreise in eine ökonomische Krise. Billige Arbeitskräfte wurden gegenüber den maschinellen Möglichkeiten zu teuer und Südafrika war technologisch im Hintertreffen. Die Wachstumsraten gingen zurück. Es war für ausländisches Kapital nicht mehr so interessant, in Südafrika zu investieren. Gleichzeitig ist die politische und ökonomische Unzufriedenheit der schwarzen Bevölkerung gewachsen.

Rings um Südafrika ging die Entkolonisierung weiter. Die portugiesischen Kolonien Angola und Moçambique sind 1975 unabhängig geworden. Sie sind für Südafrika strategisch sehr wichtig, da sie die natürlichen Häfen für Südafrika bieten. Damit hat Südafrika zunehmend die Kontrolle über das südliche Afrika verloren. Angola und Moçambique hatten sozialistische Regierungen mit erklärtem antirassistischen Programm, die sich dezidiert gegen das Apartheidregime gerichtet haben. Moçambique hat z.B. die UNO-Sanktionen gegen Rhodesien unterstützt, hat die Häfen dichtgemacht und die rhodesische Regierung gezwungen, über Südafrika zu exportieren. Es gab einen politischen und ökonomischen Konflikt zwischen Südafrika und den antirassistischen Staaten im südlichen Afrika. Südafrika war zunehmend mit der Situation konfrontiert, daß sein Einflußbereich zurückging.

Das südliche Afrika war auch ein traditioneller Markt für Südafrika. Es war nicht nur ein politischer Konflikt, sondern es ging auch darum, daß Südafrika langsam aber sicher seinen Markt verlor. Zambia war unabhängig, Rhodesien ist 1980 Zimbabwe geworden. 1980 stand Südafrika als einziges Land mit rassistischem Konzept da, konfrontiert mit einer Wirtschaftsgemeinschaft der anderen Länder im südlichen Afrika, mit einer politischen Gemeinschaft, den sogenannten Frontstaaten.

In der Folge überlegten die südafrikanischen Politiker ein Konzept, um die Nachbarländer zu destabilisieren, mit dem Zweck, sozialistische und antirassistische Konzepte zu schwächen. Die Hauptangriffsziele waren Angola und Moçambique, weil sie strategisch wichtig waren und politisch die exponiertesten Positionen vertraten.

Die südafrikanische Politik ist noch immer davon bestimmt, die selbstbewußten und sozialistischen schwarzen Staaten zu schwächen. Trotz allem steht die FRELIMO, wenn sie nicht destabilisiert wird, für eine antirassistische Politik, die vielleicht nicht sozialistisch, aber sicher gegen das Apartheidregime gerichtet ist.

Die Destabilisierung hat auf Südafrika zurückgeschlagen. Wenn Südafrika die Frontstaaten ökonomisch schwächt, verliert es trotzdem seinen Markt. Das ganze südliche Afrika ist durch die Auseinandersetzung um die Apartheid sehr geschwächt, sehr viele Strukturen sind kaputt. Außerdem hat die Auseinandersetzung in Südafrika selbst ein Level erreicht, eine Eskalation der Gewalt, das destabilisierend wirkt. Organisationen wie die Inkatha haben dieselbe Funktion wie die RENAMO oder die UNITA, sie destabilisieren das Land. Diese Organisationen sind zunehmend schwer zu stoppen, weil sie mittlerweile auch Eigeninteressen haben und zum Teil eine soziale Basis.

Die südafrikanische Regierung hat jetzt auch das Interesse, von der Destabilisierung wegzukommen, hin zu einer Re-Stabilisierung der Region. Das ist das Konzept von De Klerk, weg von Botha, deswegen der ganze Reformprozeß. Sie müssen aus der ökonomischen Krise heraus und versuchen, die Apartheid so zu reformieren, daß das Kapital und die weiße Vorherrschaft bleiben. Formal soll es eine demokratische Regierung geben, um außenpolitisch gut dazustehen, um die Schwarzen ruhigzustellen, um die Auseinandersetzung in dieser Form zu beenden, ohne die Privilegien zu verlieren. Sie sind daran interessiert, das südliche Afrika als ihren Markt wieder aufzubauen. So gibt es in Moçambique viele südafrikanische Investoren. Entsprechend gibt es ein Interesse in der südafrikanischen Regierung, die Destabilisierung in Moçambique zu beenden, um ihre eigenen Investitionen nicht zu gefährden. Es macht keinen Sinn, dort Fabriken aufzubauen, um sie dann von der RENAMO zerstören zu lassen.

Das sind widerstrebende Faktoren und die machen sich auch innerhalb der Nationalpartei in Südafrika bemerkbar. Es gibt Fraktionen, die sagen: Wir wollen den Verhandlungsprozeß durchziehen, wollen auch Zugeständnisse machen, weil wir nicht mehr alles durchsetzen können. Dann gibt es die Hardliner, die, genau wie die in der RENAMO, wissen, wenn sie jetzt Zugeständnisse machen, verlieren sie ihren Job.

Der Sicherheitsapparat in Südafrika ist sehr mächtig und groß. Er hat eine ziemliche Eigendynamik, da steckt viel Geld drin. Wenn er abgeschafft oder durch Schwarze ersetzt wird, fällt eine ganze Welt zusammen. Daher auch die Unterstützung für rechte, konservative Gruppen wie die Konservative Partei, Afrikaaner Weerstand Bewegung, diese Faschisten, aus dem Sicherheitsapparat. Immer wieder wird festgestellt, daß die Faschisten Waffenlager haben, die aus der Armee stammen. Deswegen auch eine direkte Unterstützung für RENAMO und UNITA aus dem Sicherheitsapparat, aber nicht mehr von der südafrikanischen Regierung als solcher, sondern von Teilen. Es ist eine Sache, die nicht mehr öffentlich und transparent abgehandelt wird, sondern sehr schwierig auszumachen ist.

**Veronika:** Die südafrikanische Regierung ist der FRELIMO gegenüber, falls sie die Wahlen gewinnt, noch sehr mißtrauisch und die RENAMO ist immer noch ein Hebel. Sie wollen zwar Frieden, sie wollen investieren können, aber sie wollen einen von ihnen kontrollierten Frieden. Aus dem Grund sagt der politische Sprecher der FRELIMO, Tomé, daß die FRELIMO, immer wenn Dhlakama besonders

gefährlich wirkt, die persönliche Schiene über De Klerk versucht. Sie weist die südafrikanische Regierung auf die Wahlen hin, damit Südafrika die RENAMO zur Ordnung ruft. Das funktioniert jedesmal. Es ist unklar, wieweit die Regierung in Südafrika offiziell, wenn auch verdeckt, die Hand auf der RENAMO drauf haben will. Nicht um den Krieg weiterzuführen, sondern als Erpressungsmittel.

**Michael:** Es kann auch sein, daß De Klerk, da er weiß, wer in seiner Regierung wofür steht, zum entsprechenden Minister geht, damit der etwas veranlaßt. So wie auch im Verhandlungsprozeß in Südafrika selbst immer wieder die Dinge innerhalb der Nationalpartei ausgefochten werden und dann erst wieder der nächste Schritt stattfindet. Diese Interessen sind sehr widersprüchlich. Es gibt das Interesse zu investieren, aufzubauen, zu restabilisieren und gleichzeitig gibt es das Interesse, alles unter eigener Kontrolle zu haben und sie versuchen diesen Spagat.

**Frage:** Sie halten sich mehrere Optionen offen.

**Michael:** Ja. Am liebsten wäre es Ihnen, die FRELIMO gewinnt die Wahlen, aber nicht die absolute Mehrheit: Das namibische Modell, wo sie ja durchgesetzt haben, daß die SWAPO nicht die Zweidrittelmehrheit hat und so die Verfassung nicht allein machen konnte. Bei einer Mehrparteienregierung, einer Koalition haben sie leichter Einfluß, da ist gewährleistet, daß eine außenpolitische Kontrolle da ist.

**Frage:** Wenn nicht, gibt es immer noch die militärische Option.

**Veronika:** Genau. Die wollen sie umgehen, weil schon genug Südafrikaner in Moçambique sitzen und Hotels aufbauen. Die ganze Tourismusbranche ist wieder in südafrikanischem Besitz.

**Michael:** Es ist absurd. Du fährst durch die Strassen, wo links und rechts die armen Menschen hocken und immer noch darauf warten, auf ihr Land zurückzukehren. Die Strassen sind in jämmerlichem Zustand. Mittendrin braust ein Jeep mit Bootsanhänger zum nächsten Strand und die interessieren sich nur dafür, wo sie den besten Fisch angeln können.

**Veronika:** Aber es gibt auch schon große südafrikanische Hotelketten, die Hotels in Moçambique besitzen, die sie teilweise von moçambiquanischen Managern aufbauen lassen, Manager und Personal sind moçambiquanisch, gehören tut das Hotel Südafrikanern. Diese Hotels sind an den schönsten Stränden und das werden einmal Luxushotels. Das ist nichts anderes als die Rückkehr zu den Zuständen, die vor der Unabhängigkeit herrschten, als schon einmal Hotels Südafrikanern gehörten.

**Michael:** Es findet eine Rekolonialisierung statt.

**Frage:** Hat die FRELIMO den moçambiquanischen Markt geöffnet? Gibt es keine Restriktionen für ausländische Investoren? Gab es die früher?

**Michael:** Ja, wenngleich nicht so, wie es immer behauptet wurde. Es konnte nicht jeglicher Gewinn transferiert werden, aber es war kein Problem, als Privatunternehmer Geschäfte in Moçambique zu machen. Das Investitionsklima war schlecht, wie es in der Geschäftswelt so schön heißt, mit einer sozialistischen Regierung.

**Veronika:** Chissano, der Präsident, lädt offen ausländische Investoren ein. Er sagt: Wir brauchen die Arbeitsplätze, wir brauchen das Kapital.

**Michael:** Die Hauptrestriktion war die, daß es einen Minimallohn gab und der wurde durchgesetzt. Es gab ein Sozialprogramm und eine Fabrik mußte z.B. Kinderkrippen aufbauen. Es gab soziale Anliegen, die waren für die Unternehmer unumgänglich. Jetzt gibt es sie auf dem Papier, aber niemand schert sich darum, ob der Minimallohn eingehalten wird. Das verbessert das Investitionsklima.

**Frage:** In welcher Form kann Moçambique wirtschaftlich und gesellschaftlich weiterbestehen? Ihr habt gesagt, daß die FRELIMO viele Zugeständnisse machen muß und bei den Verhandlungen nicht die stärkste Position hat.

**Michael:** Die RENAMO ist militärisch stark und kann vieles durchsetzen. Das Ausland, über UNO, über Entwicklungshilfe-Geldgeber usw., bestimmt was passiert und die Weltbank hat in jedem Ministerium ihre Menschen sitzen und bestimmt in Wirklichkeit.

**Veronika:** Die FRELIMO ist auch deshalb nicht die stärkste Gruppe, weil sie in der Zwickmühle ist. Einerseits hat sie als Partei einen bestimmten politischen Willen, auf der anderen Seite als Regierung die Verpflichtung, das Land nicht kaputt gehen zu lassen. Das schwächt im Moment ihren Verhandlungsstatus.

**Michael:** Sie können die Menschen nicht verhungern lassen und müssen sich daher auf Dinge einlassen, die sie selber vielleicht nicht so wollen.

Durch den Krieg, durch die Strukturanpassungsprogramme, durch die historische Entwicklung im südlichen Afrika ist der Staat Moçambique sehr geschwächt worden. Das bedeutet ökonomisch einerseits eine Rückkehr zum Kolonialismus, ohne daß es eine ausgesprochene Kolonialmacht gibt, aber andererseits braucht auch jeder, der in Moçambique investieren will, irgendwie einen funktionierenden Staat. Moçambique ist zum Status eines normalen Entwicklungslandes zurückgekehrt. Es steckt im gleichen Dilemma wie die Regierung jedes durchschnittlichen Dritte-Welt-Landes, die wenig Spielräume und Möglichkeiten hat.

Es gibt sehr wohl ein ökonomisches Interesse an Moçambique. Das hat mit den Transitrouten zu tun. Moçambique hat neben Südafrika die größten Häfen im südlichen Afrika und ist für die ganze Region aus diesem Grund wichtig. Es gibt ökonomische Perspektiven, die entwickelt werden könnten. Es gibt den Tourismus. Es bestehen bestimmte Kapitalinteressen, das Land zu entwickeln. Diese Investoren brauchen in gewisser Weise den Staat. Sie investieren nur, wenn ein rudimentäres Bildungssystem, Gesundheitssystem, Transportsystem, eine bestimmte Infrastruktur usw. vorhanden ist. Das brauchen sie und deshalb kommen sie auch nicht an der FRELIMO vorbei, da sie jemand brauchen, der ihnen dieses Land organisiert. Sie haben zwar die Weltbank-Typen in den Ministerien, aber die möchten nicht jeden Schrieb selber machen. Sie brauchen eine Regierung, die das tut und eine gewisse soziale Basis hat.

Beispielhaft für die Vorgangsweise von Kapitalinteressen in Moçambique ist der Lonrho-Konzern, ein britischer Konzern, der vor allem im Lebensmittelbereich seine Finger drinnen hat (Plantagen, Lebensmittelindustrie). Er investiert und agiert vor allem im südlichen Afrika. Die waren führend bei den Friedensverhandlungen dabei. Tiny Rolands, der Chef von Lonrho, hat immer wieder eingegriffen, wenn nichts weiterging. Er ging persönlich zu Dhlakama, um ihm zu sagen, wo es lang geht.

Kürzlich gab es Auseinandersetzungen, weil die RENAMO ein Haus in Maputo will, aber mit den von der FRELIMO angebotenen nie zufrieden war. Nach Monaten sagte dann Lonrho: Wir haben ein Hotel in Maputo, das kriegt ihr und damit Schluß. Jetzt sitzt die RENAMO dort. Lonrho hat offensichtlich ein Interesse, daß der Frieden kommt. Gleichzeitig haben sie ein großes Interesse daran, daß es eine funktionierende Regierung gibt. Einerseits sind sie sehr froh, daß die FRELIMO geschwächt ist und sie jetzt in Kolonialstil Plantagen aufziehen können, mit gesenkten Löhnen und ohne Arbeitszeitbeschränkungen agieren können wie sie wollen. Andererseits haben sie nichts gegen qualifizierte Arbeitskräfte, die eine bestimmte Bildung haben und daß es dort, wo sie agieren, auch ein funktionierendes Gesundheitssystem gibt, weil sie das für ihre ArbeiterInnen brauchen. Sie brauchen eine relativ funktionierende Regierung, die ihnen keine Vorschriften macht. Alle südafrikanischen Firmen arbeiten so: Restabilisieren, aber ja keine sozialistischen Konzepte.

**Frage:** Beim Lesen des Moçambique-Rundbriefes ist uns aufgefallen, daß ihr die Rolle der UNO weitgehend positiv bewertet. Die UNO wird als neutrale Vermittlerin dargestellt, nicht als Konfliktpartei, nicht als Interessensvertretung. Wenn wir uns die Rolle anschauen, die sie mittlerweile weltweit spielt, sehen wir doch, daß sie fast nur mehr eine Interessensvertretung von den USA und den EG-Staaten ist. Wie seht ihr die Rolle der UNO jetzt?

**Veronika:** Anders. Am Anfang stand für uns, daß Moçambique die UNO wollte. Das Ganze gestaltete sich sehr zäh, weil keine Truppen zustandekamen. Ajello, der Chef von UNOMOC, hat am Anfang sehr vernünftige Töne von sich gegeben, was die Dauer des Friedensprozesses und die Prioritäten betrifft. Mittlerweile scheint die UNO prinzipiell der RENAMO eher Vorschub zu leisten. In Tete, wo während des Waffenstillstandes eine Stadt von der RENAMO eingenommen wurde, hat Ajello gesagt: Schwamm drüber, reden wir nicht davon. Als die FRELIMO vor ein paar Monaten die Stadt zurückerobert hat, hat Ajello irrsinnigen Wind gemacht.

Ajello war die treibende Kraft, die dafür gesorgt hat, daß die italienische Regierung der RENAMO Geld zur Verfügung stellt. Er sorgt dafür, daß die RENAMO ihr Schweige- oder Stillhaltegeld bekommt. Ajello hat lange mit der FRELIMO gestritten, weil die UNO Zollfreiheit haben wollte und die FRELIMO gesagt hat: Das können wir uns nicht leisten. Sogar einzelne Mitglieder der italienischen Regierung und der italienische Botschafter haben Ajello darauf hingewiesen, daß das Land Devisen braucht, daß die UNO hier nicht gratis Hof halten kann. Aber Ajello hat es dennoch durchgesetzt, die FRELIMO hat dann klein beigegeben - offensichtlich setzt er sie stark unter Druck.

Außerdem gab es einen monatelangen Streit darüber, daß Ajello freie Truppenbewegungen in Moçambique wollte. Er wollte sich, ohne die Regierung zu informieren, mit seinen Truppen im ganzen Land bewegen können - wie eine Armee, nicht wie eine Friedenstruppe. Die FRELIMO hat gesagt: Solange wir die Regierung sind, wollen wir wissen, was in unserem Land passiert, wohin ihr geht mit euren Waffen. Wir wollen auch wissen, ob euch die RENAMO in die von ihr besetzten Zonen läßt. Auch hier hat sich Ajello durchgesetzt, obwohl wiederum sogar einige italienische Regierungsmitglieder der FRELIMO recht gaben. Durchsetzen kann er sich nur, weil er Druckmittel hat. Sein Druckmittel ist, daß er der RENAMO verdeckt Zugeständnisse macht und ihre Verzögerungs- und Erpressungstaktik unterstützt. Das erzeugt Unmut in Moçambique.

**Michael:** Ich sehe kein durchgehendes Gesamtinteresse der UNO an Moçambique. Der Einsatz in Somalia oder ihre Rolle im Golfkrieg sind damit nicht zu vergleichen. Dort ist die UNO offensichtlich durchsetzendes Organ für US-Interessen, westliche Interessen. In Moçambique ist die UNO zwar Vertreterin westlicher Interessen, allerdings gibt es kein klares westliches Interesse. Moçambique ist, abgesehen vom südafrikanischen Kapital und einzelnen Konzernen schlichtweg uninteressant. Die UNO ist von beiden Seiten gerufen worden. In Kambodscha gab es immer Probleme zwischen der UNO und den Roten Khmer, es gab keinen Konsens, daß die UNO dort hin soll, in Somalia ist es schon gar kein Konsens, im Golfkonflikt auch nicht. In Moçambique sind alle im Friedensabkommen übereingekommen, daß die UNO diesen Prozeß überwachen und auch durchsetzen soll.

Das ist für die UNO eine Chance, die sie in den letzten Jahren nicht gekriegt hat. Was passiert? Es hat Monate gedauert, bis sie Truppen entsandt hat. Im letzten November hätten die UNO-Truppen da sein und einen Monat später die Demobilisierung beginnen sollen. Die Truppen waren erst im Mai da. Offensichtlich gibt es ein Desinteresse der UNO. Daß die Truppen aus Uruguay, Bangla Desh, Botswana, Zambia und Italien sind - keine US-Truppen, keine deutschen, keine französischen, keine britischen Truppen -, zeigt das geringe westliche Interesse. Die UNO ist in die Sache reingerutscht, sie wollten dort nicht hin. Sie haben sich verpflichtet gefühlt, weil es in Angola so ein Desaster gibt. Deshalb hat Ajello am Anfang gesagt: Keine Wahlen ohne Demobilisierung, damit nicht das Gleiche wie in Angola passiert.

Es gibt kein imperialistisches Gesamtinteresse, nur kleine Interessen. Nachdem sich kaum jemand um dieses Land kümmert, haben diejenigen, die sich dafür interessieren alle Möglichkeiten.

**Veronika:** Ich habe den Eindruck - das hat mir auch Tomé bestätigt -, daß weder die UNO noch die ausländischen Beobachter die FRELIMO als derzeitige Staatsmacht respektieren. Wenn die FRELIMO im Friedensprozeß kritisiert wird, wird sie nicht wie jemand kritisiert, der in einem Staat Verantwortung zu tragen hat, nicht wie eine Regierung, die darauf achten muß, daß die Bevölkerung überleben kann. Daß die FRELIMO wissen will, was in Moçambique passiert, wird mit Erstaunen aufgenommen. Da passiert in den Köpfen ein Fehler, der auch hier oft passiert ist, wenn die Menschen vom Bürgerkrieg sprechen: Die FRELIMO und die RENAMO werden so behandelt. als ob sie Bürgerkriegsparteien wären. Das waren sie nie. Aber die UNO tut so als ob. Erstens bringt das die FRELIMO in Rage und zweitens gibt es der RENAMO eine Legitimität, die sie nicht hat. "Völkerrechtlich gesehen hätte die RENAMO über den Haufen geschossen werden müssen. Sie sind Verbrecher, die keinerlei Legitimation haben. Da man das nicht getan hat und sich mit dem Teufel eingelassen hat, muß man jetzt die Spielregeln des Teufels akzeptieren." Das sagte ein Österreicher, der durchaus nicht nur mit der FRELIMO sympathisiert.

Westliche Organisationen und Regierungen und auch die UNO, die ja vom westlichen Denken geprägt ist, können das nicht so sehen. Sobald zwei Parteien, die in einem Land gegeneinander Krieg geführt haben, aufeinander treffen, sind es Bürgerkriegsparteien. Es wird respektiert, daß die Regierung legitim ist.

**Michael:** Die Hauptunterstützung findet Dhlakama nicht bei der UNO. Er findet sie, indem er nach Europa fährt und von Regierungen Geld, Versprechungen oder politische Anerkennung bekommt.

Warum agieren westliche Regierungen so? Es geht darum, wie der Konflikt in Moçambique eingeschätzt wird. Für uns ist das Problem, wie die RENAMO aus dem Weg geschafft wird. Das war immer unsere Herangehensweise an das Problem: Die RENAMO ist ein Banditenhaufen, von Südafrika ins Land gebracht, sie haben nie eine Legitimität gehabt und das Problem ist nur dadurch zu lösen.

Westliche Regierungen sehen es nicht so. Für sie war die RENAMO kein Banditenhaufen, sondern eine Bürgerkriegspartei in Moçambique. Die FRELIMO war zwar anerkannte Regierung, aber eben eine sozialistische Regierung, die nicht gern gesehen wurde. Die RENAMO war eine Kraft, mit der sie operieren konnten, weil sie die FRELIMO geschwächt hat. Deshalb war die RENAMO, obwohl wegen der Art und Weise ihrer Aktionen nicht geliebt, doch eine brauchbare Möglichkeit in den Verhandlungen. Deswegen sind sie, wenn die RENAMO kommt, zumindest gesprächsbereit.

**Veronika:** Sie bekommt dadurch eine Legitimität, wird als Bürgerkriegspartei behandelt und so enorm aufgewertet. Das betreibt auch die UNO.

**Michael:** Ajellos Herangehensweise ist: Ich habe es mit zwei gleichwertigen Konfliktparteien zu tun, also muß ich vermitteln. Vermitteln heißt, wenn einer sich weigert zu verhandeln, muß er zu ihm fahren und ihm Zugeständnisse machen. Die FRELIMO steht auf dem Standpunkt: Es gibt nichts mehr zu vermitteln, wir haben ein Friedensabkommen und die UNO ist gerufen worden, damit sie das durchsetzt. Sie hat das Mandat, es auch mit Waffengewalt zu tun. Es widerspricht dem Abkommen, daß sich die RENAMO weigert, Menschen in ihre Zonen zu lassen. Die UNO hätte das Mandat, dort einzumarschieren und diese Zonen zu öffnen. Dort sind Menschen immer noch Gefangene der RENAMO. Das passiert nicht, weil Ajello keine Eskalation möchte und lieber verhandelt. Das Verhalten der UNO ist eine Mischung aus Hilflosigkeit, organisatorischen Schwächen und einzelnen Interessen.

**Veronika:** Und ein sehr falsches Verständnis von Demokratie. Dieses Verständnis sagt: Demokratie hat nun einmal mehrere Parteien und die sind nun mal widersprüchlich und sie müssen als gleichwertig betrachtet werden.

**Frage:** Zusammenfassend wird die FRELIMO als eine Art Handwerker akzeptiert, die mit ihrem Staatsapparat die Grundlage für das operieren der Konzerne liefert. Die staatliche Souveränität liegt nur mehr sehr eingeschränkt in ihren Händen. Zum Teil bestimmt die UNO, zum Teil die RENAMO und zum Teil internationale Konzerne.

**Michael:** Großteils die Weltbank. Ein Beispiel: Seit 1986 konnte der moçambiquanische Staat aufgrund der budgetären Situation im Erziehungsministerium keine Schulen mehr bauen. Jetzt sitzen da die Beamten der Weltbank und entscheiden, wo eine Schule gebaut wird. Bauen soll immer noch die Regierung. Was ich spannend finde in Moçambique ist, daß überhaupt nicht klar ist, wer die Kolonialherren sein sollen, wenn von Rekolonialisierung gesprochen wird. Es ist völlig unklar, welche Interessen eine Rolle spielen. Zum Teil sind das einander widersprechende Kapitalinteressen. Es ist offensichtlich, daß sich die Italiener dort breitmachen, da viel Geld dahinter ist und daß die Südafrikaner Interessen haben. Es gibt einzelne Konzerne und die katholische Kirche, die sehr viel Einfluß nimmt. Die portugiesischen Siedler Moçambiques sitzen verstreut in Portugal und Südafrika und hoffen, "ihr" Land zurückzubekommen. Die Interessen gehen da zum Teil kreuz und quer. Lonrho hat z.B. kein Interesse dar-

an, daß die Portugiesen wieder ins Land kommen, denn dann hätten sie mit denen Konflikte.

**Frage:** Zeichnet sich da nicht ab, daß die FRELIMO als moçambiquanische Regierung die grobe Infrastruktur zur Verfügung stellt, internationale Organisationen wie IWF und UNO die ungefähre Richtung des Ablaufs regeln und diese beiden Komponenten das Feld für die verschiedenen Konzerne freimachen, die dann die Sache unter sich ausmachen?

**Michael:** Das ist tatsächlich die Situation.

**Veronika:** Das macht es ja zu einem klassischem Entwicklungsland. In Westafrika lief 1960 das gleiche sang- und klanglos ab. Die Regierungen der ehemaligen Kolonialmächte hatten ihre Berater und Funktionäre in den Regierungen der neuen Staaten sitzen. Die Weltbank und der IWF sind dort viel früher eingedrungen.

Heute gibt es relativ schwache Marionettenregierungen, die in ihrem Land sehr mächtig sind, dort das Monopol haben und andere Parteien verbieten oder klein halten. Real sind sie aber sehr schwach, weil sie nur Marionetten anderer Interessen sind. Das gab es bisher in Moçambique nicht. Jetzt wird es das aber geben. Das macht es zu einem handhabbaren, bekannten und leicht zugänglichen Land.

**Michael:** Im Unterschied zum westlichen Afrika, ist das südliche Afrika viel stärker industrialisiert und dieses Konzept von Herrschaft wird nicht aufgehen. Es gibt zu starke Gewerkschaften, zu starke Interessen von Schwarzen, die zu sehr politisiert sind. Das macht die Eskalation der Gewalt aus. Das wird es in Angola, Moçambique und Zimbabwe nicht spielen. Das hoffen sie zwar, aber ich kann mir das nicht vorstellen. Die FRELIMO ist trotz allem keine "normale" Marionettenregierung. Dafür gibt es zu viele Menschen, die wieder politisch an der Basis arbeiten. Es gibt sehr viele Menschen, die 10, 15 oder 20 Jahre, wenn sie am Befreiungskampf teilgenommen haben, politisiert worden sind, die bestimmte soziale Anliegen haben. Es wird soziale Auseinandersetzungen geben. Ich sage nicht, daß sich die Gewerkschaften, die linken Gruppen und die Basisorganisationen in irgendeiner Weise durchsetzen werden, aber ich sage, daß sie nicht stillhalten werden.

**Frage:** Weil die FRELIMO seit 1975 zumindest gewisse Schichten der Bevölkerung stark genug politisiert hat? Haben sich Gewerkschaften herausgebildet?

**Michael:** Es gab alles, was es in einem klassischen sozialistischen Land gab. Es gab staatliche Gewerkschaften. Die sind derzeit so schwach wie die FRELIMO, weil sie nicht autonom sind und weil sie sich staatsloyal verhalten. Aber es ist eine Übergangszeit, es bilden sich autonome Gewerkschaften.

**Veronika:** Gewerkschaften und eine relativ starke, linke Oppositionsbewegung hat es auch in Westafrika gegeben. Die Frage ist, mit welchem Maß an Gewalt dagegen vorgegangen wird. Das wird die große soziale Bombe nach dem Frieden sein. Da wird es sich zeigen, wieweit die FRELIMO in der Lage und Willens ist, weiterhin eine andere Politik zu machen.

**Michael:** Die linken Bewegungen, die Basisorganisationen, die Kooperativen-Bewegung, die Gruppen mit sozialen Anliegen sind nicht irrsinnig mächtig in Moçambique, aber wer soll diese Marionettenregierung darstellen, die direkte Gewalt von oben ausübt? So leicht ist die FRELIMO auch nicht umzudrehen.

Es gibt nur eine dünne Schicht von Menschen, die administrative Tätigkeiten ausführen können. Egal, wer die Regierung stellt, ist auf diesen Beamtenapparat angewiesen und diese Menschen haben eine Geschichte, die kannst du nicht so umdrehen.

**Veronika:** Wichtig wird sein, wer in der FRELIMO die Oberhand behalten wird. Das Sein bestimmt das Bewußtsein. Es gab eine sehr stark politisierte Bevölkerung unter bestimmten Gegebenheiten, unter bestimmten Voraussetzungen. Jetzt gibt es eine immer stärker werdende Polarisierung, mit immer größer werdenden Möglichkeiten für eine bestimmte Schicht, zu Geld zu kommen und immer weniger Möglichkeiten für die anderen, zu Geld zu kommen. Das ist eine völlig neue Situation für die Menschen. Es ist die Frage, wieweit es politisch mächtige Kräfte geben wird, die Gewerkschaften zulassen, Widerstand zulassen, oder wieweit Gewalt herrschen wird.

**Frage:** Von welcher Seite werden sie sich Unterstützung holen und auch kriegen? Wie werden sie international politisch dastehen, welche Mittel werden sie in der Hand haben?

**Michael:** Der Kolonialismus war ein anderer und die Auseinandersetzung um den Kolonialismus in Moçambique, in Angola und auch in Südafrika hat nicht zufällig gewalttätig stattgefunden - nicht wie in Westafrika mehr oder weniger stillschweigend. Die sozialen Verhältnisse sind anders. Es ist nicht nur eine Frage des Bewußtseins der Menschen und ihrer Bildung, sondern eine Frage des sozialen Status, der Industrialisierung des Landes und der sozialen Strukturen des Landes.

**Frage:** Ist bei der weiteren Entwicklung nicht auch die moçambiquanische Armee ein bestimmender Faktor?

**Michael:** Die Armee hat in Moçambique nie eine sehr große Rolle gespielt. Die Armee ist, verglichen mit der Größe des Landes, sehr klein. Sie war in FRELIMO-Zeiten sehr loyal, das muß sie jetzt nicht mehr sein. Das Land ist trotz Krieg nicht wirklich militarisiert. Es ist nicht so wie in manchen Ländern Lateinamerikas, wo die Armee überall sitzt und allen möglichen Einfluß hat. In Moçambique kommt die Armee im gesellschaftlichen Leben nicht vor.

Das war sogar ein Problem, weil die Armee-Angehörigen keinerlei Privilegien hatten. Sie saßen irgendwo auf dem Land und hatten zu kämpfen. Aus. Sie haben keinen Einfluß in der Partei.

**Frage:** Welche Verbündeten hat Moçambique?

**Michael:** Keine. Es gibt überschneidende Interessen, das muß die FRELIMO nutzen. Auch die sozialistischen Staaten waren nur eingeschränkt Verbündete.

**Veronika:** Die anderen Länder im südlichen Afrika sind alle in einer ähnlichen Situation.

**Michael:** Das Verhältnis der einzelnen Staaten im südlichen Afrika war unter der Oberfläche der Rhetorik immer pragmatisch. Bei dem politischen Zusammenschluß als Frontstaaten und als Wirtschaftsgemeinschaft waren alle von ihren Interessen geleitet. Es gibt Länder wie Zimbabwe, die ein Interesse an Moçambique haben, wegen der Transportrouten, aber politische Verbündete ...

**Frage:** Die MPLA in Angola ist zu sehr mit der Situation im eigenen Land beschäftigt? Ist sie keine Schwesterpartei der FRELIMO?

**Michael:** In gewisser Weise schon, aber es gab auch immer wieder Distanz, weil die MPLA wesentlich weniger offen war für Diskussionen, wesentlich weniger in der Bevölkerung verankert war.

**Veronika:** Die Parteien und Bewegungen im südlichen Afrika kritisieren sich gegenseitig sehr offen und ziehen die Unterstützung je nach Gutdünken auch wieder zurück. Die MPLA ist im Moment froh, wenn sie selber Unterstützung bekommt.

**Frage:** Ein vereintes Südafrika mit Angola, Moçambique, Zimbabwe, Namibia ... Ist das noch im Gespräch, oder ist das schon ad acta gelegt?

**Michael:** Sie sind sogar dabei, das auszubauen. Es gibt die Wirtschaftsgemeinschaft seit 1980, die SADECC (South African Development Coordination Conference). Sie basiert darauf, daß gemeinsame Projekte auf freiwilliger Basis gemacht werden. Es wird nichts gemeinschaftlich beschlossen, sondern wer ein Projekt machen will, sucht sich dafür in der Gemeinschaft Partner.

Jedes Land ist für einen bestimmten Bereich verantwortlich. Moçambique ist für Transport und Kommunikation zuständig, Zimbabwe für landwirtschaftliche Entwicklung, Zambia für Bergbau, Botswana für Fleischproduktion, für die Entwicklung der Viehzucht, Angola für den Energiesektor, ... Jeweils dort, wo sie ihre Stärken haben, Angola mit Öl, Moçambique durch die Transportwege usw. Jetzt, nachdem auch Namibia Mitglied ist und überlegt wird, mit einem veränderten Südafrika auch wieder ins Gespräch zu kommen - an sich war die SADECC ja eine Gegenorganisation zu Südafrika - wollen sie auch eine Wirtschaftsgemeinschaft mit Zollfreiheit usw. aufbauen.

Es geht um den gegenseitigen Vorteil. Im Rahmen dessen gibt es dann auch Bündnispartner. Das sind aber keine politischen Bündnispartner aus ideologischen Gründen. Die unterschiedlichsten Regierungen mit den unterschiedlichsten Konzepten finden zusammen, weil sie gemeinsame Interessen haben. Aber die Regierungen Botswanas oder Swazilands wer-

den nie mit einer sozialistischen Regierung irgendwelche Gemeinsamkeiten haben. Es gibt keine politischen Bündnisse für eine bestimmte Ideologie, für ein bestimmtes soziales Konzept.

**Frage:** Wie hat die Sowjetunion (SU) und die anderen sozialistischen Staaten Moçambique unterstützt? Welche Bedeutung hatte die Zerschlagung der realsozialistischen Länder für Moçambique?

**Michael:** Offiziell gab es eine klare Unterstützung. Die FRELIMO galt nicht als sozialistische Partei, sondern als - wie haben sie das immer nett genannt? - Partei mit demokratischem Staats-irgendwas. Sie hatten einen Terminus, mit dem sie ausdrücken wollten, daß es aufgrund fehlenden Proletariats keine Basis für eine Arbeiterpartei in Moçambique gibt und der Sozialismus deswegen zwangsläufig ein unterentwickelter sein muß, daß von Sozialismus nicht gesprochen werden kann, sondern von einer bestimmten Vorform. Sie galt aber als Bündnispartner. Es gab Militärhilfe von der SU, auch schon während des Befreiungskampfes. Es gab ökonomische Beziehungen zur DDR und etwas weniger zu Bulgarien. Im Rahmen des COMECON gab es immer wieder Austauschprogramme für Studenten und ähnliches.

Die einzig nennenswerte ökonomische Unterstützung gab es von der DDR. Moçambique hatte in den ersten fünf, sechs Jahren gehofft, vom Handel mit Südafrika wegzukommen und ihn umzuleiten in Außenhandel mit den COMECON-Staaten. Diese Option ist nicht aufgegangen. Der Außenhandel mit dem COMECON ist nie über 15% hinausgegangen. Vor allem, weil alle Waren, die sie anzubieten hatten, in der SU vorhanden waren. Es wäre darauf hinausgelaufen, daß die SU Moçambique unterstützt hätte, ohne gegenseitigen Gewinn. Dazu war die SU nicht bereit, dazu war Moçambique nicht interessant genug.

Das hat sogar zu einer Verzweiflungstat Moçambiques geführt: Sie haben 1981 einen Antrag auf Aufnahme in den COMECON gestellt und wurden abgelehnt. So etwas hat es sonst nie gegeben. Auch hier war die DDR die einzige Stimme für die Aufnahme. Danach hat Moçambique die Option geändert. Seither versuchen sie mit dem Westen Handel zu treiben. Sie haben sich nicht vom Osten abgewendet, aber sie hatten keine Hoffnungen mehr, daß da etwas vorangeht.

Entsprechend war der Zusammenbruch der SU für Moçambique nicht besonders schwerwiegend, der Zusammenbruch der DDR sehr wohl. Das Entwicklungsprogramm der DDR für Moçambique sah so aus, daß sie vorhatten, Fabriken und landwirtschaftliche Komplexe aufzubauen und die Menschen, die in Moçambique arbeiten sollten, vorher in der DDR zu schulen. Nun sind massenhaft Menschen in der DDR geschult worden, aber die Projekte in Moçambique haben dann nicht stattgefunden. Wegen unrealistischer Planung und aus Kriegsgründen. Das hatte zur Folge, daß sehr viele ausgebildete Menschen aus der DDR zurückkamen und arbeitslos in Moçambique herumsaßen. Es gab die entsprechenden Maschinen nicht oder die Arbeit war nicht vorhanden.

Nach 1989 gab es noch 18.000 MoçambiquanerInnen in der DDR, die alle sehr unelegant aus der dann-BRD hinausgeworfen wurden. Jetzt gibt es noch 500, für die das Bleiberecht durchgesetzt ist. Das brachte soziale Probleme mit sich. 18.000 sind keine große Zahl, aber wir können davon ausgehen, daß ungefähr zehn Menschen in Moçambique vom Einkommen eines/r Moçambiquaner/in in der DDR gelebt haben. Das sind 180.000 Menschen, die plötzlich ohne Einkommen, oder zumindest ohne Zusatzeinkommen waren. Alle kamen ausgebildet oder studiert zurück, die meisten saßen in Maputo, und hatten keine Arbeit, nichts.

Das war für uns und die deutschen Gruppen ein wichtiges Thema, weil es auch darum ging, Abfindungen, Bleiberecht und ähnliches durchzusetzen. Da hat sich die deutsche Regierung so schweinisch verhalten, wie es nur ging. Sie haben dem moçambiquanischen Staat in einem Vertrag Geld versprochen, damit die Menschen dort in einem Integrationsprogramm betreut werden können. Aber sie haben das Geld nicht der moçambiquanischen Regierung gegeben, sondern es gleich mit irgendwelchen Schulden verrechnet. Das Geld ist nie in Moçambique angekommen.

**Frage:** Gibt es etwas Bemerkenswertes zu Österreich und Moçambique?

**Michael:** Nein. Das Bundeskanzleramt ist jetzt tatsächlich auf der Suche nach Projekten in Moçambique. Sie wollen den Status als Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungshilfe auch vorzeigbar machen. Wir werden seit einem Jahr angeredet, ob wir nicht Moçambique-Lobbys mitgründen wollen, die Projekte und Strukturen aufbauen sollen. Es gibt immer mehr Menschen, die Moçambique jetzt für sich entdecken, obwohl es schon seit sehr langer Zeit Schwerpunktland ist. Jetzt wollen sie es offensichtlich wahr machen. Es herrscht aber ziemliche Desorientierung, weil sie sich nicht auskennen. Es läuft immer nach dem Schema: Wir brauchen jetzt dringend ein Projekt mit mindestens soundsoviel Millionen. Was es sein soll oder wie es der Situation des Landes angepaßt ist, wissen wir nicht. Ab.

Wir haben ein zwiespältiges Verhältnis zu der Sache. Einerseits sind wir froh, wenn in Österreich mehr zu Moçambique passiert. Es ist gut, wenn Geld ins Land kommt. Andererseits ist dieses Projektunwesen so scheußlich, daß wir eher ein gebrochenes Verhältnis dazu haben. Wir wissen nicht recht, ob wir das unterstützen sollen.

**Frage:** Österreichische Soldaten nach Moçambique ist kein Thema mehr?

**Michael:** Nein. Wir hätten es damals unterstützt, weil wir die UNO damals sehr wohl als Friedensstifterin gesehen haben. Mittlerweile bin ich froh, daß es uruguayanische und zambische Soldaten sind, weil die offensichtlich besser mit der Situation umgehen können. Wir haben einige uruguayanische UNO-Soldaten kennengelernt und sie schätzen die Situation dort gut ein, sehen ihre Mission realistisch und kommen ganz gut damit zurecht. Nachdem was ich von österreichischen UNO-Soldaten am Golan gehört habe, müssen das dermaßen ignorante Menschen sein, daß wir froh sein können, daß die nicht in Moçambique sitzen und sich dort aufregen.

**Frage:** Wir danken für das Gespräch!


Flüchtlingslager in Chiwezo, Provinz Sofala

*KAZ - Kommunistische Arbeiterzeitung, Nr. 245 19. August 1993; Quellen: Walter Michler. Somalia - Ein Volk stirbt, Bonn Dietz 1993 (Michler fordert in diesem Buch offen einen neuen Kolonialismus, bringt aber viele nützliche Fakten); Volker Matthies. Äthiopien, Eritrea, Somalia, Djibouti - Das Horn von Afrika, München Beck'sche Reihe 1992; Fischer. Weltalmanach, 1992; Statistisches Bundesamt. Länderbericht Somalia, 1986; United Nations Industrial Development Organization. Somalia - Industrial revitalization through privatization, 13.10.1988; New African, 1990-93; Süddeutsche Zeitung; Frankfurter Rundschau; Spiegel.*

# Jagd auf Aidid - warum?

(...) Die US-Regierung hat die Ausschaltung von Mohamed Farah Aidid aus dem politischen Leben Somalias zum Hauptziel erklärt und läßt dafür hemmungslos schießen und Wohnviertel bombardieren. Es sei "Teil unserer Gesamtkampagne, Aidid aus dem Spiel zu entfernen", heißt es in Washington, oder auch: "Wir sehen nicht, daß er (Aidid) in Zukunft an der somalischen Politik beteiligt sein wird." In Bonn fordern so berufene Leute wie Volker Rühe dazu auf, Aidid "entschieden zu bekämpfen".

Die 1700 (BRD-) Bundeswehrler in Belet Huen sollen dazu ihr Teil beitragen: Die indischen Truppen, die von ihnen versorgt und logistisch unterstützt werden, soll(t)en von Mitte August an "den Vorstoß der Friedensstreitmacht nach Norden einleiten" (SZ, 24./25.7.93). "Geplant ist u.a. ein Vorstoß nach Dusa Mareb, dem Kernland Farah Aidids." (taz, 21.7.93)

## Aidid - skrupelloses Ungeheuer?

Aidid wurde zum Hauptbösewicht erklärt, weil er den Abzug der ausländischen Truppen aus Somalia fordert und seine Landsleute zum Kampf aufruft, eine neuerliche Kolonisierung des Landes zu verhindern. Seine Gegner versuchen den Eindruck zu erwecken, daß alles nur vorgeschobene politische Phrasen seien, während er in Wirklichkeit nur seinen friedlicheren Rivalen Ali Mahdi Mohamed nicht an die Macht lassen und selbst ungestört weiter als Kriegsherr morden und plündern wolle. Damit erscheint dann der Kreuzzug gegen Aidid selbst als eine humanitäre Aktion zur Befreiung der Somalis von einem blutrünstigen Unhold.

Welche Rolle spielt aber Aidid wirklich? Die Zeitungen verraten so viel: Beim Sturz des somalischen Diktators Barre spielte Aidid eine entscheidende Rolle als Führer der größten Organisation der Anti-Barre-Bewegung, des Vereinigten Somalischen Kongresses USC. Nach der Flucht Barres aus Mogadischu am 27. Januar 1991 erklärte sich jedoch ein anderer USC-Führer, Ali Mahdi, zum neuen Staatschef. Aidid zog wieder in den Krieg, diesmal gegen Ali Mahdi.

Ein Kampf um das Erbe des Diktators also zwischen zwei skrupellosen Rivalen, die sich nicht scheuen, für ihre persönlichen Interessen das ganze Land ins Elend zu stürzen?

Aber da findet sich noch etwas: "Man kann seit der Gründung des USC von der Existenz zweier Flügel sprechen, deren Exponenten Ali Mahdi und Aidid sind. Aidid repräsentiert den 'ländlichen' Flügel und Mahdi den 'hauptstädtischen' Flügel sowie einen bedeutenden Teil der somalischen Exilanten", schreibt Walter Michler in seinem Buch "Somalia - Ein Volk stirbt". Und: "Die meisten Guerilleros Aidids stammen aus den ländlichen Regionen Somalias. Bevor sie das Kriegshandwerk aufnahmen, waren sie Nomaden, stolze und unabhängige Viehbesitzer ..." Über Ali Mahdi heißt es, er sei "einer der reichsten Geschäftsleute Mogadischus".

Eine solche Charakterisierung würde bedeuten, daß die Widersprüche zwischen Aidid und Ali Mahdi nicht auf persönlichen Rivalitäten beruhen, sondern daß es vielmehr um den Einfluß verschiedener Teile der somalischen Bevölkerung - der Viehzüchter, die den Hauptanteil der Landbevölkerung ausmachen, auf der einen Seite und der städtischen Bourgeoisie auf der anderen Seite - geht. Die unterschiedliche Haltung Aidids und Ali Mahdis zu der UN-Intervention müßte sich dann aus deren unterschiedlichen Interessen erklären lassen. Und mit der Ausschaltung Aidids wäre die Ausschaltung der Bevölkerungsmehrheit aus dem politischen Leben des künftigen Somalia gemeint.

**Viehzüchter und Bourgeoisie im Kampf gegen Barre**

Zunächst muß festgehalten werden: Gegen Barre waren Aidid und Ali Mahdi Verbündete, sogar Mitglieder derselben Organisation, die wiederum im Bündnis mit anderen Anti-Barre-Organisationen stand. Waren also auch die somalischen Viehzüchter und die somalische Bourgeoisie Verbündete gegen Barre? Das waren sie - auf sehr spezielle Weise.

## Barre war nicht immer ein Feind des Volkes

Um die Entwicklung zu verfolgen, müssen wir in eine Zeit zurückgehen, als Barre noch breite Unterstützung genoß. Nach seiner Machtübernahme im Jahre 1969 war sein Ziel zunächst der Aufbau eines einheitlichen, starken somalischen Nationalstaates. Unter seiner Regierung wurden wichtige Maßnahmen ergriffen, um eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Weiterentwicklung einzuleiten, die unter der Kolonialherrschaft (bis 1960) nicht hatte stattfinden können. Ackerbau und Viehzucht wurden gezielt gefördert, und es wurden in den verschiedenen Regionen - in bescheidenem Umfang, aber die verfügbaren Mittel waren eben sehr bescheiden - kleinere und mittlere Industriebetriebe gegründet, vor allem zur Verarbeitung der landwirtschaftlichen Produkte und zur Produktion von Gebrauchsgegenständen und Konsumgütern für sie Bevölkerung. Die Bauern (ca. 20% der Bevölkerung) und Viehzüchter (50-60%) hatten damit einen Anreiz zur Produktion von Überschüssen, die sie verkaufen und dafür die Produkte der lokalen Industrie einkaufen konnten. Eine Entfaltung der Marktwirtschaft, des Kapitalismus also, aber ein Fortschritt für ein Land, dessen Wirtschaft noch weitgehend auf der Subsistenz (Selbstversorgung) beruhte.

Um die notwendigen Fachkräfte heranziehen zu können, führte die Barre-Regierung eine wahrhaft revolutionäre Neuerung ein: Schulen. 1972 wurde für die somalische Sprache, die bis dahin nur eine gesprochene Sprache war, eine Schrift (die lateinische) eingeführt. Damit war eine wesentliche Voraussetzung für die Alphabetisierung der Bevölkerung geschaffen. Mehr als tausend Schulen wurden gebaut, 1975 die Schulpflicht eingeführt (allerdings gingen nie mehr als 30% der schulpflichtigen Kinder tatsächlich zur Schule), eine Alphabetisierungskampagne für die Erwachsenen fand statt. Jugendlichen, die die Sekundärschule absolviert hatten, wurde ein Arbeitsplatz im öffentlichen Sektor garantiert. Zum erstenmal wurden auch Anstrengungen unternommen, der Landbevölkerung Zugang zumindest zu einer minimalen medizinischen Versorgung zu ermöglichen. Die Lebenserwartung, die 1960, am Ende der Kolonialzeit, 35 Jahre betragen hatte, stieg auf 43 Jahre für Männer und 45 Jahre für Frauen.

Ein solches Programm erforderte die Konzentration und den planvollen Einsatz der wenigen Ressourcen des Landes. Es war daher nur logisch, daß die Barre-Regierung die Banken und die wenigen größeren Industriebetriebe verstaatlichte und den Außenhandel unter staatliche Kontrolle stellte. Das hatte mit Sozialismus noch gar nichts zu tun (auch wenn Barre es so nannte), für die Kommunistenjäger in den westlichen Hauptstädten reichte es aber aus, Somalia als Feind zu behandeln, zumal die Barre-Regierung in diesen Jahren gute Beziehungen zur Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern pflegte.

## "Nation building" - im Zeichen des Krieges

Wie wenig Barre Sozialist - oder auch nur bewußter Anti-Imperialist - war, zeigte sich am deutlichsten in der Art und Weise, wie er sein zweites großes Ziel verfolgte, die Einigung der Nation und die Vereinigung aller somalischen Gebiete in einem gemeinsamen Staat. Das größte von Somalia beanspruchte Gebiet war der Ogaden, ein riesiges, traditionell von somalischen Viehzüchtern genutztes und besiedeltes Weidegebiet, das von den britischen Kolonialisten an Äthiopien verschenkt worden war. Um den Ogaden zurückzuerobern, verwendete Barre einen großen Teil der Ressourcen des Landes für den Aufbau einer sehr großen Armee. Systematisch bereitete er einen Krieg gegen

Äthiopien vor und war davon auch nicht abzubringen, als der pro-amerikanische äthiopische Kaiser Haile Selassie 1974 gestürzt wurde und eine Regierung nationalistischer Militärs, seiner eigenen ähnlich, an die Macht kam. Ein anti-imperialistisches Bündnis zwischen beiden Staaten und eine friedliche Einigung über die Ogaden-Frage, wie sie der kubanische Staatschef Fidel Castro zu vermitteln versuchte, lehnte Barre ab. So konnte das "Teile und Herrsche", mit dem die Kolonialisten seit jeher die Völker Afrikas gegeneinander ausgespielt hatten, weiter seine zerstörerische Kraft entfalten. Und da Barres Politik des "nation building", der Vereinigung der zersplitterten Nomaden-Clans zu einer einigen Nation, vor allem im Zeichen seiner Kriegspolitik stand, verkehrte sich auch der Fortschritt, der mit dieser Politik hätte verbunden sein können, sehr schnell in sein Gegenteil.

**Der Ogaden-Krieg und seine Folgen**

Waffen für seine Armee hatte Barre hauptsächlich von der Sowjetunion bezogen. Im Ogaden-Krieg 1977 stellte sich diese jedoch auf die Seite Äthiopiens. Barre suchte sofort Unterstützung gegen das afrikanische Nachbarland bei dessen imperialistischen Feinden, und diese ließen sich diese Gelegenheit, Somalia wieder in ihren Einflußbereich einzugliedern, nicht entgehen. Trotzdem endete der Krieg mit einem Desaster. Die somalische Armee wurde vernichtend geschlagen.

Trotz seiner Niederlage klammerte Barre sich mit Zähnen und Klauen an die Macht. Vergessen waren wirtschaftlicher Aufbau und nationale Einheit: jetzt ging es nur noch darum, Gegner auszuschalten und alle Schaltstellen in Wirtschaft und Politik mit loyalen Anhängern und Angehörigen seines eigenen Clans zu besetzen. Mit Hilfe der neuen, westlichen Verbündeten rüstete er die Armee neu auf und baute den Repressionsapparat von Polizei und Geheimdienst massiv aus (Die Ausbildung seiner Präsidentengarde, einer berüchtigten Spezialtruppe zur Liquidierung politischer Gegner, übernahm die GSG9).

Die Imperialisten nutzten ihre Chance gnadenlos. Innerhalb weniger Jahre erreichte die Auslandsverschuldung Somalias astronomische Höhen: 1988 betrug sie mit 1,7 Mrd. US-Dollar fast das Doppelte des Bruttosozialprodukts und das 18fache der Exporterlöse des Jahres. Allein der Schuldendienst verschlang 1988 nicht weniger als 60% der Exporterlöse.

Dabei war Somalia in besonderem Maße den Bedingungen des imperialistischen Weltmarktes ausgesetzt, exportierte es doch praktisch ausschließlich landwirtschaftliche Rohprodukte, deren Weltmarktpreise ständig sanken, während Industrieprodukte und Erdöl immer teurer importiert werden mußten. So betrugen 1982 die Exporterlöse 137 Millionen Dollar, 1988 aber nur noch 58 Millionen Dollar.

Diese Zahlen sagen alles über die Lage der somalischen Viehzüchter in diesen Jahren. Denn Lebendvieh - Ziegen, Schafe, Rinder und Kamele - machten 3/4 der Exporte aus. Durch galoppierende Inflation und starke Steuererhöhungen wurden die Realeinkommen weiter gesenkt, während für die Sicherung der Lebensbedingungen der meist als Nomaden und Halbnomaden lebenden Viehzüchter immer weniger Mittel zur Verfügung standen. So wurde weder für eine ausreichende Wasserversorgung in den Weidegebieten gesorgt noch die früheren Programme gegen das Vordringen der Wüste fortgeführt. Der Anteil der Ausgaben für das Gesundheitswesen am Staatshaushalt sank von 6% im Jahre 1970 auf 2,3% im Jahre 1985.

Wie die Landwirtschaft, so wurde auch die Weiterentwicklung der Industrie völlig vernachlässigt. Für den Import von Maschinen, Ersatzteilen, Treibstoff und Rohmaterialien fehlten die Devisen (die fraß der Schuldendienst auf). Insbesondere Betriebe, die nicht in der Hauptstadt oder ihrer unmittelbaren Umgebung lagen und von einem Barre-Vertrauten geleitet wurden, hatten kaum eine Chance: 1986 wurden nicht weniger als 74,4% der Kredite für Industrieprojekte (90% aus "Hilfs"geldern) an Bewerber aus Mogadischu und Umgebung vergeben.

Trotz der hohen Verschuldung wurden unnötigerweise Lebensmittel importiert. "Obwohl das Land durchaus alle benötigten Nahrungsmittel selbst produzieren könnte", stellt ein Bericht der UNO aus dem Jahre 1988 fest, "ist Somalia seit 1975 zunehmend abhängig von Nahrungsmittelimporten geworden. Nahrungsmittelhilfe überschwemmte den Markt mit Reis und Weizen unter den Marktpreisen, so daß für die Bauern kein Anreiz mehr bestand, die traditionellen Nahrungsgetreide Mais und Sorghum anzubauen." Die durchschnittliche jährliche Zunahme der Nahrungsmittelimporte (vor allem aus der EG) gibt der UNO-Bericht mit 8,3 % an - auch in guten Erntejahren!

Die Bauern wurden dabei ruiniert, die eigene Ernährungsbasis des Landes immer weiter eingeschränkt, Mittel, die für die Entwicklung der Industrie notwendig gewesen wären, verschleudert, das Land in totale Abhängigkeit gebracht. Barre aber konnte seine Armee auf Pump füttern, konnte die verelendeten Massen in den Slums und Flüchtlingslagern ruhig halten. Und einer kleinen Oberschicht boten sich schier unerschöpfliche Möglichkeiten, sich durch Geschäfte mit "Hilfs"gütern und -geldern zu bereichern.

**Der Wirt präsentiert die Rechnung**

Wenn Barre glaubte, daß das unbegrenzt so weiter gehen würde, hatte er allerdings die Rechnung ohne den Wirt - das heißt ohne seine ausländischen Geldgeber - gemacht. Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank begannen bald, ihre Forderungen zu stellen. Ihr Programm war dasselbe wie überall: Förderung von Privatunternehmen und Privatisierung der Staatsbetriebe, Ausbau der Exportwirtschaft (Bananen, Baumwolle) auf Kosten der Nahrungsmittelerzeugung, Einschränkung der Staatsausgaben, Steuererhöhungen und vor allem: Öffnung für ausländisches Kapital. Geologische Untersuchungen zur Feststellung von Bodenschätzen waren schon seit Jahren im Gange und hatten erstaunliche Ergebnisse erbracht. "Eins wurde zweifelsfrei festgestellt: Somalia ist reich an Bodenschätzen, die nur ausgebeutet werden müssen." (UN-Bericht 1988) Fragte sich nur, von wem und unter welchen Bedingungen.

Bei einem Land, dessen Staatshaushalt zur Hälfte, die Kosten des staatlichen Investitionsprogramms zu 90% durch ausländisches Geld bestritten wurden, brauchten die Geldgeber wohl kaum mit viel Widerstand gegen ihre diesbezüglichen Vorstel-



lungen zu rechnen. Als Barre es im September 1987 dennoch wagte, sich einer Maßnahme zu widersetzen, wurde ihm kurzerhand der Geldhahn zugedreht: einen "Rückgang des Zuflusses an Hilfsgeldern um mindestens 20%" registrierte der schon zitierte UNO-Bericht infolge von "Spannungen in den Beziehungen der somalischen Regierung zu IWF und Weltbank". Infolgedessen sei "der Staatshaushalt 1988 ein strikter Sparhaushalt". Ein strikter Sparhaushalt - nicht für Polizei, Geheimdienst und Armee.

## Der "Bürgermeister von Mogadischu"

Während in Mogadischu eine kleine Oberschicht immer reicher wurde, wuchs die Unzufriedenheit in allen anderen Teilen der Bevölkerung, insbesondere in den fern der Hauptstadt gelegenen Regionen. In der Nordregion war es schon seit Anfang der 80er Jahre zu Kämpfen gekommen, die im Jahr des "strikten Sparhaushalts" 1988 zu einem regelrechten Krieg eskalierten. Bare ließ Städte und Dörfer dem Erdboden gleichmachen. 50 000 Menschen starben in den Trümmern, 700 000 wurden obdachlos.

Doch die Somalische Nationalbewegung SNM, die den Kampf gegen Barre anführte, gab nicht auf. Eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse war umso dringender, als gerade im Norden zahlreiche Bodenschätze - darunter Gold - gefunden worden waren und man reiche Erdölfunde erwartete (zu Recht). Blieb alles beim Alten, würden bald ausländische Firmen diese Reichtümer ausbeuten, ohne daß die Einheimischen von den Erträgen irgend etwas sehen oder ein Wörtchen mitzureden haben würden. Bestimmen und absahnen würde wieder nur die Barre-Clique in Mogadischu.

In Süd- und Mittelsomalia nahmen die Somalische Patriotische Bewegung (SPM) bzw. der Vereinigte Somalische Kongreß (USC) mit dem aus der Gegend von Belet Huen stammenden früheren Armeegeneral und Diplomaten Aidid an der Spitze (sowie kleinere Organisationen) 1989 den Kampf auf. Bald war Barre nur noch "Bürgermeister von Mogadischu".

**Die Herrschenden versuchen sich durch eine Konferenz zu retten**

Im Mai 1990, als schon klar ist, daß Barre keine Chance mehr hat, den Aufstand im ganzen Land niederzuschlagen, veröffentlichen in Mogadischu die "100 einflußreichsten Männer des Landes" - unter ihnen der Hotelbesitzer und Import-Export-Geschäftsmann Ali Mahdi - ein Manifest. Darin verurteilen sie die Politik Barres, aber auch den bewaffneten Kampf gegen ihn (indem sie diesen als Ursache für den Ruin des Landes beklagen), und fordern (von Barre!) die Einberufung einer "Nationalen Konferenz der Versöhnung und Rettung", die über eine neue Verfassung und die Durchführung von Wahlen beraten soll. Es ist das Programm derer, die durch kleine Zugeständnisse das System - und ihre eigene Position darin - retten wollen. Barre allerdings ist nicht schlau genug, darauf einzugehen. Er befiehlt, die Unterzeichner des Manifests zu verhaften, und treibt sie damit vollends in die Reihen seiner Gegner. Aber natürlich wollen die "Einflußreichsten" auch nach Barres Sturz die Einflußreichsten bleiben. Ihre Chance liegt darin, daß sie in der Hauptstadt sind, während die Truppen der Bewegungen noch draußen auf dem flachen Land operieren.

Zwei Monate nach dem Manifest übernimmt Ali Mahdi den Vorsitz der USC-Organisation in Mogadischu.

## Ali Mahdis Stunde der Bewährung

Als Ende 1990/Anfang 1991 die Hauptstadt eingenommen wird, sind daran Truppen Aidids und Ali Mahdis beteiligt. Am 27. Januar 1991 flieht Barre.

Zwischen den Anti-Barre-Bewegungen war schon früher vereinbart worden, daß die neue Regierung auf einer Nationalkonferenz einvernehmlich von allen bestimmt werden sollte. Doch schon einen Tag nach Barres Abgang läßt sich Ali Mahdi vom Mogadischu-Flügel des USC zum neuen Präsidenten ausrufen. Er übernimmt einen großen Teil der Barre-Minister und erklärt, er verstehe sich nur als Interimspräsident und werde so bald wie möglich die vereinbarte Nationalkonferenz einberufen und Wahlen organisieren.

Die darauffolgenden Kämpfe enden mit der Ausrufung einer unabhängigen Republik Somaliland durch die SNM im Norden (die von niemandem, auch nicht von der Deutschen Bundesregierung anerkannt wird: weil sie "einseitig ausgerufen" sei!) und der Einberufung einer Konferenz aller Organisationen in Djibouti im Sommer 1991. Auf dieser Konferenz wird Ali Mahdi auf zwei Jahre als Interimspräsident bestätigt. Er wird aber verpflichtet, eine neue Regierung zu bilden, an der alle Kräfte beteiligt sein sollen. Doch wieder fehlt einer, als Ali Mahdi seine neue Regierung vorstellt: Aidid.

## Die wahren Gegner der UNO-Truppen - Bauern und Viehzüchter

Aidid und seine Kämpfer sind entschlossen, ein neues Barre-Regime ohne Barre zu verhindern. Doch trotz erbitterter Kämpfe können sie die von Ali Mahdi beherrschten Stadtteile Mogadischus nicht einnehmen. Im Sommer 1992 verläßt Aidid Mogadischu. In der Stadt Bardera will er "eine neue 'Allianz des Landes' gegen die feinen Herren und europäisch geprägten Geschäftemacher in der Hauptstadt schmieden" (Michler). Die Somali National Alliance SNA wird gegründet. Für oder gegen die Allianz - an dieser Frage werden sich bald im ganzen Land die Geister scheiden.

Der Verstärkung der Truppen in der Hauptstadt durch neue SNA-Kräfte stellten sich jedoch die jetzt eintreffenden UNO-Truppen in den Weg. Diese spielen also von Anfang an keineswegs eine neutrale Rolle, sondern ergreifen Partei im somalischen Klassenkampf: für Ali Mahdi, gegen Aidid. Oder: zugunsten der städtischen Bourgeoisie, die weiter ihre Geschäfte mit IWF und Weltbank machen will, zuungunsten der Landbevölkerung, der Viehzüchter und Bauern.

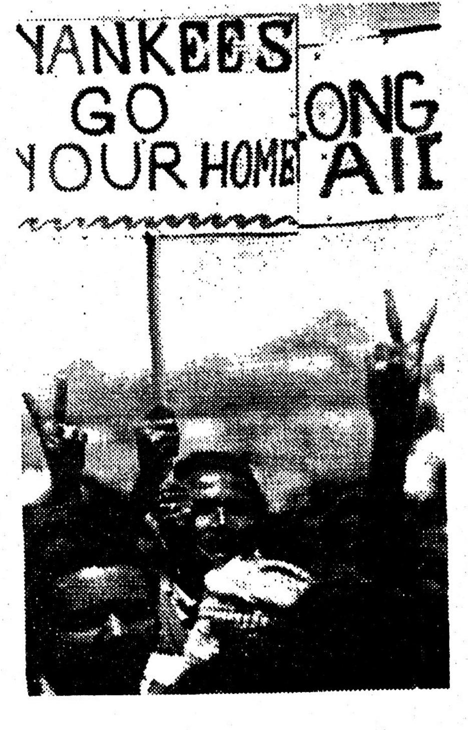
Daß dies ihr Ziel ist und nicht die Herstellung von Frieden, zeigte sich offen, als US-Regierung und UNO Verhandlungen mit Aidid ablehnten und sich selbst zur Kriegspartei auf Seiten Ali Mahdis machten.

## Bundeswehr: Humanitärer Schutz des Urangürtels vor seinen Besitzern

Die Bundeswehr ist ein Teil der Eingreiftruppe des internationalen Kapitals gegen das somalische Volk. Ihre Mission ist eine durch und durch gegen die Menschen in Somalia gerichtete - auch wenn die Soldaten noch so viel Brot und Wasser verteilen. Sie hilft mit, den internationalen Konzernen mittels der einheimischen Oberschicht den Zugriff auf das Land zu sichern und die Bevölkerungsmehrheit von der Beteiligung an der Macht auszuschließen.

Kommen wir zurück auf die eingangs zitierte taz-Meldung, nach der die indischen Truppen, denen die Bundeswehr logistische Unterstützung geben soll, vorstoßen sollen "nach Dusa Mareb, dem Kernland Farah Aidids". Der Name der Stadt Dusa Mareb findet sich wieder in dem Bericht der United Nations Industrial Development Organisation (UN-Organisation für industrielle Entwicklung) über Somalia vom 13.10.1988. Dort heißt es im Abschnitt über die explorierten Bodenschätze: "Uranerz (Carnotit) ist das wichtigste bislang in den Sedimentfelsen Zentralsomalias (Provinz Mudung) entdeckte Mineral. Die radioaktiven Gebiete ... umfassen eine Fläche von 170 Quadratkilometern in einem Gürtel, der 240 km von El Bur entfernt beginnt und über Dusa Mareb bis nach Galinor reicht."

**Renate Hennecke**



*Antifa-Info Nr. 24, Okt./Nov. 1993*

# Machtkampf per Krieg auf kleiner Flamme

Südafrika, Ostersamstag (10.4.1993). Schüsse hallen durch die Straßen des Vororts von Boksburg. Am Boden liegt der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Südafrikas, niedergestreckt von mehreren Schüssen. Zehn Kilometer vom Tatort entfernt wird ein Mitglied der **Afrikaner Widerstandsbewegung** festgenommen. Der Fall scheint klar: Die Ermordung von Chris Hani ist ein Ausdruck der Radikalisierung der traditionellen ApartheidsbefürworterInnen und ein Zeichen für das Erstarken der neofaschistischen Bewegung. Doch die Situation in Südafrika ist komplexer.

Das weiße extrem-reaktionäre Spektrum läuft Sturm gegen den Versuch der südafrikanischen Regierung, ihre Herrschaftsform den Erfordernissen des südafrikanischen Kapitalismus anzupassen. Die Vorstellung einer schwarzen Regierung oder zumindest einer Regierung mit ANC-Beteiligung treibt das Lager der traditionellen Apartheidsbefürworter in eine enge Liaison mit der militanten, neofaschistischen Bewegung. Bei einer Zuspitzung der Spannungen, die sie heftig vorantreiben, können die extremen Rassisten mit einer potentiellen Massenbasis von mehreren Hunderttausend rechnen - eine Tatsache, die keine auf Veränderung hinarbeitende Kraft in Südafrika aus dem Auge lassen kann. Mit dem Mord an Chris Hani wird zudem deutlich, wie massiv ein internationales reaktionär-faschistisches Netz an dieser Entwicklung mitstrickt.

Der Fahrer des roten Ford Laser wurde 10 km vom Tatort entfernt von einem einzelnen Polizisten angehalten. Eine Nachbarin Hanis hatte zuvor der Polizei eine Beschreibung des Wagens gegeben, der nach den Schüssen den Tatort verlassen hatte. Der Attentäter, der aus Polen stammende Janusz Walus, ist seit 1986 Mitglied der neofaschistischen Afrikanischen Widerstandsbewegung (AWB). Nichtsdestotrotz vertrat die Polizei in bewährter Manier die Einzeltäterthese. In ihrer ersten Erklärung sprach sie von einem "einzelnen Gangster, der ohne politische Motivation handelte". Diese Darstellung wurde von südafrikanischen Tageszeitungen unterstützt, die Bekannte des mutmaßlichen Mörders zu Wort kommen ließen: Walus, ein sympathischer, aggressionsfreier und unpolitischer, wenn auch vehement antikommunistischer Einzelgänger.

Die Tatumstände deuten jedoch auf das Gegenteil hin. Chris Hani wurde normalerweise von seinem Bodyguard begleitet. Daß er das Haus ohne Schutz verlassen würde, um Zeitungen zu kaufen, war nicht vorhersehbar. Auch ein Fund in dem roten Ford weist auf eine wochen-, wenn nicht monatelange Beobachtung Hanis durch die Attentäter hin. (Schwer vorstellbar ist uns allerdings auch, wie eine so langfristige Observation durch einen kleinen Kreis bzw. eine Zelle aufrechterhalten werden soll.) Die Polizei stieß auf ein Stück Papier mit dem Kennzeichen eines BMWs, das einem Johannesburger Geschäftsmann gehört. Dieses Auto wurde von diesem und Hani ab und zu gemeinsam genutzt. Hani hatte jedoch zuletzt einen Monat vor seinem Tod Gebrauch von diesem Wagen gemacht. Der Geschäftsmann sagte aus, Hani sei vielleicht 20 Mal im Jahr aus Sicherheitsgründen in dem Auto mitgefahren.

In dem roten Ford wurden zwei Pistolen gefunden, darunter eine Luger Z88, die aus einem 1990 begangenen Waffenraub bei der südafrikanischen Luftwaffe stammte. Deswegen verurteilt wurde Piet Rudolph, ehemals rechte Hand des AWB-Führer TerreBlanche, der jedoch schon bald wieder amnestiert wurde. Mittlerweile ist aufgrund der ballistischen und gerichtsmedizinischen Untersuchungen wohl klar, daß mit dieser Waffe geschossen worden ist.

In Walus Haus wurde eine Liste mutmaßlicher Attentatsopfer entdeckt. Hani steht dort an dritter Stelle. Auf der Liste befinden sich zwei Journalisten afrikaanssprachiger Zeitungen; für einen Einzeltäter à la Walus, der nicht afrikaans lesen kann, eine erstaunliche Auswahl. In der südafrikanischen Wochenzeitung Weekly Mail wird zudem ein Nachbar zitiert, der sah, daß Walus zwei Stunden vor der Tat von drei Männern besucht wurde.

## Weitere Verhaftungen

Noch spät am selben Tag findet eine weitere Festnahme im Fall Hani statt. Clive Derby-Lewis, ein führendes Mitglied der Konservativen Partei und Ex-Mitglied des Präsidentschaftsrates wird verhaftet, einen Tag später seine Ehefrau Gaye Derby-Lewis und vier weitere Männer. Clive Derby-Lewis wird von der Polizei vorgeworfen, Walus die Waffe und den Auftrag, Hani zu erschießen, gegeben zu haben. Zuvor hatte Derby-Lewis die Pistole bei einem Waffenschmied zur Anpassung eines Schalldämpfers und der Anfertigung spezieller Patronen abgegeben. Auf Gaye Derby-Lewis soll die bei Walus gefundene Todesliste zurückgehen.

Mit der Verhaftung des Ehepaares Derby-Lewis tun sich im Fall Hani andere Dimensionen auf. Walus war offensichtlich Mitglied einer konspirativen Zelle, in der er u.a. mit Gaye und Clive Derby-Lewis (den die Polizei als Kopf vermutet) agierte. Dieses Organisationsmodell, sich zwecks Anschlägen, Sabotageakten u.ä. in geheimen Zirkeln zusammenzutun, wird von den südafrikanischen Ultra-Rechten zur Zeit massiv betrieben. Ob Arthur Kemp auch in diesem Sektor aktiv ist oder nur die rechte Gewalt predigt, wissen wir nicht. Arthur Kemp, ein Deutsch-Südafrikaner, ist ein wichtiges Bindeglied zwischen der südafrikanischen und der internationalen, speziell auch der bundesdeutschen rechtsradikalen Szene. Er ist einer der vier Männer, die gleichzeitig mit Gaye Derby-Lewis verhaftet wurden. Die Polizei wirft ihm vor, Informationen über die führenden ANC-Politiker und ihre Wohnsituation an Gaye Derby-Lewis gegeben zu haben. Einer der anderen hatte Derby-Lewis die Waffe besorgt. Die vier Männer wurden jedoch bald wieder freigelassen.

Nachdem die Polizei im Zuge der weiteren Verhaftungen die These von der Einzeltäterschaft fallengelassen hatte, stellte sich die Frage, wie das dilettantische Vorgehen Walus' bei der Ermordung Hanis zu erklären sei. Er hatte keine Vorkehrungen getroffen, Auto und Kleidung zu wechseln. Die Polizei vertritt die These, Walus sei eigentlich nur auf Erkundungstrip gewesen. Eine Augenzeugin des Mordes hatte ihn schon früher in seinem Auto gesehen. Als Hani dann plötzlich allein vor ihm stand, habe er die Gelegenheit beim Schopf gepackt und damit dem breiter angelegten Plan der Verschwörung zuwider gehandelt.

Eventuell wird im Prozeß dazu mehr zur Sprache kommen. Mitte Mai nahm die Polizei die Aussage eines/r Augenzeugen oder -zeugin auf, die ANC-Funktionäre ausgemacht hatten. In dieser Aussage ist von einem weißen Fahrzeug die Rede, das Hani nach dem Zeitungskauf gefolgt sein soll. Dabei fällt auf, daß auch die untersuchenden Polizisten anfangs sagten, es könne mehr als ein Fahrzeug beteiligt gewesen sein, später jedoch nur noch von einem Attentäter vor Ort sprachen.

Der Prozeß war ursprünglich für Juni dieses Jahres angesetzt, wurde dann aber auf Antrag der Verteidigung (wegen fehlender Vorbereitungszeit) auf den 4. Oktober verschoben. BelastungszeugInnen haben bereits die ersten Todesdrohungen bekommen.

Spannungen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu schüren, Oppositionelle zu liquidieren, dies gehörte im letzten Jahrzehnt zum Standard-Programm des Sicherheitsapparats im Apartheidstaat. Einiges ist mittlerweile durch Beteiligte der Todesschwadrone publik geworden, die befürchten, bei einer Einigung der Regierungspartei mit dem ANC fallengelassen zu werden. Doch in Südafrika werden bei den Massakern und Ermordungen von Kadern aus dem Widerstand auch jetzt noch immer wieder Stimmen laut, die von einer Beteiligung des Sicherheitsapparats sprechen.

## Krieg auf kleiner Flamme

Ein Blick zurück in die letzten 10 Jahre des Apartheidsregimes mutet wie ein Bilderbuch der Low Intensity Conflict Strategie (LIC) an. Diese Strategie wurde von den westlichen Mächten als Ersatz für die konventionelle Kriegsführung gegen noch kämpfende oder an die Macht gekommene Befreiungsbewegungen eingesetzt, um diese zu destabilisieren und zu stürzen. Der Vorteil für die westlichen Strategen: Es ist ein "unsichtbarer", unausgesprochener Krieg. Im eigenen Land entsteht keine Anti-Kriegsbewegung wegen entladener Zinksärge (wie im Vietnam-Krieg). Gelder und Waffen werden über nicht-staatliche Organisationen wie die WACL (Antikommunistische Weltliga) und die Heritage

Foundation geschleust. Die LIC-Strategie umfaßt sowohl die Tötung von Menschen und das Schüren interner Konflikte als auch einen propagandistischen und psychologischen Feldzug, der durchaus mit der Durchführung humanitärer und wirtschaftlicher Programme gekoppelt sein kann.

Moçambique wurde in den 80ern mit dieser Strategie ruiniert; dort päppelten Südafrika und der Westen die RENAMO auf, um das Land mit einem jahrelangen Terror zu überziehen. In Angola unterstützt die südafrikanische Armee auch heute noch, nach dem Wahlsieg der Regierungspartei, die UNITA in ihrem blutigen Stellvertreter-Krieg.

Doch auch in Südafrika gibt es keine Anzeichen, daß der Repressionsapparat irgendeine tiefgreifende Änderung erfahren hätte. Unter Präsident de Klerks Vorgänger Botha machte der Staatssicherheitsrat die Politik. Er machte dem Kabinett die Vorgaben (offiziell hieß es "Empfehlungen"). Allen Regierungsebenen bis hin zum örtlichen Township waren militärische Strukturen an die Seite gestellt worden. Auf Provinz- und kommunaler Ebene operierten die sogenannten Joint Management Councils. In ihnen saßen neben Politikern und Verwaltungsfunktionären Militärs und Polizei. Getreu der Low Intensity Strategie organisierten diese Desinformationskampagnen, Bürgerwehren und die Ermordung von Oppositionellen und Propaganda gegen Mietboykotte (z.B. in TV-Spots).

Auch der Hani-Mörder Walus war in diesem Bereich aktiv. Der Journalist Jacques Pauw, der die Geschichte des Kommandeurs einer polizeilichen Todesschwadron Dirk Cotzee in Südafrika veröffentlichte, läßt dazu in der Tageszeitung ARGUS einen Augenzeugen zu Wort kommen: Khutsong galt während der Unruhen 1988/89 als eines der gewalttätigsten Townships in Südafrika. Es war von der Polizei abgeriegelt, so daß sie kontrollieren konnte, wer das Township betrat oder verließ.

Walus gehörte zu einer Gruppe Weißer, die sich immer wieder in Khutsong aufhielten - häufig, bevor es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kam. Sie verfügten über Funk und teure Videoausrüstung. Sie wurden von einer Sicherheitstruppe bewaffneter Männer begleitet, die im Ort herumfuhren und auf Aufständische schossen. Der Augenzeuge, als Bauunternehmer ansonsten der einzige Weiße in Khutsong, berichtet: "Ich sah, wie die Sicherheitstruppe auf die Leute feuerte. Später sah ich sie Leichen auf die Lastwagen laden. Sie verließen das Township ohne die Toten. Ich bin sicher, sie wurden in Sickergruben geworfen. Ich teilte es der Polizei mit, die ignorierten aber meine Information."

## "Dritte Kraft" oder Regierungspolitik?

Es ist wohl kaum anzunehmen, daß sich diese Strukturen und die darin tätigen Leute seit Beginn des Verhandlungsprozesses in Luft aufgelöst haben. Seit Anfang 1990, seit Präsident de Klerk die politische Öffnung erklärte, ist Südafrika einer nie da gewesenen Gewaltwelle ausgesetzt. Und immer wieder gab es Hinweise auf die Beteiligung von Angehörigen der Geheimdienste, der Armee oder Polizei. Es ist unstrittig, daß es eine Kraft gibt, die Kader aus den Befreiungsbewegungen liquidiert und die gewalttätigen Auseinandersetzungen schürt (bis dahin, daß Inkatha-Leute auf Militärlastern in die anzugreifenden Townships gefahren wurden). In der Regel wird von einer "dritten Kraft" gesprochen (womit vor allem Angehörige aus den Geheimdiensten und aus dem Militär-/ Polizeiapparat gemeint sind), die unkontrolliert ihr Unwesen treibt. Doch gerade dieses "unkontrolliert" wird von anderer Seite bestritten. Wir fassen im folgenden die entsprechenden Aussagen aus den Nummern 1/92 und 2/93 der Zeitschrift "Geheim" zusammen. "Geheim" beruft sich auf Informationsquellen direkt aus südafrikanischen Geheimdienstkreisen.

Nachdem Präsident de Klerk über die Führungsfiguren des National Intelligence Service (NIS-Nationaler Geheimdienst) an die Macht gekommen war, wurde im Sommer 1990 das Problem der Machtbalance zwischen den verschiedenen Geheimdienst- und "Sicherheitsorganisationen", vor allem zwischen dem NIS und dem militärischen Geheimdienst DMI, grundsätzlich gelöst: Leitgeheimdienst ist seitdem der NIS. Von daher macht es keinen Sinn, von einer unabhängigen, "außer Kontrolle geratenen Kraft" zu sprechen, die meisten schmutzigen Aktionen werden vom Staat direkt bzw. seinen Organen organisiert.

Mit dem NIS als Leitgeheimdienst wurde 1990 die "Operation Thunderstorm" ins Leben gerufen. Führungsoffiziere aus beiden Geheimdiensten ("Geheim" nennt auch Namen) sind hierfür abgestellt. Die Offiziere des militärischen Geheimdiensts sind verantwortlich für die Koordination der beschlossenen Aktionen mit der Polizei, den Sondereinheiten und der Armee. Die genannten Schlüsselfiguren bilden ein ultra-geheimes Team, das sich regelmäßig trifft, unabhängig vom Staatssicherheitsrat operiert und dem die meisten Geheimdienstoperationen, inklusive Terroraktionen und gezielte Ermordungen, zuzuschreiben sind.

De Klerk ist genau über dieses Team und dessen Operationen informiert. Die erste Phase der "Operation Thunderstorm" (bis Herbst 1991) zielte darauf ab, den ANC durch Terror und den Aufbau einer politischen Alternative von National Party, Inkatha und Homelandführern in die Enge zu treiben. Dazu gehörte auch der Versuch, den ANC in einen radikalen und einen gemäßigten Flügel zu spalten (eine der ersten Operationen war die "Aufdekkung" einer "kommunistischen Verschwörung").

Mit der Erkenntnis, daß der ANC bei einer Wahl die stärkste Organisation bliebe und so nicht zu schwächen ist, wurde die Strategie geändert. Die zweite Phase geht davon aus, daß der ANC die Hauptkraft ist und versucht diesen in den Verhandlungen in eine Richtung zu drängen, in der er Kompromisse schließt, die seinen wichtigsten Prinzipien entgegenstehen. Dadurch soll er Einfluß in der Bevölkerung verlieren. Da das Regime mit dieser Strategie wenig Erfolg hat, wird verstärkt Gewalt eingesetzt. Jack Buchner, Mitglied des Thunderstorm-Geheimteams und zweiter Polizeichef des (Inkatha-) Homelands KwaZulu spielt dabei als Organisator eine Schlüsselrolle.

"Geheim" schreibt, sie hätten zwei Tage vor dem Hani-Mord eine Warnung von einem Informanten aus dem militärischen Geheimdienst bekommen, am Osterwochenende sei eine Operation gegen eines oder mehrere ANC-Führungsmitglieder geplant. Laut "Geheim" waren an dem Hani-Mord mindestens drei Personen und zwei Autos beteiligt. Walus gehöre nicht nur der AWB, sondern auch einer der Einheiten, die der militärische Geheimdienst und Polizei-Sondereinheiten im Rahmen der "Operation Thunderstorm" aufgestellt hatten, an.

Die Ermordung Hanis ist Teil der Strategie des Regimes, den ANC "kompromißbereit" zu machen, so daß er von den Forderungen auf grundlegendere Veränderungen abrückt. Kurz nach dem Hani-Mord arbeitete das Regime an einem Plan: "Operation Iron Fist". Die Sicherheitsabteilung des ANC soll neutralisiert und ausgesuchte Mitglieder des ANC mit der Option auf Ermordung observiert werden. Unter dem Stichwort "Bekämpfung von Kriminalität und APLA" (militärischer Flügel des PAC) soll gegen "militante Kader" des ANC vorgegangen werden. Die ANC-Führung werde dagegen nur wenig Einspruch erheben können, da sie auf ihre Reputierlichkeit bedacht ist und fürchtet, sonst als Befürworterin von Kriminalität zu gelten. Allerdings sollen die Verfolgungsmaßnahmen erst dann in breitem Maße entfaltet werden, wenn sich ANC und National Party in bezug auf die Wahlen, die Verfassung und die "Teilung der Macht" prinzipiell geeinigt haben.

Im Rahmen der Kampagne gegen APLA wurden die meisten Führer des PAC auf einen Schlag verhaftet. Laut "Geheim" ist dies Teil einer Desinformationskampagne gegen den PAC, die ihn zur Aufgabe des bewaffneten Kampfes bewegen soll. Dies werde zu heftigen Diskussionen an der Basis führen und den PAC eventuell spalten. (Der PAC hat mittlerweile das Ende seines bewaffneten Kampfes erklärt. – Antifa-Info) Beabsichtigt ist weiterhin, den PAC aus den Verhandlungen zu katapultieren oder ihn dazu zu bringen, diese unter Protest zu verlassen. Damit soll der Weg zu einer Einigung zwischen ANC und National Party frei gemacht werden.

Kurz nach dem Hani-Attentat, so berichtet ein Informant, hat das Geheimteam von Operation Thunderstorm die möglichen Auswirkungen des Mordes analysiert. Nach einer problematischen Periode werde die Mehrheit der ANC-Führung aus Angst, ohne konkrete Resultate Anhänger zu verlieren, wieder an den Verhandlungstisch zurückkehren. Mit Hani sei "ein mächtiger potentieller Gegner der Ergebnisse unserer Verhandlungen mit dem

➽

*Quelle: Political Review, No. 40 Autumn/Winter 91*

# Japan: Kommt die Große Ostasiatische Wohlstandsgemeinschaft?

## Tenno Akihitos Ost-Asientour und das PKO-Gesetz

Anzeichen dafür gibt es, daß die große gemeinsame ost-asiatische Wirtschaftseinheit wiederkommt. Im September 1991 hat Tenno (japanischer Kaiser) Akihito, der Nachfolger vom Hirohito, seine Ostasientour durch drei Staaten beendet, während Kaifu's Regierung in Faktionskämpfen versinkt. Eben jene Regierung, die versuchte das PKO-Gesetz durchzubringen. Das PKO-Gesetz ist jenes, welches Japan erlauben würde, daß japanische Truppen unter UN-Oberhoheit an "Friedenssichernden Missionen" teilnehmen können. Kaifu und das PKO-Gesetz haben im japanischen Parlament, dem "Diet", keine Mehrheit gefunden. Kaifu mußte gehen, das PKO blieb für seine Nachfolger.

Der neue Premierminister Myasazawa Kiichi, der im Oktober (91) das Amt übernahm, meinte, daß das PKO-Gesetz so schnell als möglich ratifiziert werden sollte und daß eine weitreichende und energische politische Offensive im asiatisch-pazifischen Raum gestartet werden müsse. In dieses Bild paßt, daß führende Fachleute die "Große Ostasiatische Wohlstandsgemeinschaft" "Great East-Asian Coprosperity Sphere" wiederaufleben lassen wollen. Diesen Plan kennen die ostasiatischen Völker von der japansichen Invasion, die ja zum II. Weltkrieg geführt hatte. Damals hatten die Japaner auch den "Asiatisch-Pazifischen Raum von den weißen Kolonisten" befreien wollen. Die Japaner hatten damals 20 Millionen Asiaten getötet, mehrere Kulturen und Sprachen ausgelöscht und die Völker in einer Sklavenherrschaft ausgebeutet.

**1. Die Bedeutung von Akihitos Ost-Asien Touren**

Der Tenno Akihito hat drei Länder in Ost-Asien (Thailand, Malaysia und Indonesien) besucht. Ursprünglich hatte die Regierung einen Besuch in Südkorea geplant, doch die Regierenden hatte Angst, daß dem Tenno eine starke Opposition des südkoreanischen Volks entgegenschlagen würde. So verfielen sie auf Thailand und Malaysia, denn die dortigen Monarchien hatten immer einen guten Kontakt zum japanischen Tenno und waren noch dazu wirtschaftlich von Japan abhängig.

Dabei hat er in Bangkok zum Beispiel die Kriegsverbrechen der Japaner beschönigt indem er von einem "unglücklichen Krieg" sprach "dessen Horror die Japaner nie mehr wiederholen würden, weil sie in Frieden leben wollen". Er vermied jedes Schuldeingeständnis und ein Bekenntnis zur Verantwortung des Tenno für diesen Krieg.

Diese erste Auslandsreise des Tenno hat folgende Bedeutung für den japanischen Imperialismus:

1) Es war ein historischer Durchbruch, denn die ost-asiatischen Völker haßten den Tenno, weil Hirohito, der Vater von Akihito, ein Kriegverbrecher war. Sie hatten Angst vor einem Wiedererstarken der politischen und militärischen Rolle Japans in dieser Region. Diese Besuchstour sollte nun das alte Japan als Agressor der Region verschwinden machen und das neue Image von Akihito aufbauen. Sie war aber nicht ganz erfolgreich, denn dazu fehlte ihm, dem Tenno, die Einladung Singapores, Chinas und Südkoreas. Dort hatten die japanischen Armeen Millionen von Leuten umgebracht, diese Länder konnte der Tenno nicht besuchen.

2) Der Besuch ebnete den Weg für die politisch-militärische Rolle Japans in dieser Region. Daß drei Länder den Besuch des Tenno akkzeptierten, öffnete auch die Türen zu den übrigen Ländern der Region. Der japanische Imperialismus stärkte so seine politisch-militärischen Interessen, wo er das wirtschaftliche Feld ohnehin dominiert.

3) Japan erlangte und konsolidierte die Herrschaft über folgende drei Länder: Thailand und Indonesien hängen sehr stark von der japanischen Wirtschaft ab und Malaysia verließ die britische Dominanz und kommt unter japanische Herrschaft.

Dieser historische Durchbruch bahnte sich durch folgende Schritte an:

Erstens durch den Tod des alten Tenno Hirohito, dem Kriegsverbrecher und Oberkommandierenden der japanischen Armee, hatte die Regierung die Chance zu sagen, die Nachkriegszeit sei vorüber und eine neue Ära beginne.

Zweitens erklärte der neue Tenno Akihito, der Verfassung und der Demokratie gegenüber loyal zu sein. Das hat Hirohito nie gemacht. Diese Deklaration wurde von weiten Teilen des japanischen Volkes angenommen und so konnte Akihito ein neues Image des Tenno und Tennoismus schaffen.

Die kaiserliche Haus- und Hof-Agentur läßt nicht zu, daß der Tennoismus so wie die britische oder spanische Monarchie wird. Sie will, daß der Tenno das religöse Oberhaupt bleibt und über der sekulären Macht steht. Aus diesem Grund erlaubt sie keine privaten Fotos der Kaiserfamilie und kontrolliert, was die Kaiserfamilie zu sagen hat.

Als der südkoreanische Präsident Roh Tae Woo in Japan auf Besuch war, verlangte er eine Entschuldigung vom Tenno für den japanischen Kolonialismus der Vergangenheit, um neue Beziehungen zwischen den beiden Ländern entstehen lassen zu können. Die LDP (Liberal-Demokratische Partei) und die Haus- und Hof-Agentur verhinderten das.

Für das neue Image des Tennoismus wurde die Thronbesteigungszeremonie ein wenig geändert. Es blieb aber bei der traditionellen Auffassung, der Tenno sei ein lebendiger Gott. Die Sicherheitsvorkehrungen während der Zeremonie glichen einem Kriegszustand. Rechter tennoistischer Terror gewann die Oberhand über Japan - niemand traute sich gegen den Tennoismus etwas zu sagen. Das alles zeigte uns, daß der Tennoismus der Vergangenheit immer noch lebt.

**2. PKO - Japanische Militäreinheiten sollen im Ausland wieder eingesetzt werden.**

Der neue Premier Miyasawa versuchte zuerst im Parlament das leicht modifizierte PKO-Gesetz durchzubringen. Dazu brauchte er die Zustimmung der Oppositionsparteien, weil die LDP im Oberhaus über keine Mehrheit verfügte. Für das Gesetz hätten, neben der LDP, noch zwei oppositionelle Zentrumsparteien stimmen sollen: zum einen die *Komeito* Partei (the Clean Party), eigentlich eine buddhistische Partei, deren Anhänger vermehrt zum Pazifismus neigen und daher dem Gesetz ablehnend gegenüberstanden, doch sie brauchten die Unterstützung der LDP, da ihre Führungspersönlichkeiten in Skandale verwicklet waren. So entschlossen sie sich zu einem Deal mit der LDP. Zum anderen die Demokratische Sozialistische Partei (DSP), die in vielen Fragen rechtere Positionen vertritt als die LDP. Letztere ist bei der Abstimmung umgefallen, weil sie nicht bei jedem UNO-Einsatz japanische Truppen haben wollten, wie es das PKO vorsah.

Die Sozialdemokratische und die Kommunistische Partei waren strikt gegen das Gesetz. Es gab einige gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Parteimitgliedern dieser beiden Parteien und den LDP- und Komeito-Anhängern.

Miyasawa mußte das Gesetz zurückziehen. Doch diese Niederlage bedeutet keineswegs, daß es gestorben ist. Mit anderen Tricks und Taktik wird es wieder zum Vorschein kommen.

Es gibt folgende Streitpunkte im PKO-Gesetz:

1. Es ist eine Verletzung der japanischen Verfassung, die Japan eine Armee, eben-

---

ANC ausgeschaltet". Die Spannungen zwischen den schwarzen Organisationen sollen weiter geschürt werden, um dem ANC ein Verhandlungsergebnis aufzuzwingen, das eine Mehrparteienkontrolle des Repressionsapparats und eine Auflösung der Operation Thunderstorm-Strukturen ausschließt. Das "Klima des Chaos", das der Ermordung Hanis folgen werde, werde die "Legitimität für Operation Iron Fist" schaffen.

Zu guter Letzt spricht "Geheim" in seiner Ausgabe vom Mai 93 noch von einem Plan B, dem zufolge der Ausnahmezustand ausgerufen werden soll, wenn der Exekutive Übergangsrat gebildet ist. Dieser Rat ist im September eingerichtet worden, und es ist klar, daß der ANC entgegen seiner ursprünglichen Forderung im Übergangsrat keine Kontrollmöglichkeit des Repressionsapparats hat. Damit sind dem Regime für weitere 'schmutzige Tricks' Tür und Tor geöffnet.

so wie Waffengewalt zur Lösung internationaler Konflikte verbietet.

2. Alle ost-asiatischen Völker und Nationen sind gegen dieses Gesetz, da es ein Wiederaufleben des japanischen Militarismus darstellt. Die LDP will Japans Verantwortung für die Invasion der anderen ostasiatischen Länder nicht zugeben. Sie wollen sogar das Wort "Invasion" aus den Schulbüchern streichen. Die LDP will die japanischen Selbstverteidigungs-Kräfte (SDF) in eine reguläre Armee verwandeln, die frei operieren und japanische Interessen im Ausland durchsetzen kann.

3. Die LDP hat den US-amerikanischen Druck auf Japan, am Irakkrieg teilzunehmen, geschickt ausgenützt. Ihre Argumentation lief darauf hinaus, daß es für Japan wichtig ist, nicht nur mit Cash die internationalen Bemühungem um den Frieden zu sichern, sondern auch mit Blut. Zusätzlich zur Entsendung von Minensuchern in den Golf, wollten sie auch Truppen unter UNO-Befehl zur Friedenssicherung schikken. Bei Zivilpersonen weigerten sie sich, das zu erlauben.

Es liegt auf der Hand, warum die japanische Regierung und die LDP so darauf brennen, Truppen nach Übersee zu schikken gegen den Widerstand des japanischen Volkes und der Völker des asiatisch-pazifischen Raumes:

Erstens, die japanische Regierung und die LPD suchen nach Wegen, dem verstärkten US-Druck auf die wirtschaftlichen Beziehungen zu entgehen. Bisher ist die japanischen Wirtschaft vom US-Markt abhängig gewesen. Mehr als 40% aller japanischen Exporte kommen direkt auf den US-Markt. Es war daher sehr wichtig, zu den USA gute Beziehungen zu haben. Doch im Zeitraum von 1986 bis 1990 fielen die US-Exporte von 44% auf 36%, während die Exporte nach Asien von 29% auf 34% kletterten. Durch den wirtschaftlichen Druck der USA wird Japan dem asiatisch-pazifischen Raum noch mehr Bedeutung beimessen.

Zweitens, auch Japan will der internationalen Situation Rechnung tragen und einen eigenen Wirtschaftsblock bilden, wie in Europa die EG oder in Amerika der Zusammenschluß von USA, Kanada und Mexiko. Japan braucht die asiatischen Länder und diese brauchen die japanische Wirtschaftskraft. Sie alle haben begonnen, in den US-Markt zu drängen und dort treffen sie auf die Konkurrenz der lateinamerikanischen Länder, die aber den Vorteil der billigeren Arbeitskraft und des besseren Zugangs zum US-Markt besitzen.

Drittens, Japan hat sich die wirtschaftliche Dominanz über die asiatische Region durch eigene Kraft gesichert, aber es steht am politischen und Sicherheitssektor unter US-amerikanischer Gewalt. Wenn die USA mit Japan kämpfen sollten, dann werden sie ihr politisches und militärisches Potential benützen, wie sie es in einigen asiatischen Ländern gemacht haben. Wenn Japan in der asiatisch-pazifischen Region seine Rolle ausbauen will, dann muß es das auch auf politischem und militärischem Gebiet machen.

Viertens, Japans Regierung und die LDP wollen einen Durchbruch gegen das verfassungsrechtliche Verbot, Truppen ins Ausland zu schicken, erreichen. Und zwar dadurch, daß sie das Heer an UN-Friedens-Aktionen teilnehmen lassen. Das dient auch zur Rechtfertigung des Heeres überhaupt.

**3. Die US - Japanischen Beziehungen treiben Japan in den asiatisch-pazifischen Raum.**

Japan hat unter dem US - Japanischen Sicherheitsabkommen (AMPO) seine Ökonomie als eine Imperialistische wiederaufgebaut. Die US-Imperialisten haben für die japanischen Imperialisten eine Wächterrolle übernommen und Japan als Juniorpartner gegen den Kommunismus in der Region vorgesehen gehabt. Der Kollaps der Sowjetunion und Osteuropas hat für das AMPO-Abkommen eine neue Voraussetzung geschaffen. Erstens, die USA wollen Japan von der Vorherrschaft über den asiatisch-pazifischen Raum fernhalten, der bisher von der militärischen Stärke der US-Armee dominiert wurde. Die USA wollen nicht ein militärisches Bündnis ähnlich der NATO, sondern halten an bilateralen Sicherheitsabkommen mit jedem einzelnen Staat der Region fest.

Zweitens, durch das AMPO-Abkommen wollen die USA Japan dazu zwingen, immer mehr die Befehle der USA zu befolgen. Zum Beispiel: Die USA zwangen Japan, seine Pläne für ein eigenes Kampfflugzeug aufzugeben und statt dessen zusammen mit der USA die F-16 weiterzuentwickeln. Die japanischen Monopolkapitalisten wollen aber die japanische Luftfahrtindustrie stärken, die sich nicht mit der der USA oder der EG messen kann, obwohl die technischen Vorraussetzungen gegeben wären. Die USA üben Druck auf Japan zum Kauf von US-Produkten aus und wollen die Entwicklung einer Flugzeugindustrie in Japan verhindern. Für die japanischen Monopolkapitalisten ist das AMPO-Abkommen zu einem Hindernis der freien ökonomischen Ausbeutung geworden und auch zu einem Hindernis auf dem Weg zur Dominanz über diese Region. Nichts desto trotz ist es notwendig mit den USA gute Beziehungen zu haben. Erstens weil für Japan der Zugang zum US-Markt notwendig ist, Japan ist immer noch vom US-Markt abhängig. Zweitens, Japan will seine multinationalen Unternehmungen in Niedriglohnländern absichern. Dazu braucht es die weltweit im Einsatz befindlichen US-Streitkräfte, die dort die Bedingungen für Japan aufrecht erhalten. Drittens um nicht eine große Oppositionsfront der Kriegsgegner in Japan zu erzeugen, will Japan immer noch vom US-Militär abhängig sein. Es gibt monopolkapitalistische Kreise, die nicht zögern den Vorschlag eines "Halben Staates" zu bringen, ohne militärische Macht oder voller Souveränität, daneben die Rechten und Pro-Regierungs-Intelektuellen, die Japan als "Vollstaat" mit militärischer Macht und voller Souveränität haben wollen, auch wenn es zu einer Konfrontation mit den USA führen sollte.

Die ökonomischen Beziehungen zwischen USA und Japan werden bald ihren Gipfelpunkt überschritten haben. Japan hat bei US-Forderungen bisher immer Konzessionen gemacht. Es sieht so aus, als ob die US-Forderungen aufgrund des inneren wirtschaftlichen Bankrotts der USA immer größer werden. Die Forderungen wollen nicht nur das Handelsdefizit zwischen USA und Japan ausgleichen, sondern die USA will die strategische Herrschaft wieder zurückgewinnen. Erstens, versuchen die USA Japan daran zu hindern, die führende Position in wichtigen strategischen Industrien, wie etwa in der Halbleiterindustrie zu erreichen. Zweitens versuchen die USA, Japan daran zu hindern, den US-Waren noch mehr Konkurrenz zu machen. Japan hat schon in fast allen Industriebereichen eine Gleichstellung erreicht. Drittens werden die USA die technologische Dominanz verlieren, welche eine der Hauptpfeiler der US-Weltherrschaft war. Deshalb wird die USA an ihrem Druck gegen Japan festhalten. Das große Amerika sollte doch Japan von den führenden Positionen in den Schlüsselindustrien fernhalten können. Der Rückgang der US-Industrie wird die Limitierung der japanischen Produkte und Investitionen weiter erhöhen. Auf den japanischen Markt wird vermehrt Druck hin zu einer Öffnung ausgeübt werden. Ein Beispiel sind die SII-Gespräche (Struktural Impediment (Hindernis) Initiative·) zwischen USA und Japan. Ein Ergebnis war, daß innerhalb der japanischen Gesellschaft strukturelle Vorteile gibt, die abgebaut werden müssen. Japan hat bei diesen Verhandlungen nachgegeben und Einmischungen in innere Angelegenheiten und auch das komplizierte Halbleiterabkommen akzeptiert.

Die USA wird den Druck auf Japan nicht lockern. Ganz im Gegenteil die USA wird den Druck erhöhen, besonders in der Vorwahlzeit, wo der US-Präsident Bush von seine inneren ökonomischen Problemen ablenken will. Dazu wird er Japan mehr ins Blickfeld rücken, sonst verliert er die Wahl an einen Demokraten, die fast alle Isolationisten und Protektionisten sind. Es mag Öl auf das kleine Feuer der Anti-USA-Stimmung unter der japanischen Bevölkerung sein und die Regierungspolitik beeinflussen. Das wird Miyazawa (der ein traditioneller Konservativer ist und der der Wiederaufrüstung widerstrebend gegenübersteht und der will, daß Japan eine enge Bindung an die USA hat) von der Macht verdrängen.

So werden die künftigen Beziehungen zwischen Japan und den USA so bleiben, wie sie in der Vergangenheit waren. In Bezug auf die wirtschaftlichen Beziehungen ist eine Aussöhnung angesagt. Japan wird versuchen, die Abhängigkeit von den USA mit Hilfe einer zu errichtenden Dominanz im asiatisch-pazifischen Raum, genannt "Yen-Block", erträglich zu gestalten. Die USA werden versuchen, Japan von einer dominanten Position fernzuhalten und die Gründung eines eigenen Blocks verhindern wollen. Auf dem Gebiet

der Sicherheit können die Interessen der beiden Staaten nie die gleichen sein. Die Japaner wollen ihre eigene Sicherheit in der Region - aber die USA will Japan nicht eigene Ziele verfolgen lassen.

Unter diesen Gesichtspunkten werden die japanischen Militärkräfte unter dem Deckmantel der UNO außer Landes eingesetzt. Das ist ein guter Start für den japanischen Imperialismus. Es ist kristallklar, daß das AMPO-Abkommen ein Hindernis für das Zusammenleben des japanischen Volkes und der asiatisch-pazifischen Völker ist. Der Kommandant der US-Streitkräfte in Japan sagte letztes Jahr, daß das "AMPO-Abkommen ein Garant dafür sei, daß der Militarismus in Japan nicht wieder auflebte. Und die USA sollte die Sicherheit in dieser Region mit bilateralen Verträgen garantieren, und auf keinen Fall irgendein kollektives Sicherheitssystem in der Region erlauben". Das ist nur eine Seite des AMPO-Abkommens. In Wirklichkeit ist der AMPO-Vertrag ein Werkzeug, um die neue Weltordnung in dieser Region aufrecht zu erhalten. Im Zuge des AMPO-Vertrages versorgt Japan die US-Streitkräfte sowohl in Japan als auch in befreundeten Ländern mit finanziellen Mitteln, um die Strategie der globalen US-Herrschaft zu unterstützen. Die nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der asiatisch-pazifischen Völker werden durch die riesigen Militärbasen in Japan bedroht. Japan hat eine Unterstützerrolle für den US-Imperialismus, indem es die asiatisch-pazifischen Nationen durch finanzielle Mittel kontrolliert. Zum Beispiel der Mini-Marshal-Plan für die Philippinen oder ODA (Official Development Aid) für die anderen pazifischen Nationen. In der neuen Weltordnung spielt die USA als alleinige Supermacht durch ihre militärische Macht, der niemand etwas entgegensetzen kann, die dominante Rolle. Deshalb sollte die japanische Bevölkerung das AMPO-Abkommen aufkündigen und einen eigenen Weg finden, mit den asiatisch-pazifischen Völkern zusammenzuleben.

**4. Tennoismus: Eine Ideologie und ein Herrschaftssystem für den asiatisch-pazifischen Raum.**

Für das japanische Volk reicht es nicht, das AMPO-Abkommen aufzukündigen, weil der japanische Imperialismus als Alternative die "Große Ostasiatische Wohlstandsgemeinschaft" anstrebt. Einige rechte Kreise verlangen die Abschaffung des AMPO-Abkommens und fordern die Wohlstandsgemeinschaft mit den anderen asiatisch-pazifischen Nationen, um den widersprüchlichen Beziehungen zu den USA auszuweichen. Falls aber Japan am Tenno und dem dazugehörigen System festhält, heißt das nicht, daß sich die Beziehungen zu den anderen asiatisch-pazifisch-Nationen ändern, sondern daß in Bezug auf die japanische Dominanz in dieser Region alles so bleibt, wie es in der Vergangenheit war.

Tennoismus als Ideologie hat folgende Merkmale:

Der Tennoismus sagt, daß die Ahnen des Tenno vom Himmel gekommen sind und die japanischen Inseln als Gottesstaat geschaffen haben. Die Religion des Tennoismus - der Shintoismus - glaubt immer noch daran. Und aus diesem Glauben heraus, Japan sei die einzige Gottesnation, leitet es seine Rechte ab, die asiatisch-pazifischen Nationen zu beherrschen. Die Invasion der asiatisch-pazifischen Nationen wurde mit dem Slogen: "Hakko Ichi U" gerechtfertigt. Dahinter steht die Idee, daß die Welt, wie eine große Familie, unter der Führung des Tenno als leibhaftigen Gott, zusammen leben sollte. Für die Tennoisten gab es keine Invasion, sondern eine Befreiung der Region von der Herrschaft der USA und der Europäer. Was tat nun Japan in dieser Region? Die japanischen Invasoren zwangen die asiatisch-pazifischen Völker, den Tenno als Gott anzubeten, japanisch zu sprechen und sich als ein Kind des Tenno zu fühlen. Sie behandelten die Völker als Untermenschen, beuteten sie wie Sklaven aus und zwangen sie, sich den Invasoren zu prostituieren. Das alles, weil die Japaner sich als ein von Gott auserwähltes Herrenvolk empfanden, um die rückständigen asiatisch-pazifischen Nationen beherrschen. Darum: Tennoismus ist Rassismus!

Innerhalb der japanischen Gesellschaft, wo der Tennoismus durch den Tenno vertreten wird, der abseits des Alltags und der Welt steht, wird der Tenno als die integrative Kraft und als moralische Autorität der japanischen Bevölkerung gepriesen. Doch der Tennoismus hat die Diskriminierung in die japanischen Gesellschaft getragen und bindet das Volk an die traditionellen Klassenvorstellungen. Die Bevölkerung wird blind für die Klassenwidersprüche. In der gültigen Verfassung ist der Tenno das Symbol der nationalen Einheit Japans. Hier liegt der Unterschied zur alten Verfassung, wo der Tenno Alleinherrscher war und das Volk nur ein Subjekt seiner Herrschaft. Doch dieser Unterschied besteht nur am Papier. Der Tennoismus ist nicht nur eine Ideologie, sondern auch ein System. Es ist das System der herrschenden Klassen. Die Rolle des Tennoismus ist und war, die Macht der herrschenden Klassen mit seiner Autorität zu legitimieren und zu unterstützen. Um die Unterstützung des Tenno gab es Machtkämpfe innerhalb der herrschenden Klasse, weil der Tenno der lebendige Gott und Oberster Prister des Shintoismus ist. Der Tennoismus hat die Klassenhierarchie und die Diskriminierung eingeführt, etwa die Klasse der "Buraku people" (ähnliche der Kaste der Unberührbaren in Indien). Der Tennoismus wurde benützt um Klassenwidersprüche zu verdecken und das japanische Volk im Tennoismus zu vereinigen. Sogar die USA hat kapiert, daß der Tenno und der Tennoismus nicht beseitigt werden darf, trotz der Kriegverbrechen des Tenno. Mit dem Tenno ließ sich Japan viel effektiver kontrollieren als ohne. Die jetzige Verfassungssituation ist die selbe wie in der Geschichte. Einige regierungsnahe Intellektuelle meinen, daß das jetzige System mehr einem traditionellen Tennoismus entspricht als unter der alten Verfassung. Die japanischen Monopolkapitalisten und deren Vertreter, die LDP-Regierung, versuchen den Tennoismus als Symbol der nationalen Integration zu verwenden, als die "leuchtende Sonne am Himmel" gegen den Individualismus westlicher Prägung und den Druck der USA auf Japan. (Premierminister Nakasone 1988 bei einem Sommerseminar der LDP.) Dies ist der Weg, um die Klassenkämpfe gegen die Monopolkapitalisten zu eliminieren und die Arbeitenden für Fabrik und Staat zu organisieren.

Jetzt gibt es wieder Ansätze für die Gründung einer neuen "Imperial Rule Assistence Association", in der damals alle Oppositionsparteien aufgingen - außer der JCP (die KP Japans war bis 1945 verboten) und der Arbeiterbewegung - und unter dem Tennoismus für den Invasionskrieg vereinigt wurden. So werden heute die verschiedenen Arbeiterbewegungen in der "Rengo" (Allgemeines Bündnis der Japanischen Gewerkschaften) zusammengefaßt. Natürlich nicht ohne vorher prokommunistische und andere linke Arbeiterkräfte von der "Rengo" auszuschließen. "Rengo" unterstützt offen die japanischen imperialistischen Herrschaftsansprüche. Sie versuchen die Oppositionsparteien zu reorganisieren und die linksorientierte SDPJ zur Anerkennung des AMPO-Abkommenns zu zwingen. Die regierende LDP will die Zentrumsparteien und die SDPJ für eine Koalition gewinnen. Sollte ihr das gelingen, gibt es im Parlament und der japanischen Gesellschaft keine Opposition mehr, abgesehen von den wenigen aus der JPC und anderer linker Organisationen. Währenddessen versucht die LDP Änderungsvorschläge zur Verfassung bezüglich des Status des Tenno und zum Artikel 9 (dieser verbietet Japan bewaffnete Kräfte und spricht Japan das Recht auf eine bewaffnete Konfliktlösung ab) durchzusetzen. Ebenso halten sie eine Kampagne für den Tennoismus am Laufen. Diese beinhaltet, daß der Tenno das offizielle Staatsoberhaupt sei. (In der Verfassung wird der Tenno als Symbol der nationlaen Einheit beschrieben, aber nicht als Staatsoberhaupt.)

Im umstrittenen Yasukuni-Schrein-Fall versucht die LPD-Regierung einen "perfekten" Fall zu konstruieren und den Schrein als das offizielle Ehrengrabmal hinzustellen, trotz massivster Bedenken und Proteste seitens einer breiten Opposition von Linken bis zu religiösen Gruppen. Dieser Yasukuni Schrein ist der religiöse Shinto-Schrein des Tennoismus, obwohl die japanische Regierung alle Kriegstoten, auch die verurteilten und exekutierten Kriegsverbrecher des II. Weltkriegs in diesem Schrein eingeschlossen hat. Der japanische oberste Gerichtshof hat festgehalten, daß es die japanische Verfassung erklärtermaßen verletzt, wenn die Trennung zwischen Religion und Staat nicht eingehalten wird. Trotz einer nationalen und asienweiten Kritik statten japanische Minister dem Schrein offizielle Besuche ab.

Am pädagogischen Sektor ermuntert die japanische Regierung die öffentlichen Schulen, die "Hi no Maru"-Fahne als Nationalflagge zu hissen und "Kimi ga Yo" (Ihro Kaiserliche Herrschaft) als Nationalhymne zu singen. Das trotz aller pazifistischen Strömungen innerhalb und außerhalb der Schulen. Die japanische Regierung benutzte diese beiden Elemente auch bei offiziellen Gelegenheiten nationaler und internationaler Art. Das ist verfassungswidrig und das japanische Volk hat diese Symbole des Tennoismus abgelehnt und bekämpft.

Die Ziele dieser Kampagne der LDP-Regierung sind:

1) Die japanischen Monopolkapitalisten und deren Stellvertreter die LDP-Regierung wollen die Gesellschaft stabil halten und die Lojalität in den Staat stärken, bevor sie die politische und militärische Herrschaft über den asiatisch-pazifischen Raum anstrebt. Dadurch wollen sie auch allen Klassenwidersprüchen und den daraus resultierenden Unruhen zuvorkommen.

2) Sie rechtfertigen die japanische Herrschaft über diesen Raum mit der Ideologie des Tennoismus als die der "Großen Ostasiatischen Wohlstandsgemeinschaft" gegen den Einfluß der USA und Europas.

3) Sie wollen für Japan eine nationale Identität mit ihren eigenen Werten und eigener Kultur gegen die US-Ideologie von "Freiheit und Demokratie" aufbauen.

Das alles wollen sie mittels des Tennoismus erreichen. Solange das japanische Volk am Tennoismus festhält, wird es mit den anderen asiatisch-pazifischen Völkern nicht zusammenleben können. Einige Tennoisten und Teile der LDP wollen die "Große Ostasiatische Wohlstandsgemeinschaft" wieder aufleben lassen als Alternative zu den momentanen Beziehungen zu den USA. Der Tennoismus und mit ihm der Tenno waren sich wegen der Invasion im letzten Weltkrieg nie einer Schuld bewußt, sondern umschrieben sie als eine "unglückliche Begebenheit in der Vergangenheit". Ein historisches Schuldbekenntnis wie in Deutschland hat es in Japan nie gegeben.

Der Tennoismus ist eine Herrschaftsform zur Unterdrückung des japanischen Volkes und der Völker im asiatisch-pazifischen Raum.

Wir, die progressiven und revolutionären Kräfte der japanischen Gesellschaft müssen gegen den Tennoismus und gegen den Trend eines tennoistisch-demokratischen Gesellschaftssystems kämpfen. Der Kampf gegen das AMPO-Abkommen und gegen den Tennoismus sind die größten Aufgaben der progressiven und revolutionären Kräfte der japanischen Gesellschaft. Dieser Kampf wird die anitimperialistischen nationalen Befreiungsbewegungen in der Region unterstützen und es wird ein Teil der neuen antiimperialistischen Front sein!

Wir werden gegen das PKO-Gesetz weiter kämpfen und verhindern, daß japanische Truppen unter dem Titel der UN-Friedensmission ins Ausland geschickt werden!

*Mitteilungen von Wiener AntifaschistInnen:*

## Wieder einmal: das braune Netzwerk

Warnung an BRD-antifaschistische, Infoladen- u.ä. Zusammenhänge: derzeit versucht Horst Jakob Rosenkranz, in der BRD antifaschistische und andere linke Broschüren, Zeitungen etc. zu abonnieren. Wir wissen zumindest von solchen Annäherungsversuchen in München. Dort trudelten Briefe an "Liebe Genossen!" ein, die mit einem "Rotfront" endeten. Nicht zuletzt wegen seiner übertrieben "linken" Diktion wurden Leute stutzig, wer denn da ihre Publikationen bestellen will. Rosenkranz bestellte bisher unter Angabe seiner eigenen Adresse (A-2111 Seebarn 1) unter unter eigenem Namen, weshalb er hoffentlich auch nichts bekommen hat (zumindest nicht das, was er sich vorgestellt hat).

Frau Rosenkranz ist übrigens Abgeordnete der FPÖ im niederösterreichischen Landtag und nach eigener Personalbeschreibung "Mutter von sieben Kindern".

Über Horst Jakob Rosenkranz haben wir schon beizeiten berichtet, aber aus aktuellen Anlässen hier noch einmal eine kurze Charakterisierung:

"H.J. Rosenkranz war seit 1983 bei zahlreichen NDP-Versammlungen anwesend und trat bei diesen mit Funktionärsaufgaben in Erscheinung. Seiner Mitgliedschaft ... kommt in Hinblick auf seinen engagierten Einsatz mehr als die Rolle eines schlichten Mitläufers zu. Im übrigen ist er auch Mitglied einer Notwehrgemeinschaft (!) 'Ein Herz für Inländer'." (Aus dem Untersagungsbescheid der MA 62 vom 13.9.1990 gegen die Kandidatur der "Liste Nein zur Ausländerflut" alias "Ein Herz für Inländer") Rosenkranz war 1990 Spitzenkandidat dieser faschistischen Liste, die Nr.2 war Gerd Honsik, unlängst wegen Wiederbetätigung verurteilt und prompt ins Ausland abgetaucht, Nr.3 Franz Radl, der die rassistisch-faschistische "Schülerzeitung GÄCK" vertreibt. Rosenkranz wiederum tritt als Schriftleiter der "Fakten" in Erscheinung, einer Zeitung, die den ebenfalls verurteilten Walter Ochensberger als "vielleicht einzige(n) Asylant, der wirklich in der Bundesrepublik Deutschland um Asyl angesucht hat", und die Pogrome in Rostock als "Protestdemonstrationen" beschrieb. Die "Fakten" pflegen seit jeher ein Naheverhältnis zur FPÖ, Jörg Haider ist (nicht nur) für sie die "anerkannte Führungspersönlichkeit des rechten Österreich". Die "Fakten" sind - neben der "Aula", "Identität", "Kritische Studenten Zeitung" u.a. - ein wichtiger Teil der legalen faschistischen Publikationen in Österreich mit Verbindungen sowohl zur FPÖ als auch zu illegalen Vereinen wie VAPO: Im Vorstand von Rosenkranz' "Verein zur Förderung der ganzen Wahrheit" sassen 1990 vier VAPO-Mitglieder: Kurt Hofinger, geb. 18.8.1966, Student und Burschenschafter bei Teutonia, Reinhold Kovar, 30.3.1967, Zeitsoldat beim Bundesheer und "Bereichsleiter Wien" bei der VAPO, Alois Desch, "Entlastungszeuge" beim Ägidigasse-Prozeß, und Andreas Sammer. Sammer war im Rosenkranz-Verein Kassier-Stellvertreter und stand 1991 wegen eines VAPO-Angriffs mit Molotow-Cocktails auf die besetzte Ägidigasse vor Gericht (dort erzählte er, im Solde der Stapo gestanden zu haben), er wurde zu drei Monaten bedingt verurteilt. (Sämtliche Angaben aus "Aufbruch der Völkischen - das braune Netzwerk" von Wolfgang Purtscheller, Picus-Verlag 1993. Dieses Buch ist übrigens sehr empfehlenswert, weil es einen Überblick über faschistische Kontinuität und Vernetzungen seit 1945 bis 1993 gibt. Zu beziehen ist es im Buchhandel oder über den Infoladen Wien.)

Rosenkranz war übrigens auch heuer wieder auf der "Politischen Akademie der AFP", die diesmal von 14. bis 18.10 in Drosendorf abgehalten wurde, anwesend.

Andere Besucher und Referenten waren: Karl-Heinz Panteleit (D-12305 Berlin Geibelstr. 343), Chef des "Hoffmann von Fallersleben-Bildungswerk", einer Scharnierorganisation zwischen Neonazis und "Demokraten", Anton Günther (tatsächlicher Name: Günther Anton Deckert), seit 8.6.1991 Vorsitzender der NPD und Verfasser eines "Handbuch(s) gegen Überfremdung". Seit seinem Vorsitz wird der Revisionismus als "Kampf gegen die Geschichtsklitterung" zum zentralen Thema der NPD-Agitation. So nebenbei pflegt Deckert enge Kontakte zur AFP.

Hier ein Auszug aus der Teilnehmerliste, vielleicht fällt jemand etwas zu dem einen oder anderen ein (auf der Liste gibt es einen Haufen Leute, die uns relativ bis gänzlich unbekannt sind) und er/sie schreibt uns eine Personsbeschreibung (über die Adresse des Infoladen, Kennwort "Antifa"):

Ahres, Heinz-Gerd (mit Hund); D-87600 Kaufbeuren-Neugablonz Grünwalderstraße 15 - Altwirt, Dentist Oskar; A-4950 Altheim Oberach 37 - Brendel, Ottilie und Gatte; A-1220 Wien Ibachstr. 12 - Bubik, Helene; A-2102 Bisamberg Josef Serlathg. 5/2 - Ertl, Dr. Karl Hans und Begleitung; A-1090 Wien Bergg. 4/3/15 - Feuchtenhofer, Leo; A-2880 Kirchberg/Wechsel Ofenbach 44 - Flucher, Barbara; A-5202 Neumarkt Breinberg-N 10 - Formanek, Ing. Viktor; A-1220 Wien Prandaugasse 62/1/12 - Fürnschlief, Mag. Anton und Irene; A-3300 Amstetten Silbereisring 38 - Görtner, Dr. Gerhard; A-4470 Enns Kellerstraße 6 - Helmer, Eduard; A-3350 Haag Bahnhofstr. 1a - Herzog, Leonhard; A-4212 Neumarkt Götschka 24 - Jörg, Mag. Elfriede und Hubert; A-5020 Salzburg Canavalstr. 7/81 - Kessler, Heinrich; A-3822 Karlstein/Thaya Thures 4 - Knöll, Jakob, Toni und Karin; A-1210 Wien Schererstr. 38-42/12 - Köhler, Lore; D-81375 München Guardinistr. 175 - Kunschner, Franz und Ernestine; A-1210 Wien Demmerg. 5/13 - Lang, Rene und Angela; A-4614 Marchtrenk Bahnhofstr. 20 - Loen, Dr. Ernst van; A-1160 Wien Neulerchenfelderstr. 29/2/1 - Loidl, Edda; A-5020 Salzburg Johann Filzerstr. 20 - Martelaere, Maurits de und Frau; B-9288 Kal-

ken Nerenweg 63 - Müllegger, Sebastian; A-4203 Altenberg Raiffeisenweg 18 - Niosga, Richard; D-14199 Berlin Sulzaerstraße 16 - Patzelt, Richard und Frau; A-3300 Amstetten Hauptplatz 17-19 - Richter, Dr.med. Adolf; A-4452 Ternberg Ludwig-Jahn-Str. 1 - Rustler, Gretl; A-3910 Stift Zwettl 5 - Sabatin, Med.Rat Dr. Helmuth; A-2103 Langenzersdorf Schulstr. 96 - Salzer-Eibenstein, Dr. Gerhard; A-8010 Graz Dr. Robert-Graf-Str. 25/12 - Scheichelbauer, Robert; A-1100 Wien Pernerstorferg. 12 - Schmidt, Günter und Renate; A-2425 Nikkelsdorf Am Heidl 3 - Schönsleben, Erna und Hans und Hund; A-2020 Hollabrunn Gallg. 13 - Sommer, Andreas; A-1120 Wien Hetzendorferstr. 29-31/5/7 - Steiner, Johann; A-8132 Pernegg/Mur Kirchdorf 66 - Suppan, Dr. Wolfgang und Begleitung; A-1090 Wien Liechtensteinstr. 39 - Vit, Ing. Hedwig und Karl; A-1160 Wien Starkenburgg. 9 - Wagner, Karl H.; A-3392 Schönbühel 67 - Werner, Ludwig; A-8700 Leoben-Göß Schladnitzgraben 17 D - Windisch, Konrad und Charlotte; A-3413 Unterkirchbach 8 - Wohlers, Werner und Frau; D-27211 Bassum Apelstedt 1 - Wollner, Josef; A-5071 Wals Tegetthoffstr. 12 - Zegg, Dr. Anton; A-5622 Goldegg Weng 34 - Zöchling, Ing. Ernst; A-2751 Steinabrückl Leopold Lehnerstr. 24

Genächtigt haben die lieben Gäste in folgenden Absteigen: Goldenes Lamm, Bruckmühle, Schloß, Traube.

Die Adressen stammen aus einer Teilnehmerliste, wir haben sie bisher nicht überprüft.

*Wiener AntifaschistInnen*

## Faschos (nicht nur) auf der Antifa-Demo vom 9.11.1993

Die (nach Polizeiangaben) ca. 120 - 130 AntifaschistInnen, die am 9.11.1993 aus Anlaß der Novemberpogrome 1938 die zwar zahlenmäßig kleine, aber durchaus kraftvolle und lautstarke Demo gegen die AFP durchführten, trafen wider Erwarten auf einen ziemlichen Haufen Faschisten:

Die Demo wurde von Beginn an von einer Überzahl an Alarmabteilungs-Bullen eingekesselt, schon beim Anmarsch zum Treffpunkt kam es zu Personendurchsuchungen, während der gesamten Demo liefen Bullen in mehreren Reihen vor, neben und hinter der Demo her, am nächsten wieder einmal Angehörige der WEGA (Wiener Einsatzgruppe der Alarmabteilung).

Diese Truppe ist bekannt für ihre Brutalität und wird auch bei anderen Gelegenheiten eingesetzt, zuletzt bei der spektakulären (und pannenreichen) Jagd auf zwei Einbrecher, die in Gendarmerieposten Waffen und Funkgeräte gestohlen hatten.

Innerhalb der WEGA gibt es eine faschistische Gruppe von ca. 50 Leuten, die sich "PSV Polizei" (wobei das "o" wie bei den Hooligans mit einem Kreuz verziert ist) oder auch "PSV Polizei Böhze Onkels" nach der Fascho-Band. Zu erkennen sind ihre Mitglieder am "Blockheads"-Haarschnitt (bei Demos treten sie vermummt auf), im 9. Wiener Bezirk haben sie einen Treffpunkt, bei dem man auch des öfteren das Horst-Wessel-Lied u.ä. hören kann. Eines ihrer Mitglieder ist Wolfgang Irschik.

Irschik tat sich bei einer Anti-Tropenholzimport-Demo im November 1992 hervor, zur Frage nach seiner Dienstnummer fiel ihm gegenüber dem grünen Abg. Peter Pilz das stereotype "4711" ein. Irschik ist Mandatar der rechtsradikalen AUF-Gewerkschaft innerhalb der Polizei, die bei der Alarmabteilung auf 80% Stimmen kam. Außerdem ist er FP-Bezirksrat im 21. Wiener Bezirk.

Im Februar 1993 kandidierte er außerdem für die FPÖ-Niederösterreich bei der Landtagswahl, und zwar an aussichtsloser Stelle. Der Grund dafür war, daß er dadurch eine Dienstfreistellung für den Wahlkampf bekam - den Rest an "Freistellung" besorgte er sich über Krankenstand -, um für Jörg Haider den Bodyguard zu machen. Eine seiner diesbezüglichen Aufgaben bestand offenbar darin, im April 1993 bei einer Wirtshausschlägerei - Irschik war mit einem Bullenkollegen, Haider und dessen niederösterreichischem Kandidat Hans-Jörg Schimanek und anderen im Lokal - einen Gast niederzuschlagen, weshalb gegen ihn und seinen Bullenkollegen ein Verfahren wegen schwerer Körperverletzung läuft, der Chef blieb natürlich unbehelligt.

*Sympathisant/inn/en der PFLP u. DFLP in der BRD*

## Erklärung von PFLP und DFLP zur PLO-Politik

Erklärung der Kollektivführung der Sympathisanten und Sympathisantinnen der Volksfront und der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas in Deutschland zum Gaza-Jericho-Abkommen

Nachdem 8 der insgesamt 18 Mitglieder des Exekutivkomitees der PLO dem Vorhaben Arafats entsprachen, das Gaza-Jericho-Abkommen zu unterzeichnen, verlor diese selbstherrliche Führung endgültig ihre Legitimation, den Widerstand des palästinensischen Volkes anzuführen. Denn sie war dieselbe, die diese Institutionen akzeptierte und nun ignoriert.

Die Kollektivführung der PFLP und DFLP bekräftigt erneut ihre kategorische Ablehnung dieses Abkommens, das u.a. folgende Gefahren in sich birgt:

1. Mit diesem Abkommen verzichtet die exekutive Führung der PLO auf den nationalen Konsens zugunsten der israelisch-amerikanischen Bedingungen. Das bedeutet den Verzicht auf bislang unveräußerliche Rechte des palästinensischen Volkes, nämlich auf Rückkehr, Selbstbestimmung und einen eigenen unabhängigen Staat, jene Rechte, die international anerkannt wurden.

2. Dieses Abkommen führt zwangsläufig zur Auflösung der PLO, bevor die nationalen Ziele erreicht oder garantiert sind.

3. Es beinhaltet außerdem die bedingungslose Aufrechterhaltung der israelischen Siedlungen, der militärischen Präsenz, der israelischen Zuständigkeit für innere und äußere Sicherheit sowie der Außenpolitik. Damit erfüllt die sogenannte Selbstverwaltung nur Aufgaben im Auftrag der israelischen Regierung, die bisher von der Besatzungsmacht erledigt wurden. Arafats Führung reduziert mit diesem Schritt den palästinensischen Widerstand auf dieses Niveau. Israel verfügt gemäß dem Abkommen weiterhin über die Kontrolle der Ressourcen im gesamten Palästina.

4. Das Abkommen zielt eindeutig darauf ab, sowohl die territoriale als auch die demographische Einheit Palästinas zu spalten. Es überläßt Israel die Kontrolle und Verwaltung der Siedlungen und führt zur Kantonisierung der Westbank und des Gazastreifens ohne jegliche Verbindung. Ferner gibt dieses Abkommen keine Garantie für eine umfassende Regelung des arabisch-israelischen Konflikts.

5. Das Abkommen beinhaltet die Zerschlagung der Intifada, die das einzige und letzte Mittel gegen die Besatzung in der Hand des palästinensischen Volkes ist. Es ersetzt den israelischen Unterdrückungsapparat durch einen palästinensischen Polizeiapparat, der dieselben Aufgaben zu erfüllen hat.

6. Es löst das Flüchtlingsproblem in der Diaspora und im Land selbst nicht. D.h. den Vertriebenen, die z.B. im Libanon sind, wird das Recht auf Rückkehr verweigert. Das sind die Menschen, die jahrzehntelang die Lasten des Widerstands, der Vertreibung und der Massaker trugen und immer noch tragen müssen. Diese Tatsache kann nicht ignoriert werden und wird katastrophale Folgen haben.

7. Mittels dieses Abkommens erreichte das zionistische Gebilde Israel die offizielle Anerkennung durch die Führung der PLO, dagegen akzeptierte Israel die PLO erst, nachdem letztere ihren Charakter als Befreiungsbewegung und Repräsentantin des palästinensischen Volkes verlor.

Die Kollektivführung der PFLP und DFLP lehnt das Gaza-Jericho-Abkommen ab und betont ihr Festhalten an der PLO als Identitätsgebilde und einzige legitime Vertretung des palästinensischen Volkes. Sie lehnt zugleich die korrumpierte Führung unter Arafat ab, da er die Institutionen und ihre Beschlüsse über Bord geworfen hat. Sie erklärt sämtlicheVereinbarungen, die Arafat trifft, für unverbindlich. Die beiden Organisationen werden mit allen anderen palästinensischen Kräften, die gegen das Abkommen sind, über die Form und die Mittel, um dieses erniedrigende Abkommen zu Fall zu bringen, beraten und handeln. Sie werden darüber hinaus ihre Arbeit in den besetzten Gebieten in-

➧

*Interim Nr.253, 16.9.1993*

# Erklärung von Helmut Pohl, Gefangener aus der RAF

es ist jetzt vielleicht noch einmal eine Gelegenheit, etwas für uns zu sagen.

jedenfalls wollen wir zu uns, ein großer teil der gefangenen aus der RAF, für jeden klarheit schaffen.

niemand von uns und auch niemand von den angehörigen hat die forderung nach einem kurzzeitigen zusammenkommen, wie sie jetzt durch die öffentlichkeit gewälzt wird, gestellt.

wir haben diese forderung nicht, wir lehnen das ab, unsere forderung ist nach wie vor: freiheit jetzt, zusammenlegung bis dahin.

wären wir jetzt für wenige monate oder wochen zusammen, wäre unser thema auch nicht der "bewaffnete kampf", sondern eben unsere freiheit. in anderen worten: nicht der frieden mit dem staat und nicht eine schlußabwicklung unserer geschichte nach den letzten beiden katastrophalen jahren, sondern wie wir die räfte aus der gesellschaft gegen den taat erreichen, die uns schließlich aus en gefängnissen bringen - weil sie die ituation erfassen, ihre eigene, die perspektive und die bedeutung davon erfassen, der machtbesoffenen politischen lasse die bestimmung über politische eichenstellungen wegzunehmen.

die geschichte jetzt ist eine neue dieser inszenierungen seit der sogenannten "kinkel-initiative", an denen nichts real ist, es sei denn, man nimmt sie gleich als vorhang zur täuschung und desorientierung und diese formeln wie "lösung" oder "versöhnung" gleich als synonyme des apparats für endlosen knast für einen dafür vorgesehenen teil der gefangenen.

konnte sich die kampagne um die "kinkel-initiative" noch auf einige wenige gefangene stützen, die darauf eingestiegen sind, und draußen auf die "neue" politik der RAF mit der "steinmetzschen" einheit, kommen sie inzwischen ganz ohne aus. es ist eine reine eigenproduktion von verfassungsschutz, medien und politikern, sie brauchen für unsere "forderungen" überhaupt niemand mehr, und so gesehen ist es die konsequente weiterentwicklung der übernahme unseres langjährigen gefangenenprojekts durch den staat mittels der "kinkel-initiative" und deren anhang.

jetzt hören wir, phänomenal für uns, daß dieses kunstprodukt (denn real würde dieses "treffen" sowieso nie) diskussionen ausgelöst hat bis hinein in gesellschaftlich etablierte kreise, die sich schon lange nicht mehr mit gefangenen befaßt haben, weil für sie die ganze sache mit uns schon längst so gut wie erledigt war.

ihr macht euch sorgen über eine möglicherweise "neu entstehende gewalt von links"?

macht euch lieber sorgen um euren staat.

die fette kohle bringt er sowieso nur noch für immer weniger.

es wird mit uns keine neuauflage von so was wie der "kinkel-initiative" geben, in welcher heutigen variante auch immer, wenn, dann deutlich gegen uns.

soweit kann ich aus einem konsens mit brigitte, christian, rolf (heißler), eva, heidi, rolf (wagner) sprechen. das sind keineswegs alle gefangenen, die so denken, wir sind aber die gefangenen aus der RAF, für die im ergebnis der entwicklung seit 1992 die "lösung" darin bestehen soll, daß wir im endlosen knast wegsiechen.

von ingrid und sieglinde will ich in dem zusammenhang gar nicht anfangen.

ihr werdet euch bei etwas besinnung leicht vorstellen können, daß wir das nicht fressen, und vielleicht wird auch euch dämmern, daß wir mit dieser lage weit über der grenze sind, wo uns der staat noch was anhaben kann, zumal für jede/n von uns alles, was sie tun können, schon einmal da war.

zu der zu erwartenden wiederholung der ewigen leier von den "hardlinern" erinnere ich noch einmal daran, daß wir es waren, die seit langen jahren eine zäsur wollten, und weil wir die fälschungen und hetzstories, die immer wieder gestrickt werden, so satt haben, will ich jetzt noch dazu sagen, daß auch der schritt zur einstellung von "gezielt tödlichen aktionen gegen repräsentanten von staat und wirtschaft" von uns initiiert wurde, allerdings ein gutes jahr früher, als er kam, und wir sind auf nichtbegreifen gestoßen, und dann kam kinkel, und dann ging die "zäsur" nach hinten los.

wir gefangenen haben ursprünglich unseren kurs auf "diskussion" und "zäsur" seit ende der 80er jahre, bei gleichzeitiger deeskalation in unserer auseinandersetzung mit dem staat, keineswegs aus einer "aufgabe des kampfes" heraus gemacht, wir haben es in der überzeugung gemacht, daß vor den ergebnissen des kapitalistischen durchmarsches eigentlich viele mehr als vorher sehen müßten, daß jetzt eine situation realität wird, aus deren antizipation wir 20 jahre gekämpft haben, um sie zu verhindern.

wir wollten das als unseren spezifischen gefangenen-beitrag zu einem klärungsprozeß für eine neuzusammensetzung einer umwälzungspolitik, die heute weit über das linksradikale und auch ehemals linke spektrum hinausreichen könnte. wir wußten, daß wir dafür nur einen engen zeitraum des übergangs im umbruch haben, weil dann die auswirkungen des umbruchs voll herangekommen sein werden, und daß dann gesellschaftlich und politisch so viel an neuem überlebenskampf, konfrontation im zerbrechenden sozialen zusammenhang und destruktion in der globalen politischen lebenswirklichkeit aufbricht, daß davon die politische möglichkeit dafür erdrückt wird und es dann damit auch für eine lösung unseres gefangenenproblems zu spät ist, weil dann der staat in der krise uns vielmehr zum demonstrationsobjekt von machtanspruch und machtexekution nehmen wird, als uns freizulassen.

es war der versuch - an einer doch nicht unwesentlichen stelle, schließlich hat die auseinandersetzung RAF - staat die gesellschaft über 20 jahre betroffen - einer ansatzweisen verankerung eines grundkurses auf überhaupt politische Prozesse, gegen die absehbare chaotisierung und brutalisierung aus den vom mikro- bis zum makro-bereich aufplatzenden gegensätzen mit der tendenz zum jeder-gegen-jeden.

was heute alles vor drei, vier jahren nicht vorhersehbar gewesen sein soll, die faschisierung nicht, der rassismus nicht, der soziale einbruch nicht, nichts, alle waren so glücklich, als die "neue weltordnung" anbrach.

heute kommt man wohl nicht mehr daran vorbei, den versuch als überholt anzusehen.

wenn es denn heute soweit ist, wie dieses staatsschutzproduk eines kurzzeitigen zusammentreffens kommt, daß sie glauben, die ernte der letzten zwei jahre einfahren zu können und jedem die pistole auf die brust zu setzen und nach seiner aussage zum "bewaffneten kampf" abzufragen, dann kann ich ihnen auch gleich anworten: ich mache diese politische aussage, die ich in den letzten jahren vertreten habe, heute nicht mehr. das ist heute überhaupt keine aussage mehr. die möglichkeit, die in der zäsur gesteckt hat, dürfte vorbei sein, die bewaffnete aktion und die militanz wird einfach in unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen konfrontationen und in allen möglichen formen stattfinden, egal, was die RAF und die gefangenen sagen. und das werde ich in manchem bestimmt gut nachvollziehen können. deshalb werde ich einen teufel tun, den bewaffneten kampf "abzusagen."

helmut pohl, august 1993

---

tensivieren und sich auf die Belange des Volkes konzentrieren.

Sie bekräftigen erneut ihre Ablehnung jeglicher Form von Gewaltanwendung innerhalb der palästinensischen Reihen und werden diese notfalls mit allen demokratischen Mitteln verhindern. Wir sind uns darüber im klaren, daß diese Aufgaben nicht leicht zu bewältigen sind, da wir auch wissen, welche Kräfte weltweit hinter diesem Abkommen stehen. Trotzdem sind wir sicher, daß die katastrophalen Folgen dieses Abkommens in nächster Zeit zu spüren sein und nur noch auf Ablehnung stoßen werden. Alle friedliebenden Menschen sind heute besonders aufgerufen, sich für die Rechte des palästinensischen Volkes einzusetzen, einschließlich seiner Rechte auf Rückkehr, Selbstbestimmung und eigenen Staat, denn:

*"Das Unrecht ist immer noch Unrecht – Der Rassismus der Zionisten ist immer noch Rassismus – Die Vertriebenen sind immer noch vertrieben – Ihre zerstörten Dörfer sind immer noch zerstört – Ihre gerechte Sache ist immer noch gerecht und ihre Hoffnung ist immer noch die Hoffnung"*

**Erich Fried**